

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Anzeigenteil. Sonntagsblätter: Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Quartal. Eintragung in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

**Die Interflons-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Reichsfinanzen und Militarismus.

Die im vorigen Artikel gemachte Aufstellung würde kein vollständiges und auch kein richtiges Bild ergeben, wenn man die Ausgaben für die Marine außer acht lassen wollte. Die Ausgaben hielten sich in den ersten Jahren des Bestehens des Reiches in vergleichsweise bescheidenen Grenzen. Das änderte sich bald nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. Von da ab gingen die Ausgaben für die Marine sprunghaft in die Höhe, im kommenden Etatsjahre betragen sie 458 263 756 M., mit den üblichen Etatsüberschreitungen wird also die halbe Milliarde voll. Die Marineausgaben haben sich in folgender Weise entwickelt:

Jahr	Dauernde	Einmalige	Außerordentliche
	Betrag in 1000 Mark		
1872	14 852,8	16 229,3	—
1873	8 941,2	17 027,8	—
1874	16 680,8	22 050,9	—
1875	17 716,4	31 493,2	—
1876	24 385,3	16 624,3	—
1877	21 282,7	39 051,9	—
1878	22 686,1	39 027,5	—
1879	29 460,2	20 204,5	—
1880	24 736,8	14 990,9	—
1881	26 810,9	11 192,9	—
1882	25 650,3	10 725,9	—
1883	27 463,6	12 342,4	—
1884	32 264,0	16 146,9	—
1885	36 660,0	15 398,7	—
1886	36 258,0	14 211,6	—
1887	39 203,9	13 153,1	—
1888	38 856,8	14 192,1	—
1889	39 913,0	5 225,0	10 763,8
1890	40 959,5	4 461,9	26 806,2
1891	45 387,2	15 270,5	24 739,3
1892	45 721,5	25 399,9	19 317,7
1893	48 110,8	21 003,4	12 126,7
1894	50 848,9	22 641,2	5 042,8
1895	58 500,2	19 721,9	7671,5
1896	56 523,4	29 056,4	5890,9
1897	61 941,8	28 754,0	28 329,8
1898	66 262,4	36 362,4	28 626,2
1899	71 621,2	50 541,1	31 746,8
1900	73 501,5	54 215,8	39 427,7
1901	81 508,2	70 822,9	53 311,4
1902	88 708,4	75 892,0	53 301,5
1903	93 479,6	83 627,2	47 873,9
1904	99 870,7	75 837,1	43 490,7
1905	105 046,5	96 208,5	46 930,0
1906	115 356,9	93 155,0	50 847,2
1907	126 877,5	121 247,6	55 231,9
1908	135 500,8	125 820,6	86 615,0
1909	147 061,0	155 106,0	100 786,6
1910	157 384,5	172 109,3	112 732,5
1911	167 212,8	181 690,9	109 059,9

Das ergibt eine Summe von rund 5157 Millionen Mark. In dieser Summe sind allerdings auch die Ausgaben für das Schutzgebiet Mantschou enthalten, die bis jetzt die Höhe von 150 Millionen Mark erreicht haben, so daß an reinen Marineausgaben, das Etatsjahr 1911 eingeschlossen, sich 5 Milliarden Mark ergeben.

Schließlich kommen noch hinzu die Kosten für das im Jahre 1900 errichtete Reichsmilitärgericht im Betrage von 6 688 400 M. Die Totalausgaben für militärische und maritime Zwecke seit 1872 ergeben somit die ungeheuerliche Summe von 28 177 771 600 M.

Wie stellen sich nun diese Ausgaben zu den Einnahmen des Reiches? Die Haupteinnahmen, die fortgesetzt eine Vermehrung und eine Steigerung erfahren haben, sind Zölle, Steuern und Stempelabgaben. Die Entwicklung dieser Einnahmequellen bietet, nach Jahressummen berechnet, folgendes Bild:

Jahr	Zölle	Steuern	Stempel
1872—1875	432 403,4	482 670,7	22 912,4
Summa	917 986,5	—	—
1876—1880	634 915,1	698 248,4	85 031,6
Summa	1 399 276,1	—	—
1881—1885	1 043 611,8	755 516,8	98 925,5
Summa	1 898 050,1	—	—
1886—1890	1 485 459,2	950 527,0	167 957,9
Summa	2 603 944,1	—	—
1891—1895	1 821 036,2	1 356 891,8	300 037,8
Summa	3 478 965,8	—	—

Jahr	Zölle	Steuern	Stempel
1896—1900	2 278 096,7	1 565 197,1	331 027,6
Summa	4 174 321,4	—	—
1901—1905	2 616 635,4	1 632 442,6	263 929,3
Summa	4 512 407,3	—	—
1906—1910	3 009 278,3	2 170 485,8	312 204,0
Summa	5 491 968,1	—	—

Bemerkten wollen wir dabei, daß die Stempelabgaben, die den Einzelstaaten überwiesen werden, außer Rußland geblieben sind. Das Reich hat seit 1872 eingenommen an Zöllen, Steuern und Stempelabgaben

24 355 016 800 Mark.  
 Sonach hat das Reich 3 822 754 800 Mark

für Rüstungszwecke mehr ausgegeben, als es aus seinen drei Haupt-Einnahmequellen eingenommen hat. Deutschland hat in derselben Zeit

5000 Millionen Mark Schulden

gemacht, die fast völlig für Rüstungszwecke verwendet worden sind.

Zu den mannigfaltigen Kulturaufgaben, die das Reich lösen und fördern soll, fehlen die Mittel. Selbst im Etat des Reichsanths des Innern waren einige Jahre hindurch Ausgaben enthalten, die angeblich wissenschaftlichen Zwecken dienen sollten, in Wirklichkeit aber militärischer Natur waren. Für Kulturaufgaben stehen die sehr schwankenden Ueberüberschüsse der Reichspost, der Reichseisenbahnen, die Einnahmen aus dem Bankwesen usw. zur Verfügung, lauter Einnahmen, die auf unsicherem Boden stehen. Kein Wunder, wenn das Reich für Kulturzwecke keine Mittel hat.

Die Ausgaben für Militarismus und Marinismus haben aber die Tendenz, fortgesetzt zu steigen. Jede Erhöhung der Zölle verteuert die Ernährung der Mannschaften, verteuert die Fourage, verteuert schließlich auch die Bekleidung und den sonstigen Unterhalt. Die neue Militärvorlage ist ein Schulbeispiel, wie der Militarismus wirtschaftet. Nach der amtlichen Vorlage kostet die neue Heeresvermehrung 104 Millionen Mark, nach den Berechnungen, die dem Referenten der Budgetkommission vorgelegt werden mußten, belaufen sich die Kosten auf 141 Millionen. Die Heeresverwaltung war sich darüber von allem Anfang an klar, trotzdem ließ sie die Deffektivität in dem Wahn, daß die Vorlage „nur“ 104 Millionen Mark Kosten verursache. Wohin, so lautet die nüchterne Frage, treiben wir, wenn diesen ungeheuerlichen Rüstungen nicht endlich Einhalt getan wird? Der Militarismus ist das Unglück nicht nur des deutschen Volkes. Diese Defonomie ist die Wirtschaft eines Bankrotteurs. An den blühenden Dajonetten hängt der Fluß darbenender Massen, denen man den letzten Bissen Brot verteuert hat, um diesen Rüstungen frönen zu können. Dem Abgrund zu — geht die Fahrt, wenn das deutsche Volk sich nicht endlich ermannt und einen Reichstag wählt, der den Mut hat, der Regierung zu sagen: Bis hierher und nicht weiter. Das liegt gleicherweise im Interesse der Kultur, im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Bewegung, die zum Völkerrfrieden führen soll und muß.

## Ein Bauchrussischer-Trio.

Mit Stangen und Spiechen sind die protestantischen Theologen ihren Getreuen in den Tagen des Kulturkampfes vorangegangen, um den „römischen Feind des deutschen Wesens“, den „Papismus“ und „Ultramontanismus“ zu bezwingen. Im Andenken an „unseren Martinus Luther“ durchstochen die evangelischen Gottesmänner lärmvolle Schlachten mit den „ultramontanen Reichsfeinden“, riefen sie das „ganze evangelische Volk“ auf gegen die „Römlinge“. Und ruhten nicht eher, als bis sich der unbeteiligte Zuschauer sozulegen in die Reihen der heftigsten mittelalterlichen Religionskämpfe zurückversetzt fühlte.

In dem Kulturkampfgeiße aber wuchs das Zentrum heran zu seiner jetzigen Machtstellung. Kein Wunder, daß jetzt ein Blatt folgende überlegene Absfertigung der „Antirömlinge“ vornehmen kann: „Wir leben wieder in der Zeit des ödesten Kulturkampfes. Dem Iendenahmen Freisinn wie auch dem blutarmen Nationalliberalismus soll das „evangelische Bewußtsein“ frisches Leben zuführen. Deshalb gehts Tag für Tag gegen den schwarz-blauen Block, deshalb schlägt Raumann jede seiner Reden mit der Aufforderung zum Kampf gegen „Ritter und Heilige“, gegen „Punier und Pfaffen“. Wie oft habe ich in den letzten Wochen aus liberalem Munde Urteile über das Zentrum gehört, die das Maß des Erlaubten weit überschreiten. Kein gutes Haar findet man am Zentrum, alles schlecht, alles vernichtungswürdig, da hört man: das Zentrum ist eine kulturfeindliche, internationale vom Papst und den Pfaffen dirigierte Partei, eine Partei mit vaterlandsfeindlichen Tendenzen und vaterlandsverräterischen Plänen. — So redet der Liberalismus heute über das Zentrum. Und wie urteilt er über die Parteien, die, wie die Kon-

servativen, Deutsch- und Christlich-Sozialen eine solche eklektische heuchlerische Geze nicht mitmachen, hier und da, wo es die Verhältnisse gebieten, taktisch mit dem Zentrum wie mit jeder anderen nationalen Partei zusammengehen? Das sind „hörige, Vasallen, Schlepenträger und Knechte des Zentrums und der Ultramontanen“.

Man muß zugeben, daß der Verfasser den Standpunkt des Zentrums mit Geschick vertritt. Selbst die programmgenähe Anklündigung des neuen Kulturkampfes fehlt nicht.

Unsere Leser werden nun zweifellos der Meinung sein, das Blatt sei ein wackelndes Zentrumsorgan. Tatsächlich aber ist das Blatt, das so geschickt den Zentrumsstandpunkt vertritt, „Die Arbeit“, ein Organ der evangelischen „Stöckerpartei“. „Die Arbeit“ ist das Sprachrohr des evangelischen Lic. Mumm, der evangelischen Abgg. Behrens und Durlhardt!

„Daß du die Rose im Gesicht behältst!“ würde „Entsפקter“ Dräsig erkaunt andrufen. Eine Zeitung der Jünger des „jüngeren Gottesmannes Adolf Stöcker“, den seine Verehrer den „zweiten Martin Luther“ genannt haben, besorgt die Geschäfte des „papistischen“ Zentrums, als habe die „Lehrche von Wittenberg“ niemals einen Kampf gegen Rom geführt. Nach einer jahrzehntelangen Aufschüttelung der konfessionellen Leidenschaft endet der „Kulturkampf“ mit einer vollendeten Kniebeuge der „positiven Evangelischen“ vor dem Zentrum! Ein famozer Treppentwief der Weltgeschichte.

Vielleicht werden wir demnächst lesen, daß die Herren Lic. Mumm, Behrens und Durlhardt in den Schoß der allein wahren, alten Kirche zurückgekehrt sind.

„Aus purem Mandats hunger“, so behauptet die „Arbeit“, schürten die liberalen Kulturkämpfer den konfessionellen Streit. Mag stimmen. Es gibt aber auch böse Menschen, die behaupten, nur „aus purem Mandats hunger“ positionierten zurzeit die evangelischen Stöckerlinge den „römischen Erbfeind“. In Siegen ist nämlich Herr Lic. Mumm, in Weylar Herr Behrens, im Westerwald Herr Dr. Durlhardt auf die — Zentrumsstimmen angewiesen, wenn sie in den Reichstag gewählt werden wollen! Und wenn Paris eine Wette wert war, so sind drei Reichstagsmandate doch mindestens das Bauchrussische vor dem Zentrum wert. Es muß außerordentlich erheben auf die jahrzehntelange gegen den „ultramontanen Reichsfeind“ aufgepeitschten Evangelischen wirken, nun zu sehen, wie „selbstlos“ die Nachfahren Martin Luthers ihr Schild über das Zentrum halten. Von den Vätern, die bisher schon die Wahlkraft zeitigte, ist diese eine der lieblichsten.

## Zum russisch-chinesischen Konflikt.

Trotz des orientalistisch-höflichen Tons und der scheinbaren Bereitwilligkeit, den Wünschen entgegen zu kommen, gibt doch die Antwort Chinas auf die bekannte Note Rußlands ganz deutlich zu verstehen, daß die Nachgiebigkeit Chinas ziemlich beschränkte Grenzen haben wird. Zwar anerkennt die chinesische Regierung manche Forderungen Rußlands als berechtigt an und erklärt sich bereit, alle vertragmäßigen Vorrechte und Privilegien Rußlands in China aufrecht zu erhalten, — so die Exterritorialität der russischen Untertanen, die russische Tarifautonomie an der chinesischen Grenze, das Recht Rußlands, in gewissen Gegenden Chinas und unter bestimmten Bedingungen neue Konsulate zu gründen. Die chinesische Antwort betont jedoch scharf, daß die chinesische Regierung einer Erweiterung der russischen Vorrechte nicht zustimmen werde und daß bei der Erneuerung des allgemeinen Vertrages eine Revision der Verhältnisse und Bestimmungen stattfinden müsse, da in der letzten Zeit neue Bedürfnisse entstanden seien — namentlich infolge des Ausbaues der russischen Eisenbahnen und der Ausdehnung des chinesischen Handels im allgemeinen. Diese Nebenbemerkungen über die Revision der alten Bestimmungen sind für die russische Regierung das unangenehmste. Denn gerade eine Beschränkung der russischen Vorrechte in China wollte man durch jene Drohnote verhüten. Im Jahre 1881, als der letzte allgemeine Vertrag mit China geschlossen wurde, war Rußland instand dank den Siegen in Zentralasien die nördliche Grenze Chinas zu besetzen und der chinesischen Regierung Bestimmungen zu diktieren. Allein der Vertrag ist auf 30 Jahre geschlossen und muß im laufenden Jahre erneuert werden. Die bevorstehende Revision des Vertrages mit China hat eine gewisse Rolle in der Annäherung Rußlands an Japan gespielt. Nachdem die Vereinbarung mit Japan zustande gekommen, glaubte sich Rußland von neuem stark genug, um der chinesischen Regierung gegenüber drohende Löne aufschlagen und durch kleinere Vorstöße gegen die chinesische Grenze auf China einwirken zu können. Nur eins fehlte noch, um unmittelbar nach der Schließung des Vertrages mit Japan scharfer gegen China vorzugehen: man wußte noch nicht, wie sich Deutschland in dem Falle eines ersten Konfliktes verhalten werde. Die Potsdamer Zusammenkunft brachte auch in dieser Hinsicht Beruhigung. Daß neben der persischen Frage auch die chinesische in Potsdam besprochen wurde, bekräftigt jetzt auch ein Teil der offiziellen russischen Presse. Herr Sazonoff träumte bereits von neuen Begünstigungen und Erweiterungen der Handelsprivilegien in China; man hoffte im fernen Osten Nebenbände für die im nahen Osten erlittenen Verluste nehmen zu können, als sich Gerüchte verbreiteten, daß die chinesische Regierung ein Vertragsprojekt ausgearbeitet habe, das bestimmt sei, die Rechte Rußlands in China bedeutend zu



Befehlungen, und daß sie entschlossen sei, bei den Verhandlungen mit Rußland den Grundsätzen dieses Projekts zu folgen. Nun suchte man durch die Drohnote die chinesische Regierung einzuschüchtern, jedoch wie es scheint, ohne vollen Erfolg.

Die „patriotische“ russische Presse ist über die Antwort Chinas empört. Man nennt sie sogar „eine direkte Provokation“. Die „Rozwoje Bremja“ bedauert, daß die russische Diplomatie von Anfang an so „milde“ und zurückhaltend vorgegangen, daß man sich mit einem „Halbultimatum“ begnügt hat. Viel besser wäre es gewesen, ein richtiges Ultimatum zu stellen und demselben eine wirksame „Aktion“ folgen zu lassen. Wie leicht wäre zum Beispiel, Kußdscha zu besetzen. Kußdscha ist übrigens nicht das einzige: „Gibt es denn so wenig Gegenden, die direkt an unserer unendlichen Grenze liegen und China gehören?“ „Was hindert denn, anstatt mit einem „Halbultimatum“ zu operieren, bloß ein paar ganz kurze Zellen an das Militärkommando in Turkestan abzuschicken?“

„Ja, was hindert denn?“ Nun, das weiß Herr Sazonoff sehr gut und auch die „Rozwoje Bremja“ könnte es wissen. Alle Mittel des Staates müssen doch zur Bekämpfung des inneren Feindes — z. B. der Studentenchaft — verwendet werden, zum Teil auch das Militär selbst. Für den äußeren Feind bleibt nichts mehr übrig. Man wird sich also wohl hüten, bei der gegenwärtigen Lage einen Krieg zu riskieren.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar 1911.

### Brandmarkung der Klassenjustiz.

Aus dem Reichstag, 22. Februar. Die Weiterführung der Justizdebatte steigerte sich heute zu einer Brandmarkung der gesamten Klassenjustiz in einer mehrstündigen Rede des Genossen Stadthagen. An dem Schicksal der unglücklichen Mutter, die wegen Schulverräumnis ihrer Kinder in Haft gesetzt und da verbrannt war, zeigte er, welche furchtbaren Folgen die Nichtbeachtung sozialer Verhältnisse in unserer Rechtspflege haben muß. Der Feldzug, den das preussische Kultusministerium gegen die sozialdemokratischen Turnlehrer eröffnet hat, ist ein neuer Beweis dafür, wie diese Verwaltungsbehörde in der Verfolgung politischer Gegner sich selbst über Richterprüfungen hinwegsetzt.

Die letzteren Ausführungen mußten das Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit freieren, auf die der Staatssekretär des Reichsjustizamtes keinen Einfluß hat. Das veranlaßte den Präsidenten Spahn wieder einmal, einen Versuch zur Einschränkung der Debatte zu machen. Doch gelang es Stadthagen, nachzuweisen, daß er nicht aus dem Rahmen der zulässigen Erörterungen herausgeraten war.

Nachdem Stadthagen dann noch an einer Fülle politischer Tendenzprozesse die Voreingenommenheit der Verwaltung besonders gegenüber der Sozialdemokratie erwiesen hatte, forderte er zum Schluß energisch, daß beamtete Verbrecher nicht strafflos ausgehen dürften und daß auch deren Vermögensgüter in Amt und Würden zur Verantwortung gezogen werden müßten. Der Präsident Schulz erteilte ihm deshalb einen Ordnungsruf. Als nun aber der Staatssekretär Bischoff den Ordnungsruf zum Vorwand nahm, um sich der tatsächlichen Verantwortung der Stadthagenischen Angriffe zu entziehen, protestierten die Sozialdemokraten entrüstet über diese „Drückererei“, welchen Ausdruck der Präsident Schulz auf Anweisung Bischoffs abermals mit einem Ordnungsruf quittierte.

Die Anklageliste gegen die Rechtspflege wurde dann noch durch den Polen Senda vervollständigt, der die tatsächliche in den östlichen Provinzen bestehende Ungleichheit der polnischen Bevölkerung als einen Beweis dafür anführen konnte, daß die „Justiz eine Dienerin der Politik“ ist. Selbst der Freisinnige Dr. Müller-Meinungen fand schwarze Flecke in der Rechtspflege. Schließlich ging die Debatte ohne einen ernstlichen Verteidigungsversuch der Regierung zu Ende. Morgen beginnt der Militäretat.

### Scharfmacher Breitenbach.

Der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach ist ein Herr völlig nach dem Bunde der Schlot- und Krantjunker, ein Herr, dessen soziale Einsicht etwa den Anschauungen des Mittelalters entspricht, der, anstatt den Arbeitern und Unterbeamten ausreichende Löhne zu zahlen und ihnen ihre staatsbürgerlichen Rechte zu gewährleisten, ängstlich darüber wacht, daß nur ja und nicht Löhne gezahlt werden, die die der Industriearbeiter übersteigen, und auf der anderen Seite den Arbeitern willkürlich ihre Rechte nimmt und sie als Ersatz dafür mit Wohlthaten abpeist.

Diesen Standpunkt nahm er auch am Mittwoch wieder ein, wo das Junkerparlament sich über die Verhältnisse der Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung unterhielt. Die Zahl des Personals ist eine so gewaltige, daß es dem Minister ein leichtes wäre, vorbildlich zu wirken. Aber das tut er nicht; einmal deshalb nicht, weil ihm das soziale Verständnis fehlt, und zweitens tut er es nicht wegen der „gotigewollten“ Abhängigkeit vom preussischen Dreiklassenparlament. Erlauben ihm doch die Agrarier noch nicht einmal die Einstellung von Landarbeitern in den Eisenbahnbetrieb, damit ihnen keine Arbeitskräfte entzogen werden!

Rein Wunder, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse allmählich so schlecht geworden sind, daß selbst Vertreter der bürgerlichen Linken lebhaft Klagen erheben. So taubelten die Abgeordneten Schroeder (nail.) und Dellus (Un.), daß noch Löhne unter dem ortsbildlichen Tagelohn gezahlt werden und daß manche Kategorien von Unterbeamten und Arbeitern gar zu schlecht gestellt sind. Die beiden konservativen Parteien freilich stimmen in diese Klagen nicht ein. Ihrer Ansicht nach hat der Eisenbahnminister in erster Linie die Aufgabe, die Politik der Scharfmacher zu betreiben, was denn Herr v. Breitenbach auch bereitwillig tut. Er stellt die Eisenbahnen in den Dienst des Kampfes gegen Polen und Sozialdemokraten. Die Klagen des Abg. Korfanty (Pole) über die Kadel-schloßpolitik in den Ostmarken und über die zum Korruptionsfonds ausgestellte Ostmarkenzulage tat er ebenso leicht ab wie die zahllosen Beschwerden, die unser Genosse Seiner in 1 1/2 stündiger Rede vorbrachte. Es ist charakteristisch, daß die Eisenbahner sich, seitdem Vertreter der Sozialdemokratie ihren Einzug in den Landtag gehalten haben, an sie als die Männer ihres Vertrauens wenden. Alle Beschwerden, die uns aus den Reihen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung zugehen, auch nur in gedrängter Kürze vorzutragen, würde, wie unser Redner treffend bemerkte, seine persönlichen Kräfte übersteigen. Keiner beschränkte sich deshalb auf das Äußerste, aber auch in dieser Kürze bildet seine Rede eine gewaltige Anklage gegen das System Breitenbach, jenes System, das auf Kosten der Arbeiter und Beamten hohe Ueberschüsse erzielt.

Die Erwiderung des Ministers war schwach. Er hielt eine seiner bekannten Scharfmachereden, die darauf hinausläuft, daß er sein

Personal vor der Verührung mit den Feinden der staatlichen Ordnung bewahren müsse und daß im übrigen alles in bester Ordnung sei. Was braucht sich der Minister auch Mühe zu geben! Was hat er insbesondere nötig, auch nur den Versuch einer Widerlegung der Behauptungen des sozialdemokratischen Anklägers zu machen! Weiß er doch, daß die Mehrheit des Landtages — nicht etwa die Mehrheit des Volkes — auf seiner Seite steht und seine scharfmacherische Haltung billigt! Der beiden konservativen Parteien ist er ebenso sicher wie des Zentrums. Er stützt sich auf den schwarzblauen Block, der im Restfall auch noch von einem Flügel der Nationalliberalen Verstärkung erfährt.

Am Donnerstag soll der Eisenbahnetat zu Ende geführt werden.

### Die Statthalterfrage in Elsaß-Lothringen.

Der jetzige Statthalter von Elsaß-Lothringen hat gestern ein großes Souper gegeben, zu dem auch 41 Abgeordnete des Landesauschusses erschienen waren. Im Verlaufe des Abends ergriff Graf von Wedel das Wort zu einer Kaiserrede. Er meinte:

„Und nun, meine Herren, lassen Sie uns des Kaisers gedenken, der bald auf eine 33jährige Regierungszeit zurückblickt und der eben solange die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen ausübt. Da es der zitterlichen, zielbewussten und pflichttreuen Auffassung seines Berufes entspricht, hat Seine Majestät vom ersten Tage seiner Regierung an unserem Lande seine volle und warme Sympathie und seine hingebende Fürsorge gewidmet, und so ist es denn ebenso begreiflich als hocherfreulich, daß die Bevölkerung dieses Streben richtig erkennt und daß die Liebe zum Kaiser feste Wurzeln geschlagen hat. Beweis dafür ist der wirklich spontane und herzliche Empfang, der Seiner Majestät bereitet wird auf seinen Pfaden durch das Land in allen Orten seitens der Einwohnerschaft. In dem geraden, jedem Gemachten abholden Charakter des Volkes aber liegt die Bürgschaft für die Einheit dieser Kundgebungen. Hierin erblicke ich zugleich aber auch den Ausdruck der Erkenntnis, daß es ein unschätzbare Vorrecht nach innen und außen ist, unter dem unmittelbaren Schutz und der fürsorgenden Obhut eines mächtigen Staatsoberhauptes zu stehen.“

An sich bietet diese Rede wenig Bemerkenswertes; sie erhält ihre Bedeutung erst durch den Kommentar, den die halb-offizielle „Straßburger Post“ diesen Neußerungen hinzufügt: ein Kommentar, der zweifellos nicht in der Redaktion dieses Blattes, sondern in den Büros der elsass-lothringischen Regierung verfaßt worden ist:

„Was mit besonderem Nachdruck am Schluß der kurzen Ansprache zum Ausdruck gelangte, war die feste Ueberzeugung, daß der unschätzbare Vorrecht unmittelbar unter dem Schutz und der fürsorgenden Obhut des Kaisers als Trägers der Landeshoheit zu stehen, nicht preisgegeben werden wird, daß Elsaß-Lothringen auch in Zukunft unter der Hoheit des Kaisers als Vertreters des Reiches stehen wird. Mag im übrigen kommen was will, das eine steht heute schon fest: Die verbündeten Regierungen werden jedem Versuch, den Kaiser als den Legatar des Reiches in Ausübung der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen zu beeinträchtigen und ihn durch einen lebenslänglichen Statthalter zu ersetzen, die Zustimmung versagen. Auf der anderen Seite hoffen wir auf ein weites Entgegenkommen in der Frage der Bundesratsstimmen, für die sich eine Lösung in irgend einer Form finden muß. Was sonst an Zugeständnissen im einzelnen, etwa bei der Zusammensetzung der ersten Kammer und beim Wahlgeseh, zu erreichen sein wird, ist neben diesen beiden Hauptpunkten von geringerer Bedeutung.“

Der Artikel konstatiert, daß jetzt alles auf die Haltung des Zentrums ankommt, und fragt, ob der Kaiser, wenn er künftig ins Land komme, Gast eines von ihm unabhängigen Statthalters von Bundesratsgnaden sein solle, der wohl Höflichkeit beanspruchen könne, aber keine Rechte ausüben habe.

Der Artikel schließt: Die Rede des Statthalters hat gezeigt, wo die Grenzen der parlamentarischen Ansprache liegen. Sie finden ihre Schranke in der Verfassungsgemäßheit begründeten Macht des Kaisers, der im Namen des Reiches unser oberster Schutzherr ist, und dem wir auch hier an der südwestlichen Grenzmark Treue halten wollen.“

### Versprechen und Halten ist zweierlei.

Der Minister v. Breitenbach empfing die Lokalkommission des dem Kartell Deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände angeschlossenen Verbandes Deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter. Der Minister erkannte, wie der „Total-Anzeiger“ meldet, die Wünsche nach einer allgemeinen, durchgreifenden Lohnerhöhung an, indem er den Mitgliedern der Kommission erklärte: „Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Lohnerhöhungen durchaus nicht als abgeschlossenen zu betrachten sind.“ Der Minister stellte ferner eine Vermehrung der Stellen der Lokomotivheizer und -führer und damit die Ueberführung einer größeren Anzahl von Eisenbahnhandwerkern und -arbeitern in das Beamtenverhältnis in Aussicht; auch die Ueberführung der Güterbodenarbeiter — einschließlich der älteren Arbeiter — in die Ladeschaffnerstellen wäre vorgesehen. Ebenso erklärte der Minister zur Frage der Beseitigung des Akkordsystems, daß zur Minderung der sich ergebenden Härten Erhebungen im Gange seien.

### Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion beschloß, zum Etat des Reichsschatzamtess folgende Anträge einzubringen:

Zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter, die wegen Verringerung des Tabaksteuergesehes arbeitslos geworden sind, einzulegen 1 000 000 M.

Zur Gewährung von Beihilfen an Arbeiter, die infolge des Hindwarenteuergesehes arbeitslos geworden sind, einzulegen 400 000 M.

### Preussische Rechtsgleichheit.

Justizrat Dr. A. Platau schreibt dem „Berliner Tageblatt“: „Die Generalversammlungen des Bundes der Landwirte nötigen stets von neuem zu einer die Rechtsgleichheit in Preußen berührenden Frage. Es ist bekannt, daß die Reichsregierung gerade mit Hilfe der konservativen Parteien seinerzeit jene Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches durchsetzte, die die Kollektoralbehörden zum Einspruch dagegen berechtigen, daß ein „politische, sozialpolitische oder religiöse Zwecke“ verfolgender Verein durch Eintragung in das Vereinsregister Korporationsrechte erlange, die ferner einen schon „eingetragenen Verein“, der seiner offiziellen Satzung zufolge „politische, sozialpolitische oder religiöse Zwecke“ verfolgt, mit Verlust der Rechtsfähigkeit bedrohen. Man weiß ja auch, welche Fülle politischer und juristischer Scharfsinn gelegentlich ausgeboten wird, um diesen politischen Charakter bei sozialdemokratischen, polnischen oder sonstigen oppositionellen Gesangsvereinen, Weisenklubs, Reglerbänden nachzuweisen, von Freidenkervereinen gar nicht zu reden. Dagegen scheinen die zuständigen Behörden ganz zu übersehen, daß als unpolitischer (!) Verein unter Nr. 77 des Vereinsregisters beim Amtsgericht Berlin-Mitte der — Bund der Landwirte eingetragen ist. Seit seiner Eintragung hat sich der Bund auch ohne jede behördliche Anfechtung der vollen Korporationsrechte erfreuen dürfen. Allem Anschein nach

erblicken die maßgebenden Instanzen in Generalversammlungsreden, wie sie früher und gestern wieder im „Sportpalast“ gehalten wurden, nichts als philosophische Kollegien und theoretisch-wissenschaftliche Vorlesungen.“

### Keine Wahlreform in Gotha.

Die gothaische Regierung ist gegen das direkte Landtagswahlrecht. In einer früheren Periode hatte der gemischtschichtliche Landtag für die Herzogtümer Koburg und Gotha einen Antrag angenommen, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die indirekte Wahl durch Wahlmänner als nicht mehr den Verhältnissen entsprechend beseitigt werde.

Am Dienstag trat nun der gemeinschaftliche Landtag abermals zu einer Tagung zusammen, um verschiedene Gesetzentwürfe der Staatsregierung zu beraten. Unter den Eingängen befand sich auch eine „Mitteilung“, die Bezug nimmt auf jenen Beschluß des Landesparlaments. In längeren Ausführungen begründet die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt. Sie ist der Meinung, daß ein Wahlrecht, das 60 Jahre sich gut bewährt habe, auch noch weiter bestehen kann. Deshalb sei sie „nicht in der Lage“, dem Wunsche des Landtages nachzukommen. Es habe bei den Beratungen des Ministeriums keine Lösung der Wahlfrage gefunden werden können. Man habe deshalb schließlich Abstand von der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesehes genommen, zumal bei der Schwierigkeit der Materie und bei der jetzigen Zusammensetzung des Landtages keine Aussicht vorhanden sei, ein den Verhältnissen entsprechendes besseres Gesehe zustande zu bringen.

Auch in Koburg-Gotha soll also alles beim Alten bleiben.

### Einer aus dem Dallwischen Moralinstitut.

Aus Posen wird der „Germania“ berichtet: „Vor einigen Tagen bemerkte die Gattin des Schriftführers des polnischen Straz-Vereins, daß sich jemand an dem außerhalb der Wohnung angebrachten Briefkasten zu schaffen machte. Durch das in der Tür angebrachte Guckloch bemerkte sie einen Mann, der den Briefkasten aufschloß und austräumte, die darin befindlichen Zeitungen zurücklegte und sehr aufmerksam die Briefadressen, besonders die Poststempel studierte, wobei er sich Notizen machte, worauf er alles wieder in den Kasten zurücksetzte. Diefelbe Beobachtung machte dann später der Schriftführer des Vereins, Dr. Schröder, der davon verständigt wurde, persönlich. Es wurden nun zwei Männer beauftragt, den Briefkasten im Auge zu behalten, und Dienstag früh um 8 Uhr gelang es, den Neugierigen festzunehmen. Er kam noch vor der ersten Briefbestellung, öffnete den Briefkasten und wollte ihn, da er noch leer war, schließen. In diesem Augenblicke wurde er festgenommen, in die Wohnung gebracht und durchsucht. Auf telephonischen Anruf kam ein Polizeibeamter, der aus dem Portemonnaie des Entappten unter anderem auch die Legitimationsmarke der politischen Polizei zur Verfügung brachte. Bis zur Mittagszeit hatte die Polizei angeblickt noch nicht den Namen des Agenten feststellen können.“

Webel hat in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ den Herrn Minister des Innern von Dallwitz aufgefordert, bevor er im preussischen Landtag gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der Verleitung zur Untreue erhebe, zunächst aus der politischen Polizei ein „Institut für öffentliche Moral und Wahrheitsliebe“ zu machen. Vielleicht beginnt Herr von Dallwitz seine Ethisierungsbearbeitung mit dem Briefkastenkontrollleur der posenschen politischen Polizei.

### Preussische Gastfreundschaft.

Für die tschechen im preussischen Staatsgebiet gelten noch den vom Minister des Innern erlassenen neuen Vorschriften folgende Bestimmungen: 1. Die im Jahre 1910 aus dem Inlande neu zugezogenen Handwerker, Gesellen und Lehrlinge müssen bis längstens 1. September 1911 in ihre Heimat zurückkehren. Dem übrigen tschechischen Handwerksgesellen und Lehrlingen kann der weitere Aufenthalt im Inlande wiedererlaubt gestattet werden, solange sie sich nicht persönlich lästig machen. 2. Die in den Jahren 1909 und 1910 zugezogenen tschechischen Arbeiter haben bis spätestens 20. Dezember 1911 das Inland zu verlassen. Ihre etwaige Wiedereinstellung ist nicht vor dem 1. Februar 1912 und nur in den für sie freigegebenen Betrieben und bei Arbeitgebern gestattet, die die dazu erforderliche Genehmigung des zuständigen Landrats für das betreffende Jahr erhalten haben. Die vor dem Jahre 1909 zugezogenen tschechischen Arbeiter dürfen vorläufig weiter im Inlande bleiben.

Diese neuen Bestimmungen sollen künftighin „unnachlässig“ durchgeführt werden. Aus ihrer Heimat neu zuziehende tschechische Handwerker sind fortan nicht mehr einzustellen.

### Die Privatbeamten und das geplante Pensionsversicherungs-gesehe.

Der Deutsche Privatbeamten-Verein ist mit seinen 30 000 Mitgliedern aus dem Hauptausschuß für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten, der am kommenden Sonntag in Berlin tagen wird, unter scharfem Protest ausgetreten. Ueber die Gründe wird mitgeteilt:

Die im Hauptausschuß für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten organisierten Vereine umfassen etwa ein Viertel der Gesamtheit des Privatbeamtenberufes. Während die im Hauptausschuß organisierten Vereine sich widerspruchlos auf den Vorden der Regierungsvorlage stellen, erheben zahlreiche große Verbände und Korporationen, wie der Deutsche Privatbeamten-Verein, der Deutsche Bankbeamten-Verein, sehr viele Werks-Pensionskassen und Fabriklassen, der Zentralverband deutscher Industrieeller, der Zentralfachschul der Prinzipalverbände und andere mehr, die schwersten Bedenken, die sich besonders gegen die zehnjährige Wartzeit, die Unzulänglichkeit der gebotenen Leistungen, den ungeheuren Verwaltungsaapparat, die fast völlige Ausschaltung des Prinzips der Selbstverwaltung, die Nichtzulassung von Ersatzinstituten und Vernichtung der bestehenden Versorgungs-kassen, sowie gegen andere Punkte der Regierungsvorlage richten. Bedauerlicherweise hat nun der Hauptausschuß die Verfügung getroffen, daß für die von ihm am Sonntag geplante Versammlung in der Hofenstraße allen Interessenten der Zutritt ausdrücklich verweigert wird, die sich nicht auf den Vorden der Hauptausschußbeschlüsse stellen und die verdrängte erscheinende Einwendungen erheben. Der Hauptausschuß hat sogar Vereine, die ihm selbst angeschlossen sind, jedoch bezüglich der Regierungsvorlage anderer Ansicht waren, mit dem Ausschluß bedroht.

### Belgien.

#### Die Wahlrechtspropaganda.

Brüssel, 20. Februar. (Fig. Ver.) Der Generalkonvent der belgischen Partei hat beschloffen, für den 15. August eine Wahlrechtskundgebung in Brüssel zu veranstalten, an der sich die Sozialdemokratie ganz Belgiens beteiligen wird. In einem vom Parteifreikreis an die Föderationen gerichteten Zirkular wird angeregt, schon jetzt Reisekosten einzurichten, um auch den Fernsten zu ermöglichen, an dem Tage der großen nationalen Kundgebung für die politische Grundforderung des Proletariats: ein reines, unverfälschtes Wahlrecht, an der Demonstration in der Hauptstadt des Landes teilzunehmen. — Die Vorbereitung für diese Massenkundgebung soll sofort mit einer Serie von Demonstrationen und Versammlungen mit der Tagesordnung des allgemeinen Wahlrechts in allen Provinzen einsehen. Das Zirkular empfiehlt den Organi-



fallionen dringendst, sich bei dieser Versammlungspropaganda von der „deutschen Taktik“ inspirieren zu lassen und zur selben Stunde mehrere Meetings in den Städten zu veranstalten und die Versammlungen sowie die Namen der Redner zu plakatieren.

## England.

### Die Iren und die Krone.

London, 22. Februar. Die irische Partei hat gestern in einer Versammlung eine Resolution gefaßt, in der die Mitglieder erklären, sie bedauern, auszusprechen zu müssen, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, wo sie sich einschließen könnten, gemeinsam mit den übrigen Vertretern der Untertanen des Königs die Krönungsfeier zu begehen. Inzwischen gaben die Mitglieder ihren herzlichsten Glückwünschen für König Georg Ausdruck. Sie seien überzeugt, daß das irische Volk den König bei einem Besuche Irlands mit der herzlichsten Gastfreundschaft empfangen würde.

## Rußland.

### Die Verklumpung der Bureaucratie.

Moskau, 22. Februar. Infolge der Revision des Senators Garin sind auf Befehl des Kaisers zwei Generale, 51 Offiziere und 8 Beamte des Intendanturrefforts dem Militärbezirksgericht überwiesen worden.

### Die chinesische Antwort.

Petersburg, 22. Februar. „Wirshewija Sjedomosti“ glaubt in bezug auf die chinesische Note Anzeichen eines großen Erfolges der russischen Diplomatie feststellen zu können. Eine Voraussetzung sei aber nicht möglich, da man mit der spitzfindigen, Seiteneinflüssen zugänglichen chinesischen Diplomatie zu tun habe. — „Njetisch“ hört, daß sich die russische Regierung mit einer halben Antwort nicht begnügen werde. Der „Kowojew“ erscheint die aus der europäischen Presse bekanntgewordene Antwort Chinas wie ein Hohn, aber nicht wie eine erste Antwort auf eine erste Forderung. Die Angelegenheit lehre wieder zum Ausgangspunkt zurück wie vor der Ueberreichung der Note.

### Die Ausnahmegeetze gegen die Juden.

Petersburg, 22. Februar. (B. Z. B.) Die Reichsduma beriet den von 186 Mitgliedern der Opposition und des Zentrums eingebrachten Antrag über die Aufhebung der Beschränkung des Ansfäßigkeitsgebietes für Juden. Die Duma beschloß mit 208 gegen 188 Stimmen, sich weder für noch gegen den Antrag auszusprechen und die Frage, ob die Durchführung dieser Maßregel wünschenswert sei, der Kommission für die Unantastbarkeit der Persönlichkeit zu übergeben, welche binnen Monatsfrist berichten soll.

## China.

### Die neue Verfassung.

Das chinesische Parlament, dessen Eröffnung ursprünglich für 1917 vorgesehen war, soll infolge des Drängens der Reformier, die seine sofortige Berufung fordern, nach einem Erlaß vom Oktober 1910 1913 zusammentreten. In einer Schrift: „Grundelemente der neuen chinesischen Staatsform“ von v. Nuhm-Prusjinski werden die ziemlich verwickelten Wahl- u. m. Vorschriften dargestellt. Danach werden bestehen: Gemeindevertretungen, 23 Provinzialparlamente, ein Reichsparlament. Zur Gemeindevertretung wählen in Städten Männer über 25 Jahre, die etwas schriftkundig sind (volle Beherrschung der Schrift ist Gelehrtenfache) oder 5 Jahre wohnhaft sind und einen Besitz von etwa 4000 M. haben; auf dem Lande (auch in kleineren Städten), wenn sie 4 M. Steuer zahlen.

Zu den Provinzialparlamenten (30 bis 200 Mitglieder) wählen im Bezirk geborene Männer mit Hochschulbildung oder pensionierte höhere Beamte (aktive wählen nicht) oder mit einem Vermögen von 10 000 M. (wenn sie nicht im Bezirk geboren oder unter 25 Jahren: 10 Jahre Ansfähigkeit und 20 000 M.). Ausgeschloffen: Analphabeten, Opiumraucher, Leute, die „nicht einwandfrei leben“ oder sich mit „verwerflichen Dingen“ befassen (auch Gottesleugner u. ä.), Personen aus „verachteten Familien“, Söhne von Prostituierten, Schauspielerinnen, Grubenarbeiterinnen u. a.

Das Reichsparlament hat ein Herrenhaus von 48 Prinzen und Adligen, 32 hohen Beamten, 10 Vertretern der Wissenschaft, 10 des Großkapitals, 100 der Provinzialparlamente, die von den Gouverneuren aus 200 vorgeschlagenen ernannt werden; ein Volkshaus, das ganz von den Provinzialparlamenten gewählt wird, aber nur beratende Stellung haben soll. Die Wahlbeschränkungen schließen wohl das Proletariat, nicht aber die Masse der in China überwiegenden Kleinbauern und Handwerker aus. Somit sind sie nicht viel reaktionärer, teilweise noch liberaler als in Preußen. Massenwahl besteht nicht. Wählbar sind Wahlberechtigte, die 30 Jahre alt und 10 Jahre im Bezirk ansfähig sind.

## Indien.

### Ein politisches Attentat.

Wie aus Calcutta gemeldet wird, wurde in der Dienstagnacht ein Offizier der politischen Abteilung der Hindupartei von bengalischen Nationalisten erschossen. Die Täter sind trotz der von der Polizei sofort vorgenommenen Abhörungen und Nachforschungen entkommen. Der Vorfall erregt großes Aufsehen, da man infolge der längeren politischen Ruhe glaubte, die Nationalisten seien der Propaganda müde.

## Amerika.

### Es beginnt zu tagen.

New York, 9. Februar. (Sig. Ver.) Als Samuel Gompers sich bei der kürzlichen Jahresversammlung der Civic Federation im Verein mit den Erzstarfmachern des Landes mit Eifer bemühte, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu fördern, und während der Verhandlungen mit der ihm eigenen Bescheidenheit in seinem und der anderen anwesenden Gewerkschaftsbeamten Namen verführte, sie seien die wahren Vertreter der Arbeiter, ahnte er kaum, wie rasch er von den eigenen Leuten lägen gestraft und wie bald sein Tun und das der „Führer“ seines Kalibers desavouiert werden sollte. Bevor sie noch das üppige Mahl verdaut, das die Jahresversammlung abschloß und bei welchem sie in ihren Reden gemeinsam mit Roosevelt, Carnegie und ähnlichen „Arbeiterfreunden“ den Sozialismus vernichtet hatten, wurden schon Proteste gegen ihr Treiben laut. Und zwar waren es nicht böse Sozialisten, die protestierten, sondern recht konservative Leute, die stets nach der Gompersschen Weise getanz und denen seine Worte bisher als Evangelium gegolten haben.

Der erste Protest kam von der in ihrer Majorität konservativen und sozialistensindlichen Central Federated Union (Gewerkschaftsartell) von New York, die sich in einer

starken Resolution nach einer heftigen Debatte, in welcher Gompers, Mitchell usw. der Kopf gehörig gewaschen wurde, gegen den niederträchtigen Beschluß der Civic Federation wandte, durch ein vom Gouverneur zu ernennendes Schiedsgericht jede Streikbewegung der Arbeiter von vornherein unmöglich zu machen. Noch entschiedener lautete das Urteil des Konvents der mehr als 300 000 Mitglieder zählenden United Mine Workers (Bergarbeiterverband). Der Konvent, der unmittelbar nach der Jahresversammlung der Civic Federation in Columbus, Ohio, tagte, bezeichnete in einer mit gewaltiger Mehrheit angenommenen Resolution die Civic Federation als eine im Interesse der Kapitalisten geschaffene Einrichtung, dazu bestimmt, die Arbeiterschaft einzulullen. Und gleichzeitig stellte der Konvent John Mitchell, den langjährigen früheren Präsidenten der United Mine Workers und jetzigen Vizepräsidenten der American Federation of Labor (Gewerkschaftsbund Amerikas), vor die Alternative, entweder bis zum 1. April seinen mit 25 000 M. Jahresgehalt besoldeten Posten als Leiter der Schlichtungsabteilung der Civic Federation niederzulegen oder aus dem Bergarbeiterverband auszuschleiden. Und aus Chicago kommt heute die Kunde, daß auch das dortige Gewerkschaftsartell die Civic Federation aufs entschiedenste verurteilt hat.

Ja, es beginnt zu tagen! Auch die Gompers und Mitchell erfahren jetzt die Wahrheit des amerikanischen Sprichwortes, daß man alle Leute eine Zeitlang an der Nase herumführen, einzelne Leute sogar stets nasführen, aber nie alle Leute dauernd düpiieren kann.

### Das Marineprogramm angenommen.

Washington, 21. Februar. Das Repräsentantenhaus hat das Flottenbauprogramm für 1913, das den Bau von zwei Schlachtschiffen, zwei Kohlendampfern, acht Torpedobootzerstörern und vier U-Booten vorsieht, angenommen.

### Ein Handelsvertrag mit Japan.

Washington, 22. Februar. Präsident Taft hat dem Senat den Entwurf zu einem neuen Vertrage mit Japan zugesandt, durch den der Handelsvertrag von 1894 ersetzt werden soll. Der neue Entwurf soll jede Beschränkung der japanischen Einwanderung beseitigen.

## Parlamentarisches.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Am ein Wahlmanöver zu versuchen, hatten die Nationalliberalen am Dienstag die Streichung von zwei Armeespektoren und einigen Gouverneuren und Kommandanten beantragt; sie hofften darauf, daß der schwarzblaue Bloch die Streichung ablehnen werde und sie selbst sich dann als Vertreter jener „Sparsamkeit“ aufspielen könnten, die auch nicht davor zurückschreckt, in die „höheren Regionen“ hinauszugreifen. — In der Mittwochsitzung mußte Herr Semler, der den Nationalliberalen diese Suppe eingebracht hatte, den Unfall der Rationalliberalen begründen. Der Kriegsminister habe so beachtliches Material gegen den Antrag vorgebracht, daß die Rationalliberalen in ihrer notorischen Militarfeindschaft und Bewilligungslust, in der sie sich auch in Zukunft von keiner Partei übertriften lassen wollten, ihren Antrag zurückzugeben. Semler jammerte dann noch, daß der Kriegsminister die armen und braven Nationalliberalen so ungnädig behandelt habe. Mit der Zurückziehung ihres Antrages glaubten die Rationalliberalen weiteren Erörterungen entgangen zu sein; aber sofort nahm Eröber den Antrag wieder auf, damit Erzberger, gestützt auf Beweismaterial, den Nationalliberalen noch einige Radenschläge verfehlen konnte. Erzberger wies ihnen nach, daß sie 1906 einen ähnlichen sozialdemokratischen Antrag abgelehnt hätten; später kündete dann Baffermann an, die Nationalliberalen würden den abgelehnten sozialdemokratischen Antrag wieder aufnehmen; kurz darauf erklärte der Graf Orlola, Baffermanns Fraktionskollege, die Nationalliberalen verzichteten auf die Streichung. Und jetzt, 1911, beantragten sie, was sie bisher nicht tun wollten und auch schon abgelehnt hätten. Ausgesprochenere Schaulustpolitik kann eine Partei allerdings kaum treiben. Erzberger betonte zum Schluß, das Zentrum lasse sich ebenfalls von keiner Partei in Militarfeindschaft und Bewilligungslust übertriften. — Sofort nach der Erzbergerischen Rede zog nun auch das Zentrum den angenommenen Antrag zurück, den nun Genosse Ledebour wieder aufnahm, um eine sachliche Erörterung und Erledigung herbeizuführen. Ledebour sagte den Nationalliberalen, sie hätten den Antrag zurückgezogen, um sich aus einer sozialen Klemme zu ziehen und beantragte, getrennte Abstimmung über die einzelnen Forderungen des Antrages. Im Verlaufe der Debatte kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Ledebour und dem Kriegsminister über die Weingen in den höheren Kommandostellen. Abg. Osann versuchte schließlich, den nationalliberalen Antrag so umzudeuten, als sei mit ihm nur beabsichtigt gewesen, Klarheit zu schaffen und vom Kriegsminister zu hören, daß die Befegung der angegriffenen Stellen im militärischen Interesse notwendig gewesen. Da unsere Genossen darauf beharrten, daß über den nationalliberalen Antrag abgestimmt werde, ergab sich das erbauliche Schauspiel, daß die Nationalliberalen ihren eigenen Antrag niederstimmten; nur in einem Falle enthielten sich die Abg. Osann und Weber der Abstimmung. So endete das nationalliberale Wahlmanöver mit einer gründlichen nationalliberalen Dlamage. Die Volksparteier kündeten an, daß sie den Antrag in anderer Form event. im Plenum wieder aufnehmen würden.

Dann wurde die Beratung des Militärrelats zu Ende geführt. Am Donnerstag soll endlich mit der Erörterung über den Verlauf des Tempelhofer Feldes begonnen werden. Das sollte schon am vorigen Freitag geschehen. Aber offenbar war hinter den Kulissen ein neuer Handel im Gange, denn nur so ist die Verschleppungstaktik zu verstehen, die geübt worden ist. Es muß endlich auch öffentlich ausgesprochen werden, daß die Verschleppung der Kommissionsarbeit in diesem Jahre einen ganz außergewöhnlichen Umfang erreicht hat.

## Aus der Partei.

### Von der Breslauer Justiz.

Die Breslauer Justiz, die durch ihre harten Urteile gegen unser dortiges Bruderblatt schon weit über die Grenzen des Reiches berechtigtes Aufsehen erregte und die erst im Reichstage von den Genossen Frank und Stadthagen nach Gebühr gewürdigt wurde, sah am Dienstag wieder einmal über den Verantwortlichen der „Volkswacht“, Genossen Wolff, zu Gericht. Zwei Verleumdungen sollte Wolff begangen haben. Nach den bisherigen Erfahrungen, die Genosse Wolff und seine übrigen Kollegen mit den Breslauer Richtern gemacht hatten, ließen es diesem ratlos erscheinen, die Mitglieder der 2. Breslauer Strafkammer wegen Verstoßes der Besangenhait abzulehnen. Begründet wurde die Ablehnung mit einer Bemerkung, die der Vorsitzende der Kammer, Landgerichtsdirektor Rundry, in einem der letzten Prozesse gegen den Genossen Wolff in der Urteilsbegründung sich leistete. Er sagte: Daß bei den vielen Vorurteilen der Angeklagte überhaupt nur zu Gefängnisstrafen verurteilt werden könne; ferner wegen der bekannten Aeußerung in dem Prozeß gegen den Genossen Schiller über die „Schloßen Schweinehund“ und drittens wegen der Besangenhait

nommenheit gegen die sozialdemokratischen Redakteure, die er zwingt, gleich gewohnheitsmäßigen Verbrechern in die Anklagebank zu treten, weil sie ja gewohnheitsmäßig beleidigen.

Die in öffentlicher Sitzung erfolgte Begründung war den abgelehnten Richtern sehr unangenehm, und vergeblich bemühte sich der Vorsitzende, den Genossen Wolff zur Zurücknahme seines Antrages, die Richter für befangen zu erklären, zu bewegen. Da aber Wolff nicht gewillt war, durch Zurückziehung seines Antrages der Breslauer Justiz sein besonderes Vertrauen auszusprechen, mußte eine neue Kammer gebildet werden. Diese entschied, nachdem die abgelehnten Richter auch amtlich erklärt hatten, nicht befangen zu sein, selbstverständlich: die abgelehnten Richter sind unbefangene.

Nach einständiger Pause wurde die Verhandlung fortgesetzt. Diesmal sollte Wolff das Schöffengericht Liegnitz und einen Amtsvorsteher in Laurahütte beleidigt haben. Im ersten Falle war das gegen einen Gutsbesitzer, der seinen Anoch auf schmerzte gemißhandelt und mit dem Totschlag bedroht hatte, auf 6 M. lautende Urteil als „lächerlich“ gering, als eine „Prämie für Mißhandlungen“ bezeichnet worden. Außerdem enthielt das Urteil folgende Kritik: „Würde der Anoch, wenn er dem rohen Patron in der Notwehr mit gleicher Münze heimgezahlt hätte, ebenso billig davongelommen sein? Wir befürchten, nicht.“ Hierin sah der Staatsanwalt, der natürlich wieder den angeklagten Beleidigten die „Volkswacht“ zur „gefälligen Kenntnisnahme“ übersandte, den Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung (1) und stellte Straf Antrag! In zahlreichen Beispielen von der sozialreaktionären „Arbeitgeber-Zeitung“ bis zur „Germania“ und „Volk-Zeitung“ konnte Wolff aber nachweisen, daß solche Kritiken eines Urteils in der gesamten Presse üblich sind, ohne daß sich ein Staatsanwalt — außer dem Breslauer natürlich — findet, der deshalb Anklage erhebt. Aber trotzdem wollte der Staatsanwalt dieses „Verbrechen“ mit 150 M. bestrafen. Das Gericht erkannte auf 30 M., weil in der Kritik eine Beleidigung nicht gefunden werden könne, dagegen sei die Spitzmarke: „Eine Prämie für Mißhandlungen“ beleidigend.

Im zweiten Falle hatte Wolff eine verpöbelte Staatsaktion der Polizeiverwaltung in Laurahütte als einen verdienten Reinfall bezeichnet, und dies war nach Ansicht des Breslauer Staatsanwalts auch wieder sehr schwer beleidigend und sollte 150 M. kosten. Das Gericht erkannte auf 50 M.

Beide Urteile stechen von den früheren gegen Genossen Wolff und seine Kollegen ergangenen Urteilen, was das Strafmaß betrifft, vorteilhaft ab, wenn auch das Schulurteil selbst im schärfen Widerspruch zu dem Rechtsempfinden des Volkes steht. Erst vor 14 Tagen wurde Wolff wegen einer leichten Bepötelung eines Waldenburger Volkstagen zu der harten Strafe von 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Reichstagslandbaur. Eine Parteikonferenz für den 2. pfälzischen Wahlkreis stellte für die kommende Reichstagswahl einstimmig den gegenwärtigen Vertreter des Kreises im Reichstage, den Genossen Huber, wieder auf.

Amsturg-Angst. Aus Mainz wird mitgeteilt, daß der Provinzialausschuß die Wahl von vier Genossen, die bei der Gemeinderatswahl in Brexheim gewählt worden waren, für ungültig erklärt hat.

Eine österreichisch-italienische Friedensdemonstration, wie sie von der Triester Konferenz der sozialdemokratischen Parteien beider Länder beschlossen worden ist, findet am 9. April statt, an welchem Tage in allen größeren Städten und Orten beider Staaten Arbeiterversammlungen gegen den Kriegsmoloch und seine Agenten demonstrieren werden.

Ein Deutsch-sozialdemokratischer Verein wurde anfangs Februar in Bergen in Norwegen gegründet. In der konstituierenden Versammlung wurde der Beitritt zur norwegischen Arbeiterpartei beschlossen. Bei den Vorstandswahlen wurden die Genossen J. Schied als Vorsitzender, A. Schröder als Kassierer und A. Förster als Schriftführer gewählt. — Die Vereinsadresse ist: „Deutsch-sozialdemokratischer Verein“, Bergen (Norwegen), Holteis hus.

## Soziales.

### Wer ist der Arbeitgeber?

Den Versuchen im Baugewerbe, den Arbeiter um seinen Lohn durch Schreibern zu prellen, muß das Gericht wiederholt entgegengetreten.

1. 25 Bauarbeiter, die auf einem Bau der Aktiengesellschaft für Bauausführung beschäftigt waren, haben die Arbeit eingestellt, weil sie für die letzten sieben Arbeitstage keinen Lohn erhalten haben. Sie klagten deshalb am Dienstag gegen die Gesellschaft beim Innungsschiedsgericht auf Zahlung des rückständigen Lohnes mit je 55 M. Die Beklagte wendete ein, daß sie nicht Arbeitgeber der Kläger sei. Sie habe mit dem Affordpuyer M., der nicht unter den Klägern ist, Vertrag geschlossen und diesem die Arbeiter im Affordpuy übergeben. M. habe die Kläger angenommen und die Affordpuy gebildet; sie mühten sich an den Puyer M. halten. Die Kläger hätten auch absichtlich langsam gearbeitet und deshalb nicht so viel verdient. Das Schiedsgericht stellte daraufhin fest, daß die Kläger den Vertrag nicht unterschrieben haben, sondern nur der Puyer M. Dagegen ist von den Klägern eine von der Beklagten vorgelegte Arbeitsordnung unterschrieben worden. Auch ist nicht allwöchentlich von der Beklagten an M. eine Abschlagssumme gezahlt worden, sondern sie hat stets eine Lohnliste für sämtliche Arbeiter geführt und den M. mit der Auszahlung der Löhne beauftragt. Für die in Klage stehenden sieben Tage hat M. weder Geld noch Auftrag zur Lohnauszahlung bekommen.

Das Schiedsgericht hatte aus diesen Umständen die Ueberzeugung gewonnen, daß die Beklagte Arbeitgeber der Kläger gewesen ist und M. nur ihr Vertreter. Der Einwand, daß die Kläger absichtlich wenig gearbeitet hätten, wies das Schiedsgericht mit der Bemerkung zurück, daß ja dann die Beklagte berechtigt war, die Kläger zu entlassen und nicht erst drei Wochen lang zu beschäftigen. Da den Klägern 8 M. pro Tag garantiert worden ist, so sei der Klageanspruch begründet. Die Kläger ermäßigten alsdann, um der Beklagten entgegenzukommen, ihre Forderungen auf je 50 M. Die Beklagte wurde zur Zahlung dieser Summe verurteilt.

2. Gestern klagten vor der Kammer 3 des Gewerbegerichts zwei Bauarbeiter gegen den Baustellenbesitzer und Weinhandler Lehmer. Die Kläger waren mit Polierdiensten beschäftigt und sind seitlos entlassen worden. Sie fordern noch 23,36 M. beginn, 10 M. schuldigen Lohn und je 90 M. Entschädigung für die vierzehntägige Kündigungsfrist. Der Beklagte ließ durch seinen Vertreter einwenden, daß nicht er, sondern der Bauunternehmer Schmidt, dem die Baustelle gehört und der sie bebaut, der Arbeitgeber der Kläger sei. Die Kläger hatten diesen auch ursprünglich mitverklagt, aber, da er in Charlottenburg wohnt und sich somit die örtliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts ergab, die Klage gegen ihn wieder zurückgenommen. Die Kläger behaupten, daß Schmidt so gut wie nichts zu bestimmen gehabt hat. Der Beklagte habe vielmehr allein die Aufträge erteilt. Er habe auch ihre Lohnbezüge herabgesetzt, indem er sagte, er könne ihnen nicht mehr 45 M. die Woche zahlen. Auch die angelieferten Materialien wurden auf Anweisung des Beklagten mit seinem Stempel versehen. Der Beklagte habe sich eben um alles gekümmert. Die Lohnauszahlung sei durch ihn erfolgt. Sie haben selbst für den genannten Schmidt den Lohn von ihm erhalten und diesem mitbringen müssen. Der Vertreter des Beklagten erklärte dies alles dadurch, daß der Beklagte durch eine Hypothek daran interessiert war, daß der Bau sobald als möglich fertig werde. Schließlich ermäßigten die Kläger, um dem Beklagten entgegenzukommen, ihren Entschädigungsanspruch um eine Woche.

Das Gericht verurteilte den Beklagten, an die Kläger 70,36 M. beginn, 60 M. zu zahlen, weil es auf Grund der unrichtig gewordenen Angaben die Ueberzeugung erlangt hatte, daß der Beklagte der Arbeitgeber der Kläger gewesen ist; der Schmidt sei mehr als Führer, also Beauftragter des Beklagten gewesen.



# Gewerkschaftliches.

## Unternehmer-Terrorismus.

Wald kein Tag vergeht mehr, wo die Unternehmerpresse nicht über den Terrorismus der organisierten Arbeiterschaft zitiert und die Staatsanwaltschaft und Gerichte mobil macht. Letzteres ist allerdings vollständig überflüssig, denn wo man insbesondere einem Streikführer etwas anhängen kann, selbst wenn er einen Arbeitswilligen nur schief ansieht, ist die Klageerhebung sicher zu erwarten. Und die Gerichte sind in solchen Fällen allzu gern bereit, recht scharf zu strafen. Wir erinnern nur an einen Fall der jüngsten Zeit. Der frühere Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes der Zahlstelle Kaiserslautern, Wilking, welcher seit einigen Jahren aus bestimmten Gründen nicht mehr Mitglied des Verbandes, wurde beim Streik der Tischler Arbeitswilliger. Ein Arbeiter überreichte dem Wilking einen Lorbeerkranz mit der Worten: „Für hervorragende Dienste.“ Der Staatsanwalt erhob Anklage, und der Spender des Kranzes wurde zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, und zwar auf Grund des berüchtigten § 153 der G.D. Wie viele Fälle von Unternehmerterrorismus sind nun insbesondere in den letzten Jahren in unserer Presse bekanntgegeben, ohne daß die Staatsanwaltschaft sich veranlaßt gesehen hat, diesen nachzugehen. Ja, Bauer...

Ein besonders krasser Fall kommt durch den folgenden Brief, der uns in die Hände fiel, ans Tageslicht:

Deutscher Arbeitgeberschutzverband für die gesamte Tonindustrie, Geheim Vertrauensstelle Dortmund. — Mitgliederzahl: 15 000 Firmen der Tonindustrie.

Schötmar, den 14. Januar 1911.

Herrn Stellmacher . . . . . Schötmar.

Sie haben von der Firma Ruthe drei Gesellen in Arbeit genommen. Das Benehmen dieser Leute bei genannter Firma wird von uns durchaus getadelt. Wir ersuchen Sie, sowohl im Interesse des Verbandes als auch zu Ihrem eigenen pekuniären Nutzen, diese sofort, spätestens innerhalb 14 Tage, wieder zu entlassen und nicht wieder einzustellen. Erhalten wir von unserm Vorkontrollen Vertrauensmann Nachricht, daß dieses nicht geschieht, müssen wir zu unserm Bedauern unseren Mitgliedern anheimgeben, von Ihnen Waren nicht zu kaufen und solche eventuell nur von Ruthe zu beziehen.

Dasselbe geschieht auch, wenn Sie einen Arbeitnehmer von der Existenz unseres Verbandes wissen lassen.

Dochachtungsvoll

Deutscher Arbeitgeberschutzverband für die gesamte Tonindustrie, geg. Jaternann, Langen.

Die Firma Ruthe fabriziert Ziegelwaren, und stellen die bei ihr beschäftigten 3 Stellmacher am 25. November die Arbeit ein, weil der Lohn so niedrig bemessen war, daß damit die Arbeiter beim besten Willen nicht auskommen konnten. Zwei verheiratete Arbeiter fanden nun Beschäftigung in einem Konkurrenzbetrieb der Firma Ruthe, und offenbar auf Betreiben der letzteren haben die Ziegeleibesitzer resp. deren Organisation, der Arbeitgeberschutzverband für die gesamte Tonindustrie, der Firma den Ruin angedroht, wenn sie nicht die Arbeiter entläßt oder auch nur von der Existenz dieser Unternehmerorganisation redet. Die beiden Arbeiter, welche verheiratet sind, wurden dann auch am 28. Januar tatsächlich entlassen. Die Firma Ruthe sowohl wie die Ziegeleibesitzer werden nun von der Brotlosigkeit der beiden Mitglieder des Holzarbeiterverbandes keinen Vorteil haben, dafür wird gejagt werden. Wir flemen auch nicht darüber, daß man in dieser brutalen Weise zu Werke geht und Familienväter auf die Straße wirft, weil sie der früheren Fron entflohen und nicht mehr für Hungerlöhne arbeiten wollen. Aber notwendig ist es immer wieder, zu zeigen, was Unternehmerbrutalität sich ungeheuer leisten darf. Daß der Staatsanwalt Anklage erhebt, daran glauben wir nicht.

Der Fall ist auch ein schönes Beispiel dafür, daß die Sozialdemokratie den Mittelstand „ruiniert“. Wenn die Handwerksmeister sich dem Kommando der Großunternehmer nicht fügen, wird ihnen die „Rehle zugeschnürt“. Nichtsdestoweniger wird auf die Sozialdemokratie geschimpft, „weil sie den Mittelstand beseitigen will“. Nur so weiter, der Arbeiterbewegung schadet es nichts!

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Freizeugehilfen! Wegen Tarifstreitigkeiten sind für die Verbandsmitglieder folgende Firmen gesperrt: Hoppe, Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstraße 25; Wolf, Beusselstraße 64. Verband der Freizeugehilfen.

### Deutsches Reich.

#### Der korporative Arbeitsvertrag im Bäcker- und Konditorgewerbe.

Die Bäcker- und Konditormeister gehören mit wenigen Ausnahmen zu denjenigen rückständigen Unternehmern, die sich durch Beschlüsse ihrer Vereinigungen mit aller Macht gegen die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sträuben. Von den Innungsführern wird der Tarifvertrag als eine Schraube ohne Ende betrachtet. Auch in anderer Beziehung haben die rückständigen Elemente im Unternehmerlager ihr möglichstes getan, um den Eingang des Tarifvertrages im Gewerbe zu vereiteln. Erkenntnis sei hierbei an die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises durch die Unternehmer zu dem ausgesprochenen Zweck, Arbeitswillige nach Streiforten zu vermitteln. Diese Einrichtung trug den Todesstoß in sich. Als sie zum erstenmal in Funktion treten sollte, fanden sich keine derartigen Elemente, die sich zu diesem Gewerbe hergaben. Dann probierten die Führer der Unternehmer ihr Glück mit der Gründung einer gelben Streikbrechergarde. Dieser Luxus kostete den Herrschenden manchen harten Taler; aber der beachtliche Erfolg blieb selbstverständlich aus.

In dieser Zeit hat der Zentralverband der Bäcker und Konditoren die größten Fortschritte gemacht, sowohl in der Mitgliederzunahme, wie auch in Abschließen von Tarifverträgen. Von 1905 bis 1910 wurden 215 Verträge mit den Unternehmern oder ihren Organisationen vereinbart. Die Zahl der daran beteiligten Berufscollegen beträgt 28 054. Allein im vorigen Jahre, wo die Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen alle Mienen springen ließen, wurden 62 Verträge für 2 339 Personen vereinbart. Nach einer vorliegenden Zusammenstellung war die Organisation am Jahresabschluss an 134 Tarifabschlüssen, die 5125 Betriebe und 13 478 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen, beteiligt. Darunter befinden sich außer einem Reichstarifvertrag, vereinbart mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, 67 Lokaltarife, mit Unternehmerorganisationen abgeschlossen, und 66 Verträge mit einzelnen Unternehmern vereinbart. Nach dem Mitgliederstand der Organisation berechnet sind von jedem hundert Mitgliedern 59 zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Unternehmerorganisationen mit ihrer tariffeindlichen Politik elend Schiffbruch litten, daß dagegen der Tarifgedanke sicher sich Bahn bricht.

Dieses Jahr kommen 80 Betriebsverträge zum Ablauf. Dazu kommen noch eine Anzahl Städte, wo jetzt erst die Organisation ins Leben tritt, zum erstenmal an die Unternehmer Forderungen zu stellen. Ob die Unternehmer nun einen anderen Standpunkt in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einnehmen werden, ist das in früheren Jahren der Fall war, ist sehr zweifelhaft. Nach den Neuierungen in ihrer Presse gewinnt es den An-

schein, als ob sie aus den Vorgängen nichts gelernt hätten, sondern an ihrem harten Dogma des „Herrn im Hause“ festhalten. Die Arbeiterorganisation ist sich dessen sicher, daß diese rückständigen Ansichten am allerwenigsten dazu angehen sein können, bei der bevorstehenden Tarifbewegung Kämpfe zu vermeiden. Die Unternehmer werden dann aber bald einsehen lernen, daß sie mit ihrem reaktionären Verhalten keine Vorbeeren ernten können.

### Tarifabschluß im Baugewerbe.

Zwischen den Bauunternehmern und dem Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Lübben i. Lausitz ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. In Lübben wurde im Vorjahre ebenfalls ausgespart. Mit den Bauhilfsarbeitern kam dann ein Vertrag auf Grund des zwischen den Zentralorganisationen vereinbarten Vertragsmusters zustande. Mit den Zimmerern und Maurern kam ein solcher Vertrag nicht zum Abschluß. Die Zimmerer verlängerten dann im Laufe des Sommers den früheren einfachen Ortsvertrag und veränderten nur die Lohnhöhe. Für das Maurergewerbe ist jetzt das gleiche geschehen. Der Lohn betrug bis 1. April 1910 42 Pf. die Stunde und beträgt nun bis zum 31. März 1911 45 Pf. und von da ab bis zum 31. März 1913 47 Pf.

### Aufgehobener Einhaltsbefehl.

Das Landgericht Plauen i. V. beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung mit der Berufung des Bezirksleiters Genossen Siedlein vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband und des Genossen Breslauer gegen die vom Amtsgericht erlassene Verfügung, wonach beide bei Vermeidung einer Strafe von 1500 M. für jeden einzelnen Fall jeden Hinweis und jede Auforderung zum Boykott des Bieres der Brauerei Hammer in Plauen zu unterlassen hätten. Nachdem Herr Hammer den Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden des Landgerichts zurückgewiesen hatte, nachdem er sich vom Gericht sagen lassen mußte, daß sein ablehnender Standpunkt nur Rechthaberei sei, wurde die Berufung des Urteils auf den 17. Februar festgesetzt. Das Urteil ging dahin, daß der Einhaltsbefehl aufgehoben und Herrn Hammer sämtliche Kosten auferlegt wurden. — Der Kampf gegen die Brauerei Hammer entfiel wegen Maßregelung und Unterdrückung des Koalitionsrechts. — Nun schwebt noch eine von der Brauerei Hammer gegen die genannten Personen erhobene Entschädigungsfrage.

### Die braven Gewerkschaftschriften.

Unter den Textilarbeitern Augsburgs und der Vororte ist zurzeit eine Bewegung im Gange, die die Einführung des freien Samstagnachmittags anstrebt, wie er schon geraume Zeit in der Metallindustrie besteht. In sämtlichen vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufenen Versammlungen, zu denen sämtliche Arbeiter eingeladen wurden, fand die Forderung des freien Samstagnachmittags allseitige Zustimmung. Eine Eingabe an die Textilunternehmer ist bis heute noch nicht erfolgt, was die Fabrikanten jedoch nicht hindert, durch einen Anschlag in den Fabriken den Textilarbeitern zu eröffnen, daß von der Einführung des freien Samstagnachmittags auf absehbare Zeit hinaus keine Rede sein könne. Als Gründe der Ablehnung der noch gar nicht offiziell gestellten Forderung wird die Konkurrenz ins Feld geführt, dann die schlechte Lage der Textilindustrie und der Widerstand der außerbayerischen, hauptsächlich der norddeutschen Textilunternehmer.

In den Betriebsversammlungen, in denen die Frage der Einführung des freien Samstagnachmittags ventiliert worden war, hatten auch die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes sich für die Forderung ausgesprochen. Auch die Leitung des christlichen Verbandes war davon unterrichtet. Trotz dieser Tatsache findet sich in der „Haunstätter Zeitung“, die in einem Vortritt Augsburgs erscheint, folgende Erklärung:

„Laut Anschlag in der hiesigen Spinnerei und Weberei hat der Deutsche Textilarbeiterverband eine Eingabe an die Direktion gemacht um Freigabe des Samstagnachmittags. Der allergrößte Teil der hiesigen Arbeiterschaft ist der Meinung, daß diese Eingabe vom christlichen Verbands ausgehe. Wir erklären deshalb, daß wir dieser Eingabe vollständig fernstehen und daß unter dem Namen „Deutscher Textilarbeiterverband“ der sozialdemokratische Verband zu verstehen ist. Der christliche Textilarbeiterverband wird niemals über die Köpfe der Arbeiterschaft hinweg solche Forderungen stellen, wie das hier vom sozialdemokratischen Verband geschehen ist.“

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Ortsgruppe Haunstätten.

Soweit die Erklärung der tapferen Christen. Sie zeigt die Wahrheitsliebe dieser Herren wieder einmal in hellem Lichte; sie zeigt aber auch, daß die christlichen Gewerkschaften schon unter das Niveau der Welken gesunken sind.

### Ausland.

#### Aussperrung der Lithographen, Steindrucker und deren Hilfspersonal in Böhmen.

Der allgemeine Ausstand in allen Steindruckereien Böhmens dauert bereits seit 10. Dezember und nimmt seinen ununterbrochenen Fortgang. 700 Arbeiter sind am Streik, began, an der Aussperrung beteiligt. Nur eine ganze kleine Anzahl Arbeitswilliger haben sich bisher von auswärtig gefunden, die aber für die allgemeine Bewegung nicht in Betracht kommen. Die Aussperrungen dagegen halten fest zusammen, so daß die Unternehmer von einem Tag zum anderen die Beendigung dieses Kampfes erwarten. Allein aber können die Unternehmer nicht abschließen, weil sie als Sicherstellung auf jeden ausgelerten Gehilfen 500 Kronen in einem Sichtwechsel dem Verein der Steindruckereibesitzer von Böhmen, Mähren und Schlesien zu hinterlegen hatten. Während die Arbeiterschaft die 8½stündige tägliche Arbeitszeit, Erhöhung der Mindestlöhne, Ferien, Bezahlung eines Zuschlages bei Überstunden usw. fordert, haben die Unternehmer noch wiederholten Verhandlungen bis jetzt die 8½stündige tägliche Arbeitszeit unter Fortfall einer Frühstück- und Vesperpause angeboten, dagegen lehnen sie jedoch jede Lohnhöhung und Ferien ab. Und ohne dieses will die Arbeiterorganisation keinen Tarif abschließen, zumal in den anderen österreichischen Kronländern bedeutend bessere Verhältnisse tariflich festgelegt sind, die 8 und 8½stündige Arbeitszeit (in Ungarn allgemein 8½ Stunden) usw. Die Gehilfenorganisation (der Oesterreichische Senefelderbund) erhebt jetzt neben seinem regelmäßigen Wochenbeitrag noch über eine Krone Ergänzungsbeitrag, zusammen pro Mitglied und Woche über 2½ Kronen. Damit rüstet sie sich auf einen größeren Kampf und ist nicht gewillt, nachzugeben; außerdem stehen der Gehilfenorganisation größere Reserven zur Verfügung. Auch hat die österreichische Zentrale aller Gewerkschaften moralische und materielle Unterstützung zugesichert. — In Anbetracht dieses Kampfes, der für die Berufscollegen aller Länder von größter Bedeutung ist, hat jetzt auch der Internationale Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, der seinen Sitz in Berlin hat und dem fast alle Landesorganisationen der Welt angeschlossen sind, die weitgehendste Unterstützung beschlossen. Für alle angeschlossenen Landesverbände hat das internationale Sekretariat jetzt einen obligatorischen wöchentlichen Extrabeitrag ausgegeben, der für alle Mitglieder bindend ist. Die deutsche Organisation (der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe) stützte aus ihrer Verbandskasse für diesen Zweck den erstmaligen Betrag von 10 000 Mark. In Mitteln zur Unterstützung der ausländischen graphischen Arbeiter in Böhmen ist also hinreichend Sorge getragen, so daß hieran der Kampf niemals scheitern wird.

### Die Lage in Dänemark

hat sich jetzt etwas friedlicher gestaltet, als noch vor wenigen Tagen zu erwarten war. Der Lohnkampf in der Herrenkonfektion Kopenhagen ist endgültig beendet, nachdem es auch den Zukäufelern

durch weiteres Entgegenkommen der Unternehmer möglich wurde, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. In der Textilindustrie haben die wiederholt abgebrochenen, aber von neuem angeknüpften Verhandlungen endlich doch zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das ganze Land geführt, der namentlich den schlechtest bezahlten Arbeitskräften Lohnhöhung bietet. Der Tarif gilt auf fünf Jahre. Die Akkordpreise sollen für verschiedene Textilfabriken allerdings noch geregelt werden, jedoch ist Vorfrage getroffen, daß in Fällen, wo die Verhandlungen nicht zur Einigung führen, ein Schiedsgericht entscheidet, so daß es darüber nicht zu Kämpfen kommen kann.

Die Aussperrung im Klempnergewerbe dauert fort und eine Aussicht auf Einigung ist in diesem Beruf noch nicht vorhanden. In den bevorstehenden allgemeinen Aussperrungen in der Holzindustrie, in den Installationsgeschäften und in der Metallwarenindustrie hat die Arbeitgebervereinigung die zweite Ankündigung am Freitag erlassen; sie sollen am 27. Februar, also am nächsten Montag durchgeführt werden, wenn es bis dahin nicht zur Einigung kommt. Die Gefahr, daß es zu größeren Kämpfen kommt, ist also noch immer nicht beseitigt, wenn auch der Verlauf der bisherigen Verhandlungen schon gezeigt hat, daß die Arbeitgebervereinigung sich doch nicht stark genug fühlt, die geplanten Massenaußperrungen in dem Umfang durchzuführen, wie sie es von Anfang an beabsichtigte.

## Versammlungen.

### Deutschlands Lebensbedingungen

Lautele das Thema eines vom 1. Berliner Reichstagswahlkreis einberufenen, sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung, über das Reichstagskandidat Düwelle referierte. Nachdem Redner in interessanter Weise die wirtschaftspolitischen Fragen und Vorgänge beleuchtet hatte, erklärte er: sei das deutsche Volk diesmal bei den Wahlen nicht auf dem Posten, so werde es so wichtige Schlüsse erhalten, wie nie zuvor. Die Versammlung, die den Ausführungen des Referenten mit großem Interesse gefolgt war, gab ihre Zustimmung durch starken Beifall zu erkennen. Gegner melbten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht. In der kurzen Diskussion sprachen die Genossen Jadud und Strehl. Der erstere ging noch auf die Maßnahmen ein, die das Ausland unserer Volkspolitik entgegenstelle, während der letztere wünschte, daß in einem künftigen Vortrage die Frage der Kräfte, Kartelle und Syndikate behandelt würde. Der Vorsitzende stellte ein solches Thema in Aussicht und Genosse Düwelle ging noch kurz auf die angeregte Frage ein. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden Taterow war die Versammlung zu Ende.

Im dritten Wahlkreis sprach am Dienstagabend der Reichstagskandidat Wilhelm Pfan n l u ch über das Thema: „Wer treibt Sozialpolitik?“ Der letzte Sozial der „Arminhallen“ war von den Besuchern dicht besetzt, und mit großer Aufmerksamkeit folgten alle dem anderthalbstündigen Vortrage. Oft wurden während des Referats zustimmende Rufe aus der Versammlung laut und reicher Beifall lohnte auch zum Schluß den Redner. Der Vorsitzende August Pohl forderte die etwa anwesenden Gegner auf, ihre Ansichten vorzutragen, aber es meldete sich niemand.

Frau Steinkopf hielt eine kurze Ansprache, in der sie sich an die zahlreich anwesenden Frauen wandte und zu reger Beteiligung an dem allgemeinen Frauentag, am 19. März, aufforderte. Genosse Pohl schloß sich der Rednerin an mit der Mahnung zu einer recht eifrigen Agitation für den Frauentag. Er legte den Genossen dann dringend nahe, für die Organisation im dritten Kreise mehr Tätigkeit zu entfalten. Jeder Umzugsstermin läßt große Lücken in der Mitgliederzahl des Wahlkreises entstehen. Diese Lücken müssen gefüllt, neue Kräfte herangezogen werden. Genosse Pohl gab der Erwartung Ausdruck, daß der Appell nicht vergebens sein werde und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Partei.

### Im sechsten Berliner Reichstagswahlkreis

leitet bereits der Abgeordnete des Kreises, Genosse Georg Ledebour, die Agitation zu den bevorstehenden Reichstagswahlen mit einer Vortragsreihe ein, in der die verschiedenen Verfassungskämpfe, in die wir zurzeit in Deutschland verwickelt sind, geschildert werden. Am Dienstag behandelte er vor einer öffentlichen Versammlung in der Berliner Wollbrauerei die Verfassungsfrage in Elbisch-Lothringen. Wer da glaubte, daß sich die breiten Massen des Volkes für diese Frage, die doch zunächst unsere Landesleute im südwestlichen Winkel unseres Vaterlandes angeht, weniger interessieren würden, sollte durch diese Versammlung eines anderen belehrt werden. Obgleich die Versammlung erst um 8½ Uhr angefangen war, war um diese Zeit der Saal, der schon keine Tische, sondern nur dicht aneinander gereichte Stuhlreihen aufwies, so stark besetzt, daß auch noch die Fortschaffung der Stühle erfolgen mußte, um die noch Einlassbegehrenden aufnehmen zu können. Kurz vor 9 Uhr nahm Ledebour das Wort zu seinem Vortrage. Er verstand es ausgezeichnet, die große Zahl seiner Zuhörer für die an sich etwas trodene Materie zu interessieren. Obwohl der Aufenthalt in der schwülen Atmosphäre des Saales keineswegs zu den Annehmlichkeiten zu rechnen ist, lauschten die Versammelten mit gespannter Aufmerksamkeit in fast lauscher Ruhe, die nur hin und wieder durch ihre Beifallsäußerungen unterbrochen wurde, den fünfviertelstündigen Ausführungen des Redners, die mit der Versicherung schlossen, daß auch hier die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag dafür einstehen werden, daß den Elbisch-Lothringern eine freie Verfassung und ein freies Wahlrecht werden wird.

Mit der Aufforderung des Vorsitzenden zu reger Beteiligung an den Agitationsarbeiten für die Partei und dem üblichen Hoch auf die Partei schloß die Versammlung.

## Letzte Nachrichten.

### Schweres Brandunglück.

Eupen, 22. Februar. (B. S.) Eine Feuerbrunst zerstörte heute früh die Papierfabrik der Firma Witme Rissen. In der Fabrik wurde Tag und Nacht gearbeitet. Zur Zeit des Ausbruchs des Feuers waren 70 Personen in der Fabrik beschäftigt. Es entstand eine große Panik. Eine Arbeiterin ist in den Flammen umgekommen. Trotz aller Anstrengungen der gesamten Feuerwehren der Stadt brannten auch einige der benachbarten Häuser nieder.

### Räuberischer Überfall.

Lugansk (Gouv. Jekaterinoslaw), 22. Februar. (B. Z. B.) Auf dem Schilorschen Bergwerk wurde der Kaufmann Dalin von fünf Verbrechern überfallen und ausgeraubt. Bei der Verfolgung wurde ein Schuhmann getötet, drei weitere wurden verwundet. Einer der Räuber erschloß sich, zwei wurden festgenommen, zweien gelang es, zu entkommen.

### Rückgang der Pestepidemie.

Charbin, 22. Februar. (B. Z. B.) In Fustadsjan nimmt die Pestepidemie weiter ab. Durchschnittlich sterben täglich 20 Personen. Durch die Energie des Leiters der Pestbekämpfung, Dr. Iljando, ist die Stadt von Leichen gereinigt. Die neuen Leichen werden verbrannt, unter Leitung von Dr. Iljando werden alle Häuser besichtigt und desinfiziert.



Reichstag.

182. Sitzung. Mittwoch, den 22. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Visco.

Zweite Beratung des Justizetat.

Zweiter Tag.

Die Beratung wird beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M.“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Wagner (L.): Der Abg. Abrah hat gestern 2 1/2 Stunden lang den Prozeß Veder behandelt, der schon genug breit getreten war. Der Staatssekretär hat ihm die beste Antwort gegeben, nämlich gar keine; die Sache hat ja auch gar nichts mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts zu tun. (Sehr richtig! rechts.) — Der Redner polemisiert dann, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, gegen den Abg. Frank.

Abg. Dr. Jund (noll.): Der Staatssekretär des Reichsjustizamts ist für den allgemeinen Gang unserer Justiz verantwortlich und deshalb sind bei dem Etat des Reichsjustizamts allgemeine Beschwerden und Bemerkungen über unsere Justiz angebracht. (Lebhafte Zustimmung! links.) Der Abg. Abrah hat daher mit vollem Recht sich über den Fall Veder ausgelassen. (Erneute Zustimmung! links.) Der Redner erwähnt den Fall des deutschen Reichsangehörigen v. Hellfeld, der ein rechtskräftiges Urteil gegen den russischen Staat erlangt hatte, und dieses rechtskräftige Urteil, auf Grund dessen ein Guthaben des russischen Staates bei der Firma Mendelsohn in Berlin beschlagnahmt war, wurde von der preussischen Regierung für null und nichtig erklärt. Zur Stärkung der Autorität der Gerichte kann solch Verfahren nicht dienen. Man sollte eine unabhängige internationale Instanz zur Entscheidung solcher Streitigkeiten schaffen. — Der Redner beklagt, daß die Strafrichter dem Empfinden des Volkes fern stehen; das zeigt das verhängnisvolle Strafmaß im Prozeß Veder. Die Erfahrungen in diesem Prozeß, wie auch bei den Wobitzer Prozessen können nur dazu führen, den Versuchen auf Einschränkung des Wahrheitsbeweises entgegenzutreten. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Dr. Visco: Herr Abrah hat gestern mitgeteilt, daß der frühere Landrat Osteroth trotz seiner Verurteilung jetzt noch aus staatlichen Fonds Zuwendungen erhalten soll. Herr Osteroth ist durch Disziplinarrichters vom Jahre 1901 unter Verlust der Pension aus dem Dienste entlassen und hat seitdem Zuwendungen aus staatlichen Fonds nicht erhalten. — Der Redner erörtert dann noch einige vom Abg. Jund angeregte juristische Fragen.

Abg. Werner (Antwimm): Ich will weiter dafür sein, daß Redakteure, welche Mißstände öffentlich zur Sprache bringen, der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugesichert werde.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Solange Richter nicht aus allen Teilen des Volkes entnommen werden, werden auch organische Veränderungen der Rechtspflege nicht bewirken können, daß unsere Justiz nicht die Signatur der Klassenjustiz hat. (Sehr richtig! links.) Ein modernes Strafgesetzbuch muß vor allem die Arbeitskraft schützen. Es muß mit der Mißhandlung des Koalitionsrechts ein Ende gemacht werden. Das Koalitionsrecht ist verkleinert worden, aber nicht die Unterlassung seiner Anwendung wird bestraft, sondern seine Anwendung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir Jahr für Jahr 664 000 Unfälle, 130—140 000 Schwerverletzte oder Tote beim Arbeitsprozeß zählen, so zeigt das, wie dringend notwendig der Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung ist.

Verlangt wurde auch eine einheitliche Regelung des Strafvollzugs in Deutschland. Der Staatssekretär sagte, das könne erst nach der Reform des Strafrechts geschehen. Aber es handelt sich hier um eine dringende Aufgabe. Welche traurigen Folgen die Art und Weise unseres heutigen Strafvollzuges haben kann, zeigt der tragische Fall der verbrannten Witwe in Scherley in Oberhessen. (Zurufe.) Die Frau wurde wegen Schulverräumnisses eines ihrer Kinder mit einem Tage Haft bestraft. Während der Haft hat dann bekanntlich die bedauernswerte Frau ihren Tod gefunden. Unfraglich hat man sie in einen Baum eingesperrt, der in keiner Weise zur Vollstreckung von Haftstrafen geeignet ist. Daß solche Fälle vorkommen können, daß es noch länger nicht feststeht, ob der Fall in Scherley überhaupt seine Sühne oder eine ausreichende

Sühne finden wird, das zeigt, wie notwendig es ist, daß wir endlich zu einer einheitlichen Regelung des Strafvollzuges kommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete Warenhorst hat gestern das Vorgehen der Breslauer Justiz gegen die Sozialdemokratie gebilligt. Er billigt es also auch wohl, daß ein Breslauer Landgerichtsdirektor die Beamten, die der Breslauer „Volkswacht“ Nachrichten zugetragen haben sollen, als „ehelose Schweinehunde“ bezeichnet hat. Vielleicht wäre an den Herrn die Frage zu richten, ob es auch ehrliche oder ehrenhafte Schweinehunde gibt. (Große Heiterkeit.)

Geradezu ungeheuerlich ist der Geheimrat des preussischen Kultusministers, der die Behörden auffordert, zu verhindern, daß Sozialdemokraten jugendlichen Personen Turn-Untericht erteilen. Dieser Erlaß ist ein wahrer Hohn auf den Grundsatz der Verfassung, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Erlaß ist direkt gesetzwidrig. In gezwungener Weise haben Regierung und Provinzial-Schulkollegien festgesetzt, wogegen man im Verwaltungsstreitverfahren in Preußen nicht vorgehen konnte. Deshalb blieb uns zur Verletzung der Behörden — wir Sozialdemokraten belehren die Behörden ja stets sehr gern — nichts weiter übrig, als öffentlich im „Vorwärts“ zum Ungehörigsten gegen solche Verfügungen aufzufordern und gleichzeitig den Staatsanwalt aufzufordern, falls er die rechtskräftige Auffassung des Kultusministers teilt, gegen den „Vorwärts“ einzuschreiten. Andersfalls aber gegen die Beamten vorzugehen, welche gezwungene Handlungen sich hatten zuschulden kommen lassen. Eine Beschwerde beim Kultusminister gegen das Provinzialschulkollegium blieb erfolglos. Gegen den „Vorwärts“ wurde wegen seiner Aufforderung zum Ungehörigsten gegen die Verfügung Anklage erhoben, der „Vorwärts“ wurde jedoch freigesprochen. Es ist damit anerkannt worden, daß zu dem Vorgehen der Regierung und des Kultusministers nicht der geringste Rechtsgrund vorhanden ist. Trotzdem soll noch weiter so vorgegangen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum wird nicht jetzt wenigstens gegen die Beamten eingeschritten, die ganz offen Amtsmißbrauch begehen, wenn sie noch weiter Geldstrafen festsetzen und Haftstrafen androhen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber den

Essener Meineidsprozeß

Will ich mich hier nicht länger verbreiten. Fest steht, daß damals Leute ins Zuchthaus gebracht worden sind, weil sie sozialdemokratische Gefinnung verdächtig waren. Das geht ganz unzweifelhaft aus den damaligen Ausführungen des Staatsanwalts hervor. Schröder und Genossen wären nicht verurteilt worden, wenn man nicht einem Mütter blindlings geglaubt hätte, wenn man nicht an das Klaffengefähr und den Parteihaß der ausschließlich aus den bestehenden Klassen gewählten Geschworenen appelliert hätte. Es ist damals ein schweres Verbrechen, wenn nicht im Sinne des Strafgesetzbuchs, so doch sicher im Sinne der Moral, begangen worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Essen wie anderswo sind diese Fehlurteile erfolgt, weil man die Majestät des Schupmanns als unantastbar betrachtete, weil man die Aussagen von Schupmann als ein Evangelium betrachtete. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Majestät des Schupmanns ist ein Unglück für die Angeklagten und für die Gerichtshöfe, und noch schlimmer ist es, wenn die Politik in die Gerichtssäle getragen wird. Wie bei dem Essener Fall, wurden auch in einem Fall in Magdeburg die Entlastungszeugen wegen Meineid angeklagt und verurteilt. Zwei Schupleute beschworen, daß der Schuhmacher Mertens geliegt habe, das heutige Rechtspredikationsystem ist miserabel. Der Gerichtshof erklärte diese Meinerung für strafflos, aber 11 Jungen, welche beschworen, sie sei nicht gefallen, das Wort miserabel sei mit Bezug auf die nationalliberale Partei gefallen, wurden wegen Meineid angeklagt und verurteilt. Die Verurteilung war nur dadurch möglich, daß der Staatsanwalt die politische Leidenschaft der Geschworenen, die Gegner der Sozialdemokratie waren, erregte. Ähnlich liegt es bei der Verurteilung des Horst in Göttingen in Mecklenburg im Jahre 1909. Ein gewisser Wollenberg war angeklagt, bei einem Aufruf in Wismar höhnende Äußerungen gegen die Polizei ausgeprochen zu haben. Horst beschwor, daß er die Äußerung von einem andern gehört habe, ob auch Wollenberg die Äußerung ausgestoßen habe, wisse er nicht. Aber weil der Polizeistatist Schmitt beschwor, Horst müsse die Äußerung auch bei Wollenberg gehört haben, wurde daraufhin Horst zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört!

hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf das Zeugnis des Wollenberg mußte die Verteidigung verzichten, da der Staatsanwalt erklärte, er würde den Wollenberg sofort wegen Meineidsverdachts verhaften, wenn er beschwören würde, die Äußerung gar nicht ausgestoßen zu haben.

In Hamburg wurde neulich ein Arbeiter, der einen Arbeitswilligen „Streitbrecher“ genannt haben sollte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört! hört!) Und damit vergleiche man das Urteil gegen die Bonner Vorursten! Will Herr Warenhorst da noch vom gleichen Recht für alle sprechen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Prozeß traten noch verschiedene andere charakteristische Merkmale der Klassenjustiz zutage. Die Beweisaufnahme wurde brüsk geschlossen und eine Reihe Zeugen vom Vorsitzenden durch die Drohung, im anderen Falle sofort wegen Meineids verhaftet zu werden, zu falschen Aussagen gedrängt. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Fall behauptete ein Hamburger Staatsanwalt schamlos, die Sozialdemokratie predige den Meineid. Das „Hamburger Echo“ kritisierte diese Unverschämtheit, wie es sich gebührte. Der Staatsanwalt klagte und es kam zur Verhandlung. Der Staatsanwalt wurde als Zeuge geladen und erklärte nunmehr, er könne unter seinem Eide die Behauptung nicht aufrechterhalten, daß die Sozialdemokratie den Meineid predige. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.)

Woraus erklären sich alle diese Vorgänge? Woraus erklärt es sich, daß ein Breslauer Richter von Schweinehunden spricht, aber den Rechtsanwalt in Ordnungstrafe nimmt, der auf das Ungebührende solcher Ausdrucksweise aufmerksam macht? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kommt daher, daß die armen, überlasteten, überarbeiteten Richter (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) das Opfer der infamen Galanten, der feilen Spiegel werden, die im Auftrage des Reichsverbandes die offiziellen Zeitungen mit Verleumdungen der Sozialdemokratie füllen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir richten an den Staatssekretär die Aufforderung, diesen Uebergriffen der Richter, die oftmals direkt einen

Mißbrauch der Amtsgewalt

darstellen, entgegenzutreten. Das gehört durchaus zu den Aufgaben und zu den Pflichten des Reichsjustizamts. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die

Wobitzer Urteile

Will ich mich hier nicht verbreiten. Ich will noch erklären, daß wir keineswegs die Urteile als milde ansehen. Im Gegenteil, sie sind drakonisch hart. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine geradezu ungeheuerliche Härte, wenn ein Arbeiter wegen des Rufes „Blutunde“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber man ist so gewöhnt an die drakonischen Urteile der Klassenjustiz, daß man sich über solche Strafmaße gar nicht mehr aufregt. Und nun denke man an

die Bonner Vorursten,

beren Treiben und Herr Warenhorst als harmlosen Wobitzer hinstellen sucht. Es handelt sich um einen tätlichen Angriff auf einen Unteroffizier. Man denke, wie viele Jahre Gefängnis verhängt worden wären, wenn Proletarier im Soldatenrock sich dieses Vergehens schuldig gemacht hätten. (Sehr wahr! links.)

Auch an anderen Universitäten sind gegen Studenten wegen der größten Auswüchse um 11 Jahre Geldstrafen verhängt worden. Wir haben nichts gegen Geldstrafe wegen groben Unfugs. Aber wie kommt man dazu, bei Arbeitern den groben Unfug zum Landfriedensbruch zu stempeln und schwere Strafen zu verhängen? Ist das gleiches Recht, Herr Warenhorst? Wie wollen keine Gnade, sondern Recht. Einer der erhabensten Momente bei der Essener Tragödie war, daß die Frau eines Verurteilten sich zur Wehr setzte, ein Gnadengehilfe einzureichen, ihr Mann verlange nicht Gnade, sondern Recht; so denkt jeder Arbeiter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir halten das Vergnügungsrecht überhaupt für überflüssig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch bei Gutsherrenschaften und Gutsarbeitern und Gesinde finden wir dasselbe, namentlich im Osten. Ein Gutverwalter, ein verheirateter Mann, verführte eine 15jährige Wirtschaftlerin und mißhandelte die Verführte, als sie Mutter geworden, aufs schwerste. Das Schöffengericht verurteilte ihn nur zu drei Wochen Gefängnis und 65 M. Geldstrafe. Selbst gelehrte Richter waren hier einsichtiger — die Berufungsinstanz erkannte auf sechs Monate

Kleines Feuilleton.

Die Kunst der Junker. Es gibt Episoden, die wirken wie Scheinwerfer. Eine Nachtigall geht irgendwo vor sich, und plötzlich liegt ein Häufchen von Problemen naht und bis zur Gränze deutlich vor uns. Solche Ereignisse sind ebenso lehrreich wie belustigend. Deren eines kann einem in diesen Tagen bei Schulle, unter den Linden, werden. Dort hängen Leinwandquadrate, auf denen mittelst Pinsel und Farbe allerlei Vestien des Baldes und des Stalles abgemalt sind. Wir Kunst, wie wir sie verstehen, hat die Anglegenheit nichts zu tun; sie hilft uns aber, den Junker sehen. Ihn sehen, wie er, der sich für Hort und Gipfel der Kultur achtet, doch nur ein halb gezähnter Hinterwälder ist. Ein polternder, selbstgewisser Grobknicht, auch wenn er in Berlin W. wohnt und Hofballe besucht. Es ist gar zu tödlich, wie die vierdrötigen Agrarbonden an den Idealen ihres Stallgeschmades vorbeistampfen und mit Kaiserentener feudale Verhältnisse verständen. „Prof, sehn se man den Fruch, tolsal! ähnlich . . . Di oi oi, die Schwarzschde, frobartig, wie se so antommen, putt, putt, putt . . .“ Es ist gar zu tödlich, wie sie sich gerade vor dem größten Schand am meisten verhalten. Nicht, gegen den der schäbige Verdruss eine Bohitat bedeuten würde, sondern und schließlich sie mit ihmagendem Behagen. Sie kennen und preisen all die Namen ihrer Kunstgüter, wie unerseligen Membrandt oder Liebermann nennt. Prof, ein edler Vizekönig, tadellos. Der is Sperling und der Bod da, der is Köcher.“ Es ist urkomisch, wie diese Junker Kunst weissen. — Nun sind wir nicht so tödlich anzunehmen, daß es keine Ausnahmen gäbe; wir wissen, daß zum Beispiel der Sezessionist Kardoff, einer der Weissen aus dem Liebermannkreis, ein Sohn des verstorbenen Reichstagsabgeordneten ist. Wir respektieren die Augenheiter; sie lassen uns aber den Typus nur um so schroffer erkennen: die Kunst des preussischen Junkers hat das Niveau der Wilden, nein, das der nur mit Zylinder und Monokel belletrierten Niggerkönige. Und das ist schlimm. Nämlich solange als Junker und Junkergegnen auch der Kunst die Macht der Regenshaft zu Gemüte bringen können, auch der Kunst Welcher bewilligen, Lehrer berufen, Medaillen umhängen dürfen.

Ein neues Illustrationsdruckverfahren, der sogenannte Wertens-Druck, ist von der „Frankfurter Zeitung“ zum ersten Male für den Druck von illustrierten Annoncen in die Praxis eingeführt worden. Während man im Rotations-Druck und Zeitungsdruck bisher nur hochstehende Typen und hochgeübte Strichzeichnungen benutzte, überträgt Dr. Wertens-Freiburg das so künstlerisch wirkende Tiefdruckverfahren, wie wir es vom Kupferstich und Stahlstich kennen, auf die Rotationsmaschine. Der Druckzylinder erhält einen Kupfermantel, auf den das Bild durch ein besonderes Verfahren so übertragen wird, daß die Schlagkattenpartien am tiefsten, die Halbschatten- und ganz hellen Partien weniger tief und ganz flach eingraviert sind. Drecht sich der Zylinder, so erhält er von einem Farbwerk mechanisch Farbe. Diese wird aber, und das ist ad Charakteristische am Prinzip des

neuen Verfahrens, durch ein über den Zylinder schließendes Messer von den in der Ebene des Messers liegenden Stellen des Druckzylinders ganz, von den tieferen nur zum Teil oder gar nicht entfernt. Eine Gummiwalze drückt nun das Papier — gewöhnliches Zeitungspapier — gegen den rotierenden Druckzylinder. Die flachen Stellen erscheinen dann auf dem Bilde, weil frei von Farbe, weiß oder fast weiß, die tieferen mit Farbe gefüllteren dunkler und ganz dunkel. Die Wertens-Druckmaschine ist mit einer gewöhnlichen Rotationsmaschine zwangsläufig gekuppelt, die den Eindruck des Textes übernimmt. Die erzielten Bilder sind von außerordentlich künstlerischer Wirkung, mit schönen Ueberzügen und ähneln im Charakter Kreidezeichnungen. Das neue Illustrationsdruckverfahren ist geeignet, in der Herstellung illustrierter Zeitungen und Zeitschriften geradezu revolutionierend zu wirken.

Vom Schwinden der deutschen Volkstracht. Die deutschen Volkstrachten bilden in ihrer bunten Färbigkeit, in ihrer Mannigfaltigkeit der Formen eine der schönsten Blüten in dem Kranz der deutschen Volkstunde; sie sind eigentlich die einzigen Kostüme, die unsere Kultur selbständig geschaffen oder zum mindesten umgeschaffen hat. Denn die machgebende Modetracht haben wir Deutschen immer von fremden Vorbildern entlehnt, und erst als die aus Byzanz, aus Spanien und Frankreich eingeführten Kleidungsstücke in den vornehmen Kreisen unmodern wurden, als sie herabstanken zum Volk und von diesem aufgenommen wurden, fanden sie eine eigenartige Aus- und Umgestaltung. Auf diesen Zusammenhang der Volkstracht mit der städtischen Modetracht weist ein Kenner der volkstümlichen Kleidung, der Farrer Karl Spieß, in einem Wästel über die deutschen Volkstrachten hin, das er in der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ erscheinen läßt. So ursprünglich und persönlich die ländlichen Trachten auch erscheinen mögen, so ist doch bei genauer Betrachtung überall in ihnen die Kleidung der höheren Stände zu erkennen, wie sie und nur in alten Bildern noch vor Augen tritt. Würdevoll und steif, wie die Bauern heute in ihrer Tracht erscheinen, ebenso trugen sich einst die Stadtherren und -damen nach französischen und spanischen Vorbildern. Dieser altfränkische Zug der Volkstracht erweist zugleich auch ihren großen kulturgeschichtlichen Wert, da hier noch Klänge des Geschmacks und der Form lebendig sich darbieten, die in der allgemeinen Kultur längst dahingegangen sind. Aber da diese Volkstrachten im rasch dahinflutenden Strom des modernen Lebens nur eine kleine Insel längst verflorenen Vergangenseits sind, so ist auch der tiefste Grund für ihr Verschwinden in der Gegenwart gegeben. So lange der Bauer noch fest wurzelte in den Anschauungen früherer Jahrhunderte, war auch die Kleidungsweise dieser verankerten Epoche ein trefflicher Ausdruck seines inneren Wesens. Seitdem aber das Landvolk immer engeren Anschluß an die allgemeine geistige Entwicklung gefunden, mußte die Verbeibaltung der altfränkischen Kleider der Vater zu einem Widerspruch werden.

So existiert denn schon heute in weiten Gebieten des Deutschen Reiches eine Volkstracht im eigentlichen Sinne nicht mehr. Sie

hat sich nur noch in einigen Gegenden erhalten, vor allem in Hessen, im Schwarzwald, dem Spreevald, in Oberhessen und Trol. Einzelne Trachteninseln ragen aus weiten Landgebieten, in denen auch der Bauer schon unsere moderne Tracht angelegt hat, hervor, so auf Rügen, in Pinterpommern, in der Lauen, in Alenburg, im Bayerischen Franken und im Elfaß. Das Volk sagt sich instinktiv los von der Tracht der Ältern, weil sie ihm als ein trauriges Wahrzeichen seiner eigenen Rückständigkeit erscheint, und die Begeisterung, die die Städter für die alten Kostüme an den Tag legen, trägt nur dazu bei, sie dem Bauern innerlich mehr und mehr zu entfremden. Neben diesem äußeren Schwinden der bäuerlichen, in sich abgeschlossenen Eigenart und des bäuerlichen Selbstgefühls sind es Ursachen mehr lokaler Art, die das Aussterben aller Trachten bewirken. Die Herstellung einzelner Trachtenstücke wird nicht selten angänglich als Nebenberuf geübt, und mit dem letzten Kenner, der letzten Kennerin ihrer Kunstfertigkeit sinkt ein solcher Teil des Kostüms für immer dahin. Aber der alte Spruch: „Selbst gesponnen, selbst gemacht.“ — Ist die beste Bauerntracht“, verliert überhaupt immer mehr an Geltung. Das Spinnen und Weben zu Hause ist der leistungsfähigeren Maschine unterlegen; die billige Fabrikware siegt über das selbst verfertigte Kleid. Der Hausierer bringt wohlfeile Dubensachen ins Haus, und seine bunten Tücher, seine Bänder und Modestoffe verdrängen den Schmutz, den noch die Großmutter mit fleißigen Händen sich selbst zu schaffen wußte. Diese Entwicklung ist heute im wesentlichen vollendet.

Humor und Satire.

Epilog.

Groß war die Zahl der Befenner, Wie dehnte sich der Zug ins Weite! In dreimalhunderttausend Männer Die gaben Singer das Geleite! Groß leuchtete die Winterforme Dem Waffentritte der Vereinnung, Sechs Stunden lang zog der Kolonne „Vorübergehende Erscheinung“.

Kunst und Hof. Ich lerne hier den . . . preussischen Minister Bethmann Hollweg . . . kennen und geriet mit ihm in nähere Bekanntschaft meiner Tendenzen bezüglich des Verhältnisses der Kunst zum Staate. Als es mir gelungen war, den Minister hierüber in das Klare zu bringen, erfolgte sofort auch die beherzte Erklärung, daß mit dem Staatsoberhaupt eine ähnliche Verähnlichung stets unmöglich bleiben werde, weil für diesen die Kunst stets nur in das Gebiet der Belustigung gehöre. — Donnerwetter noch mal! sollte Bethmann wirklich so eine schändliche Lippe riskiert haben? Zweifellos. Jenes Jit ist authentisch. Es stammt aus dem Jahre 1881 und befindet sich in der Autobiographie Richard Wagners. Seitdem hat sich freilich manderlei geändert; besonders der Bethmann Hollweg und das Verhältnis der Kunst zum Hofe. (Luftige Blätter.)



**Gefängnis.** Wenn die Schöffen, wie wir es verlangen, aus allen Schichten der Bevölkerung genommen würden, so wären solche Urteile, die geradezu eine Prämie auf die Kohheit seien, undenkbar. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ein anderer Fall. Ein Gutsbesitzer bearbeitete einen Arbeitskräften, der faul sein sollte — die Faulheit kommt doch auch bei Gutsbesitzern vor — mit Prüzeln, Weien, Peitsche, schlug ihn blutig, warf ihn auf den Mist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Strafkammer aber verurteilte den menschenfreundlichen Gutsbesitzer zu — 50 Mark Geldstrafe. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Damit vergleiche man nun die Urteile gegen die Kohabiter Arbeiter, Urteile, die den reaktionären Parteien viel zu milde erscheinen, so daß sie Sturm laufen gegen unsere Rechtsprechung. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Behandlung der Reichen und der Armen durch die Gerichte ist den Reaktionären eben noch nicht ungleichartig genug. Wie aber kann angesichts solcher Urteile ein Herr Varenhört die Tatsache leugern, daß wir zweierlei Recht in Deutschland haben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Varenhört wollte auch nicht die Gelegenheit vorbegehen lassen, ohne auch seinerseits der Verteidigung in den Kohabiter Prozessen etwas auszuwerfen. Er sprach von den Zeugen, die von der Verteidigung aufgebeten seien. Die von der Verteidigung aufgebundene Zeugenliste reduziert sich auf Null, Komma, nichts. Die Verteidigung hat gar nicht nötig gehabt, Zeugen aufzubieten. Von selbst haben sich Zeugen in unübersehbarer Fülle der Verteidigung angeboten. Durch diese Zeugen ist unwiderleglich bewiesen worden, daß

**die Polizei auf die Anklagebank** gehörte. Das mag ja den Konservativen sehr unangenehm sein, denn die Konservativen sehen es nicht gern, daß die Polizei auf der Anklagebank sitzt. Aber alles Geschrei der Reaktionäre kann nichts an der Tatsache ändern, daß ein alter Arbeiter, der Arbeiter Herrmann, der sich im Vertrauen auf die Polizei auf die Straße begeben hat, unter den Schlägen der Polizeihäsel sein Leben angeht hat. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

**Warum wird gegen die Mörder nicht vorgegangen und warum nicht gegen diejenigen, welche den**

**Mord begünstigen, gegen den Polizeipräsidenten und den Minister des Innern? Haben diese das**

**Recht der Begünstigung des Mordes?**

Ich denke, gleiches Recht für alle, Herr Varenhört. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Wenn die Behörden, welche verpflichtet sind, den Spuren der Mörder nachzugehen, sich hinstellen und die Polizei für ihre Mordtaten noch belohigen, so ist es berechtigt zu fragen, warum diese Herren nicht angeklagt werden. Steht es in Preußen schon so, daß die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage ist, unter der Polizeimannschaft die Mörder herauszufinden? Wir haben ja oft darüber zu klagen, daß trotz Nordkommission die Polizei nicht in der Lage ist, die Täter schwerer Verbrechen ausfindig zu machen. Wo aber der Täter in einem so kleinen Kreise zu suchen ist, sollte auch da die Staatsanwaltschaft in Preußen so ohnmächtig sein, den Mörder nicht zu finden,

soß sich hier wiederholen, was wir in Breslau bei dem Handarbeiter erlebt haben. Ist die Justiz wirklich so ohnmächtig gegenüber der Polizei.

Der Staatssekretär ist dazu da, um dafür zu sorgen, daß die sich häufenden Brutalität und Verbrechen der Polizeibeamten verfolgt werden. Was nützt denn eine Strafrechtsreform, wenn wir in einem Polizeistaat leben, wo der Schuchmann das unbeschränkte Recht hat, den Säbel nach Willkür zu gebrauchen. Die Schande, die Schmach, die auf jeden fällt, der sich zu Mordern gesellt, und Mörder begünstigt, der Polizeipräsident, der Ministerpräsident. . .

**Vizepräsident Schulz:** Sie erheben gegen die höchsten Beamten Preußens, den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern, den Polizeipräsidenten, den schweren Vorwurf, Mörder zu begünstigen. Das sind grobe Beleidigungen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Beifall rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten: Es sind Tatsachen.)

**Abg. Stadthagen (fortfahrend):** Ich muß mich dem Ordnungsruf des Präsidenten fügen, aber er ist kennzeichnend für unsere Rechtszustände. Ich habe hervorgehoben, daß die Forderung erhoben werden muß, daß auch gegen Beamte, wenn sie Ausfahrungen begehen, Anklage erhoben wird. Daß aber, wenn man bei der Staatsanwaltschaft einen solchen Antrag stellt, man in Gefahr kommt, wegen Beleidigung der Beamten angeklagt zu werden. Ich danke dem Herrn Präsidenten, daß er diesen Zustand unterbrechen hat. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber warum wird gegen die Mörder nicht eingeschritten, und was glaubt der Staatssekretär, daß gegen sie geschritten müsse? Die Justiz soll sein

**Wahrerin der Gerechtigkeit, ohne Ansehen der Person.** Deshalb richte ich noch einmal meinen Appell an den Staatssekretär: Sorgen Sie dafür, daß

**gegen die Mörder vorgegangen wird, nicht aber gegen die, die nichts begangen haben.** (Lebhaftes, anhaltendes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Dr. Vides:** Nachdem der Herr Präsident dem Abg. Stadthagen einen Ordnungsruf erteilt hat, habe ich in der Sache nichts mehr zu sagen. (Bravo! rechts, große Unruhe links. Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Drückebereit!)

**Vizepräsident Schulz:** Wegen dieses Ausdrucks rufe ich den Abg. Ledebour zur Ordnung.

**Abg. Seyda (Soz.):** Das Grundübel, an dem die deutsche Justiz, namentlich im Osten, krankt, ist, daß man sie herabwürdigt zur Dienerei der Politik. (Lebhaftes Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.) In den östlichen Provinzen kennt ja meist der Richter gar nicht die Sprache der Bevölkerung, der er Recht sprechen soll. In den Suahelis, zu den Chinesen schickt man Richter, die ihre Sprache kennen, aber den Polen verweigert man unter Berufung feierlicher Versprechungen früherer preussischer Könige Richter, die ihrer Sprache mächtig sind. Ja, die Richter, die polnisch verstehen, sind im Osten im Aussterben begriffen. (Hört! hört! bei Polen und Sozialdemokraten.) Man sucht auch möglichst die Polen vom Schöffen- und Geschworenentum auszuschließen. Durch Dolmetscher muß der Richter mit den Prozessparteien verkehren und zu Dolmetschern nimmt man nicht Polen, sondern Dispreußen usw., die der polnischen Sprache nicht mächtig sind, dafür aber den Vorzug haben, politisch „zuverlässig“ zu sein. Da kommen dann die tollsten und verhängnisvollsten Verwicklungen zustande. — Manche — nicht alle — Richter treten offen als kapitalistische Agitatoren auf. Wie soll die polnische Bevölkerung zu solchen Richtern Vertrauen haben? Nicht nur von den unteren Instanzen werden ungeheuerliche Urteile gefällt, die mehrfach die Entrüstung der großen Mehrheit des Reichstages hervorgerufen haben, sondern auch die Judikatur des Reichsgerichts zeigt sich mehr und mehr kapitalistisch angekränkt. Die partielle Justiz muß zum Ruin des Staates führen. (Lebhafter Beifall bei den Polen.)

**Staatssekretär Dr. Vides** wendet sich gegen die Angriffe des Vorredners auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts.

**Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.):** Das Schlagwort von der Weltfremdheit der Richter und von der Klassenjustiz hat auch gestern und heute hier eine große Rolle gespielt. Man soll sich aber vor unzulässigen Verallgemeinerungen hüten. Wenn wir uns gegen die ungerechten Verallgemeinerungen wenden, so will das natürlich nicht belegen, daß nicht auch wir eine ganze Reihe von Gerichtsurteilen zu kritisieren haben. So hat ein und dasselbe Gericht die Verteilung von Flugblättern am Sonntag durch Sozialdemokraten mit Strafe belegt, die Verteilung durch Agrarier freigesprochen. (Hört! hört! links.) Sonderbar ist es, daß Doktruse aus das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht von verschiedenen Gerichten als aufrührerisch verurteilt worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenfalls sehr merkwürdig ist es, daß der Bund der Landwirte als unpolitische Verein eingetragen ist. (Hört! hört!) Die soviel beklagte und sehr verschieden erklärte Unzufriedenheit, die in den weitesten Kreisen gegenüber der Justiz herrscht, geht nicht zum wenigsten auch auf die unübersehbare Masse, den schrecklichen Haufen von Polizeiverordnungen zurück. — Berechtigtes Aufsehen hat der Fall der Freiheitsberaubung der galizischen Dienstmagd Cagon gemacht. Der preussische Minister des Innern hat im preussischen Abgeordnetenhaus eine Darstellung gegeben, wonach die ganze Schuld auf die nachgeordneten Behörden fällt. Diese Darstellung ist nach dem mir vorliegenden Akten nicht zutreffend. (Hört! hört!) Der Fall bedarf noch weiterer Klärung, zumal er nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa großes Aufsehen gemacht hat. (Sehr wahr! links.) Der Fall Schönebeck weist manche hochinteressante Momente auf. Ich erinnere an die eigentümliche Rolle, die der Kriminalkommissar Danno wski in diesem Prozeß als Mittelsmann zwischen Kriegsminister und Staatsanwalt spielt. Vor allem aber zeigt der Fall Schönebeck wie auch andere Fälle die Notwendigkeit einer gründlichen Reform unseres Strafrechts.

Im Falle Weder haben alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen und Antisemiten das hohe Strafmaß gebührt, und in den weitesten Kreisen verfehlt man das nicht. Ein Zuhälter, der zum Auswurf der Menschheit gehört, wird nur zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, aber ein Ehrenmann wie Weder zu einem Jahr. Ernstes Befremden muß auch die Leitung des Prozesses erregen. (Sehr wahr! links.) Für alles, was dem Angeklagten zur Entlastung dienen konnte, wurde der Beweis abgebrochen. In der Behandlung der Zeugen zeigte sich der ganze Mangel an Fairness und Objektivität bei dem Vorsitzenden. Gerade diesen Mann zum Vorsitzenden zu wählen, war ein schwerer Fehler, er ist eine parteipolitisch sehr exponierte Persönlichkeit, der zur Leitung eines politischen Prozesses ungeeignet war. Diese Prozeßführung muß das Vertrauen zu den Richtern untergraben und auf weite Kreise aufreißend wirken. (Sehr richtig! links.) Das ist um so bedauerlicher, als kein Reich und Staat auf die Dauer ohne Vertrauen zu den Richtern bestehen kann. (Bravo! h. d. Sp.)

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt und dabattelt der Rest des Tages.

Die von der Kommission beantragte Resolution, es mögen in die Strafrechtskommission mindestens drei Rechtsanwälte, die Kriminalisten sind, als ständige Mitglieder berufen werden, wird nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Kirsch (Z.) angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Mittlerzeit.) Schluß 1/7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung vom Mittwoch, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Nach Bereidigung einiger neu gewählter Abgeordneten wird die

**zweite Lesung des Eisenbahnetats** bei der Besprechung der Beamten- und Arbeiterwünsche fortgesetzt.

**Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.)** tritt für Besserstellung der Eisenbahninspektoren, Betriebsfeldreie und Weichensteller ein. Auch von Arbeitern seien ihm vielfach Wünsche unterbreitet worden. Löhne unter dem ortsüblichen Tageslohn sollten überhaupt nicht vorkommen. In den Betriebsverhältnissen ist gar keine Lohn-erhöhung erfolgt, andererseits wird über die große Ungleichmäßigkeit in den erfolgten Aufbesserungen geklagt. Das Verlangen des Eisenbahnministers in der Kommission, daß Abgeordnete nicht in Arbeiterversammlungen gehen sollten, ist nicht gerechtfertigt. Auch im Eispalast sind ja Abgeordnete gewesen! (Sehr richtig! links.) Die Arbeiterausschüsse sollten mehr gehört werden. Der Urlaub sollte allen Urlaubsberechtigten gewährt werden; auch die Bahnunterhaltungsarbeiter haben ihn notwendig.

Ein Regierungskommissar aus dem Finanzministerium erklärt, daß in den nächsten Etat eine Summe eingestellt werden solle, um die Härten der verschiedenen Befoldung der Eisenbahninspektoren in Preußen und im Reich abzumildern. Doch müsse an den Bestimmungen der Befoldungsordnung dabel festgehalten werden.

**Eisenbahnminister v. Breitenbach:** Die von den Herren Vorrednern geäußerten Wünsche sollen alle wohlwollend geprüft werden. Die Aufbesserung der Beamtengehälter durch die Befoldungsordnung ist recht erheblich gewesen. — In der Kommission habe ich lediglich betont, daß aus der Anwesenheit von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien in Arbeiterversammlungen von den beteiligten Arbeitern zu weitgehende Schlüsse gezogen werden könnten. Den Beschwerden über das Alfordhäm soll gründlich nachgegangen werden. (Bravo!) Zu diesem Zwecke wird eine Kommission gebildet, der auch Sachverständige aus den Handwertern und Arbeitern angehören sollen. (Bravo!) Auch die Arbeiterausschüsse sollen über Lohnfragen gehört werden. Redner macht zahlenmäßige Angaben über die Steigerung des durchschnittlichen Einkommens der Eisenbahnarbeiter seit 1904, die auf der Tribüne unverständlich bleiben.

**Abg. Bierck (frl.):** Der Verkehr auf unseren Eisenbahnen ist pünktlich und zuverlässig, wir können der Pflichterfülle der Beamten und Arbeiter nur volle Anerkennung aussprechen. Dieser gute Geist konnte nicht gepflegt werden ohne Disziplin. Minister v. Seyda hat es verstanden, ordnungsgewidrige Bestimmungen von der Eisenbahn fernzuhalten und hat andererseits die Fürsorge für die Eisenbahner angebahnt, die jetzt weiter ausgebaut wird. Ein Streikrecht können wir den Eisenbahner nicht zuerkennen. Erfreulich war die Erklärung des Ministers bei der ersten Lesung, daß ein Streik der Eisenbahner wie in Frankreich bei uns ausgeschlossen ist. (Bravo! rechts.)

**Abg. Dellus (Sp.)** befragt über Besserstellung einzelner Kategorien von Beamten und Arbeitern. Die Ruhestage sollten vermehrt werden. Nicht einmal die Bestimmung, daß jeder Beamte im Monat mindestens zwei Ruhetage haben muß, wird innegehalten. Die Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter betragen noch vielfach 2 M. bis 2,30 M. (Hört! hört!) Das entspricht unter keinen Umständen den teureren Lebensverhältnissen. Ein Bahnmeister, an den sich die Arbeiter um Lohnverhöhung wandten, berichtete an seine Direktion, daß sei nicht notwendig, er bekomme in seinem Bezirk noch Arbeiter genug zu den alten Löhnen. Und ein Regierungsrat erwiderte auf Deputation von Arbeitern: Was wollen Sie, von einer Teuerung ist keine Rede, das ist doch nur Zeitungsjahreshebet. Etwas mehr soziales Empfinden sollten solche Beamte doch haben. (Bravo! links.)

**Abg. v. Hennig-Teichm (L.)** schließt sich den Wünschen auf Besserstellung einiger Beamtenkategorien an. Die Petitionen aus Beamtenkreisen sollten aber auf ihre Berechtigung genau geprüft werden. Der Vorredner hat offenbar die Mehrzahl der von ihm vorgebrachten Wünsche nicht kontrolliert; die Art, wie er sie vorgebracht hat — er sprach u. a. von menschenwürdigen Verhält-

nissen — kann nicht zum Frieden dienen. Sie kann nur die Unzufriedenheit in die Beamtenkreise tragen, woran ja die Freunde des Vorredners bei den Wahlen ein gewisses Interesse haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der Ansicht, daß unser Beamtenbeere mit einem Wohlwollen von dem Minister behandelt werden, wie wir es nicht besser wünschen können. Wir wollen den Beamten helfen, so weit es geht, aber sie müssen sich auch bei Zeiten im Hinblick auf die Interessen anderer Steuerzahler. (Bravo! rechts.)

**Minister v. Breitenbach** betont gegenüber dem Abg. Dellus, daß bei den vorgebrachten Lohnverhöhungen gerade an die Bahnunterhaltungsarbeiter in erster Linie gedacht sei.

**Abg. Korfahty (Soz.)** wendet sich gegen die widersprüchlichen Osteranzugulagen an Eisenbahnbeamten in den polnischen Provinzen. Ein Beamter wurde mit 10 M. Geldstrafe belegt, weil er sein Frühstück in eine polnische Zeitung gewidmet hatte. (Hört! hört!) Eine solche Kadelschickel ist unwürdig einer großen Verwaltung. (Sehr wahr! bei den Polen.) Der Minister hat mir offen erklärt, wenn wir die Wahl haben zwischen einem gleichberechtigten Polen und Deutschen, so wählen wir natürlich den Deutschen. (Hört! hört!) Das widerspricht der Verfassung, die nicht Deutsche und Polen, sondern nur Staatsbürger kennt. (Sehr wahr! bei den Polen.) Auch gegen die Protektionierungspolitik der Eisenbahnverwaltung muß ich protestieren. So wird bei der Bewerbung um Stellen in den polnischen Provinzen von den Bewerbern der Nachweis verlangt, daß sie eine protestantische Frau haben. (Hört! hört! im Zentrum.)

**Minister v. Breitenbach** bekräftigt, daß auf Seiten der Eisenbahnverwaltung Protektionierungsbefreiungen vorlägen und verteidigt den Dismarkensfonds. Von einer Ausmerzung der polnischen Sprache in den Familien der Beamten könne keine Rede sein.

**Abg. Veinert (Soz.):**

Wenn ich alle meiner Fraktion aus Eisenbahnerkreisen zugetragenen Wünsche vordringen wollte, würde das meine physischen Kräfte übersteigen. Den Ausführungen des Herrn Dellus kann ich mich nur anschließen. Durch die Kritik des Herrn Hennig sind diese Ausführungen nur unterbrochen worden. Von den Rechten der Steuerzahler reden die Herren Konservativen nur, wenn es sich um Beschränkung der Beamten- und Arbeiterwünsche handelt. (Sehr wahr! links.) Die uns vom Herrn Minister gütigst erteilte Erlaubnis, unter gewissen Umständen in Beamten- und Arbeiterversammlungen zu gehen, lehnen wir ab. Wir stehen nicht unter der Disziplin des Herrn Ministers und werden solche Versammlungen stets aufsuchen, wenn wir es für angebracht halten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der etatmäßigen Beamten ist in diesem Etat um 3223 vermehrt. Unter den 180 775 vorhandenen Beamten sind nach einer Kennerung des Ministers 115 000 Unterbeamte. Im ganzen gibt es etwa 325 000 Hilfsbedienstete und Arbeiter bei der Eisenbahnverwaltung. Die Hoffnung der Arbeiter, in Unterbeamtenstellen zu kommen, ist sehr gering, pro Jahr sind es etwa 6000. Also es ist keine Rede davon, wie der Minister einmal sagte, daß alle Arbeiter die Hoffnung hätten, Unterbeamte zu werden. Es ist das vielmehr

ein Lotteriespiel,

daß alle Leidenschaften eines solchen unter den Arbeitern der Eisenbahn aufwühlt. Die Hilfsbediensteten verdienen übrigens genau dieselben Arbeiten wie die Beamten, sie werden nur schlechter als diese bezahlt. All diese Stellen sollten in Beamtenstellen umgewandelt werden. Landarbeiter sind überhaupt von der Einstellung in den Eisenbahndienst ausgeschlossen. Lieber zieht man Ausländer heran, als daß man Landarbeiter der Fuchtel der Agrarier entzieht. Immer schlechter werden die Verhältnisse der Hilfsarbeiter. Zwölf Jahre müssen sie auf Anstellung warten, ihr Lohn beträgt 2 M. bis 2,00 M. Die meisten gelangen überhaupt nicht zur Anstellung. In diesem Arbeiten mit Hilfsarbeitern liegt

das Geheimnis des billigen Betriebes

der Eisenbahnverwaltung; die vorgesehenen Höchstgehälter werden meist überhaupt nicht erreicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die vorgesehenen Lohnverhöhungen ergibt der Etat kein klares Bild. Sieben Millionen sollen vorgezogen sein für Lohnverhöhungen an Hilfsbedienstete und Arbeiter. Das bedeutet pro Mann 45 Mark im Jahre. Etwas drei Millionen sind vorgezogen für Bahnunterhaltungsarbeiter; die Werkstättenarbeiter scheinen überhaupt nicht bedacht zu sein. Pro Tag beträgt die ganze Lohnverhöhung für die Arbeiter und Hilfsarbeiter im Durchschnitt zehn Pfennig. Das bedeutet ein reines Nichts gegenüber den etwa zweihundert Mark pro Jahr durchschnittlicher Gehaltszulage für die Unterbeamten. Die unübersichtliche Darstellung der Lohnverhöhungen für Arbeiter ist danach sicher abschätzlich erfolgt. Nur die älteren Arbeiter sind überhaupt aufgebessert worden durch Einführung neuer Lohnklassen, die die meisten Arbeiter gar nicht erreichen. Die höchste Lohnzulage beträgt 20 Pfennig pro Tag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Beamten hielt man gerade die Aufbesserung der Anfangsgehälter für notwendig, bei den Arbeitern sind die Anfangsgehälter fast ganz unverändert geblieben. Das verstehen die Arbeiter nicht. Von einem gerechten Ausgleich angesichts der Verteuerung der Lebensmittel kann dabei keine Rede sein. Wenn man

dem König von Preußen 3 1/2 Millionen

bewilligt hat, empfiehlt man den Arbeitern, sich nach der Decke zu strecken. Aber der Zentrumsarbeiter Herr Weper hat nichts Besseres zu tun, als sofort dem Herrn Minister seinen tiefgefühlten Dank auszusprechen. Dabei sind teilweise sogar Lohnverabredungen vorgekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Fälle sind mir z. B. aus Saarbrücken berichtet. Zum Teil sollen die Lohnverhöhungen dort 7 bis 12 M. pro Monat betragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Beschwerden über die Alfordarbeit hat der Minister noch nicht berücksichtigt. Die Art, wie jetzt der Alford berechnet wird, ist nicht gerecht. Die älteren Arbeiter erhalten Zulagen, die den jüngeren abgezogen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Stückpreise sollen nach Herstellung von Probearbeiten unter Aufsicht herabgesetzt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Löhne sollten nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterausschüsse reguliert werden. Der Minister freilich spricht diesen die Sachverständigkeit in diesen Dingen ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das richtige wäre die

völlige Beseitigung der Alfordarbeit

bei der Eisenbahnverwaltung. Nicht einmal die ortsüblichen Tageslöhne will der Minister unter allen Umständen zahlen. Aber diese Löhne werden doch durch die Behörde festgelegt für gewöhnliche Tagesarbeiter unter Anhörung von Arbeitern und Arbeitervereinen. Daher verlangen wir diese Löhne als Mindestlöhne. Werden doch sogar in Berlin Löhne bis herab zu 20 Pf. gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unerbört ist es, wenn dann noch um Lohnverhöhung petitionierenden Arbeitern, wie das in Glogau passiert ist, gesagt wird: Wenn sie damit nicht auskommen, sollten sie ihre Frauen mitearbeiten lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu den Löhnen werden übrigens auch Reise- und Fahrtsvereine und ähnliche Dinge, aber die wir höheres gar nicht erfahren, gerechnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir wiederholen unsere Forderung nach einer ganz genauen Lohnnachweisung.

Auch mit den Ruhetagen für Beamte und Arbeiter ist es nicht besser geworden. Die Lokomotivführer haben bei ihrem anstrengenden, gefährlichen Dienst noch Unterricht an Ruhetagen, auch ihre Berechnungen über Vorkommnisse im Dienst werden auf Ruhetage verlegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Arbeitszeit soll 1/2 Stunden pro Tag betragen, aber man rechnet dabei den Monat zu 30 Tagen und die Dienstzeit wird um die Ruhetage verlängert. In der Tat müssen sie 25 Dienst-



tage mit etwa 11 Stunden Arbeitszeit im Monat leisten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Festtage, die in die Woche fallen, sollten den Arbeitern bezahlt werden. Eine solche Bittschrift aus der Gegend von Hannover hat der Minister mit Rücksicht auf die Großindustrie und die Agrarier abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr schlecht sind auch noch die sanitären Zustände. In Hannover gibt es noch Werkstätten, wo bei Petroleum gearbeitet wird und die Ventilation sehr schlecht ist. Das liegt daran, daß die Gewerkeinspektoren nicht mehr das Recht der Kontrolle haben. In Harburg hat eine ärztliche Untersuchung der Arbeiter ergeben, daß 123 der dortigen Werkstättenarbeiter lungenkrank sind. Eine Reihe derselben sind Heilstätten überwiesen, andere hat man erkranken in freier Luft auf Strocdampfen zu 800 M. zu arbeiten, während sie in der Werkstätte bis 450 M. verdienten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Revision der Werkstätten erfolgt zwar auch jetzt, aber sie wird acht Tage vorher angemeldet und alles wird vorher schon geprüft und genehmigt. Solche Revisionen dürfen natürlich nur unangemeldet erfolgen. Am geeignetsten hierfür sind zweifelslos die Gewerkeinspektoren. — Die Arbeiterauschüsse werden als große Ertragsmangel geäußert. Alle Beschwerden müssen heute erst dem Vorgesetzten übergeben werden, der sie schriftlich an den Inspektionsvorstand weiter geben muß. Das bedeutet eine Ausschaltung der Arbeiterauschüsse und vielfach haben die Arbeiter dann auch abgelehnt, solche zweifelhafte Arbeiterauschüsse zu wählen. (Hört! hört!) In einem Fall wollte der Werkführer vom Arbeiterauschuss durchaus wissen, wer der Urheber der Beschwerde sei. Natürlich wurde das abgelehnt. In Leuten, die solche Demagogik treiben, sollen nun die Arbeiter Vertrauen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Stendal sagte ein Vorgesetzter zu Arbeitern, die Lohnforderungen forderten: sie sollten mehr Buchweizengröße statt Fleisch essen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch zu ganz unbegründeten Lohnforderungen soll es dort gekommen sein. Allen möglichen Bedrückungen sind die Eisenbahnarbeiter ausgesetzt. So zwingt man sie dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beizutreten, den ich von jetzt ab ja nur noch „Reichsarbeitersverband“ nennen kann. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.) Die Verfügung, daß die Arbeiter keinem Konsumverein angehören dürfen, besteht immer noch; selbst auf die Frauen der Arbeiter wirkt die Eisenbahnverwaltung in diesem Sinne ein. Dabei verfolgen die Konsumvereine doch durchaus neutrale Ziele. Wer aber in Konsumvereine bleibt, wird entlassen. Das ist ein unerhörter Terrorismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Terrorismus ist es auch, daß nur Vereine gebildet werden, die ihre Versammlung mit einem Hoch auf den König eröffnen und schließen. Gegen den freien Transportarbeiter- und Eisenbahnerverband geht man mit den feinsten und geleglich ganz unbilligen Mitteln sehr rigoros vor. Auch von den Speditionsgeschäften verlangt man, daß sie keine freigeberlich organisierten Arbeiter beschäftigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner führt einen solchen Fall aus Frankfurt a. M. an. Die Verwaltung begründet das mit der Befürchtung, daß die Arbeiter des bahnmännlichen Rollfuhrwesens mit den Eisenbahnarbeitern in nahe Verbindung kommen und sie beeinflussen könnten. Warum schließt man nicht gleich die Sozialdemokraten von der Beförderung durch die Eisenbahn aus? (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Man spricht immer von den öffentlichen Interessen, aber das Rechts- und Verwaltungsverfahren ist auch ein öffentliches Recht und es ist eine Rechtsbeugung, wenn man es den Eisenbahnern verweigert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch in die Arbeitskammern will die Regierung ja die Eisenbahnarbeiter aus Furcht vor der Sozialdemokratie nicht aufnehmen. — Die die Ansiedelung von Arbeitern und dem Wohnungsbau wird manchmal gerade von konservativer Seite Opposition gemacht. So protestierte in Ostpreußen ein Majoratsbesitzer, Freiherr v. Schenk, gegen die Errichtung eines Vierfamilienhauses in der Nähe seines Besitzums, weil er dadurch Schädigung durch Diebstahl und Armenlasten zu erwarten habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister meinte nun bei der ersten Befragung, es sei ausgeschlossen, daß in Deutschland ein Streik der Eisenbahner ausbrechen könne, wie in Frankreich. Nun dazu würde es keines äußeren Anreizes bedürfen, die ganze

### Unfreiheit und Bevormundung der Eisenbahnarbeiter und Beamten

ist Stoff genug, der einmal zu einer gewaltsamen Explosion führen kann. Ein unzufriedenes Personal ist auf die Dauer nicht zu regieren. Es gibt auch ganz andere Mittel als den Streik. Ich erinnere an die passive Resistenz der österreichischen Beamten. Eine solche passive Resistenz wäre auch in Deutschland bei dem Berg von Verfügungen sehr wohl durchführbar. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Eisenbahnarbeiter verlangen Schutz vor Willkür, Schutz vor behördlicher Vereinhaltung ihrer Staatsbürgerrechte. Wir wollen freie Arbeiter in einem freien Staat. Die Arbeiter haben nun und freilich selbst unzählige Male gelagt: wir wissen sehr wohl, daß wir bei der Verwaltung kein Entgegenkommen für unsere Wünsche finden, daß wir mit Almosen abgepeißt werden. Aber eins kann man und nicht nehmen, daß wir denjenigen, die die Herrschaft bei uns haben, die Quittung ausstellen bei den nächsten Reichstagswahlen. (Redakter Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Ja kann Herr Leinert nur erwidern: Geben Sie die Arbeiter frei, dann sind sie frei. (Sehr richtig! rechts.) Was bei den Sozialdemokraten. Wenn die Verwaltung so wäre, wie er sie schildert, so wäre der große Zulauf an Arbeitern, den wir ständig zu verzeichnen haben, unerklärlich. Bei auffreier Konjunktur hatten wir zum Januar d. J. 90 000 Bewerber für Arbeiterstellen. (Hört! hört! rechts.) Herr Leinert hat gesagt, es könne nur eine ganz geringe Zahl von Arbeitern in die Beamtenstellen aufsteigen. Er hat dabei nicht bedacht, daß in jedem Beruf eine lange Wartzeit zum Einrücken in die Stellung gehört, auf die man hinstrebt. In der Tat ist es ein sehr großer Prozentsatz der Arbeiter, die im Laufe der Zeit in höhere Stellen aufsteigen. Unrichtig ist auch, daß das Höchstgehalt von den Hilfsarbeitern und Arbeitern nicht erreicht wird. Bahnwärter erreichen z. B. ihr Höchstgehalt mit 40 Jahren, Weisensteller mit 44 Jahren usw. Beim Vergleich zwischen den Gehältern der Beamten und den Lohnaufstellungen der Arbeiter hat der Herr Vorredner übersehen, daß die Beamtengehälter nur in großen Zeitabständen aufgebessert werden, bei den Arbeiterlöhnen aber von Jahr zu Jahr auch in Zeiten des Niederganges ein ständiges Aufsteigen zu verzeichnen ist. (Hört! hört! rechts.) Die Ausführungen des Herrn Leinert waren ja auch wohl darauf berechnet, nach außen zu wirken, sie gehen darauf hinaus, das Vertrauen und die Autorität der Verwaltung zu schwächen. (Sehr wahr! rechts.)

Die Verträge für Heizenheizung usw., die Herr Leinert erwähnte, machen nur eine ganz geringe Summe aus, nur etwa eine halbe Million unter 304 Millionen. — Die Einrichtungen unserer Werkstätten sind früher auch von den Gewerkeinspektoren als musterhaft anerkannt. Ich selbst nehme für die Eisenbahnverwaltung das nicht in Anspruch, daß sie Musteranstalten sind, mir schwebt das nur als Ziel vor, wir wollen dauernd bessern. Andere Einrichtungen zur Tuberkulosefürsorge sind aber in der Tat musterhaftig. — Den Konsumvereinen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, hat uns die Sozialdemokratie selbst veranlaßt. Die Verhandlungen auf dem Internationalen Kongress in Kopenhagen und auf dem Magdeburger Parteitag haben bewiesen, daß die Sozialdemokratie darauf ausgeht, die Konsumvereine in ihre Gewalt zu bekommen. — Die Vereinsbestrebungen der Eisenbahnarbeiter lassen wir zu, soweit sie sich in die Ordnung des Betriebes einfügen und nicht sozialdemokratische Tendenzen verfolgen. Es ist ein Märchen, daß unsere Arbeiter selbst nicht glauben, daß unter den Eisenbahnarbeitern ungesunde Intrigue herrsche, weil wir ihrem Vereinsleben Eintraut läßen. Der Transportarbeiterverband regelt allerdings unter sozialdemokratischer Spitze, hat er doch neuerdings erst den Hamburger Verband, den wir lebhaft bekämpft haben, aufgenommen. Daran, daß auch die

Rolle der Bahnspeditionsgeschäfte nicht in sozialdemokratischen Organisationen sind, haben wir das lebhafteste Interesse, weil ein Streik dieser Arbeiter für uns genau so schädigend wäre, wie ein Streik unserer eigenen Arbeiter. Wenn Herr Leinert schließlich mit erhobener Stimme unser Personal auf die passive Resistenz verwies, so kann ich ihm nur erwidern: wir werden auch diese Möglichkeit im öffentlichen Interesse zu bekämpfen wissen, dazu fehlt es uns nicht an Mitteln. (Redakter Weisfall rechts.)

Abg. König (B.): Bei dem fürchtbaren Terrorismus, der gegen alle sozialdemokratischen Arbeiter geübt wird, haben wir nicht die geringste Schmelze nach der sozialdemokratischen Freiheit. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Wir erkennen an, daß der jetzige Minister das Beste für die Arbeiter will, aber seine guten Absichten werden nicht genügend in die Tat umgesetzt. Redner schließt sich den Wünschen des Abg. Meyer auf Besserstellung von Beamten und Arbeiterkategorien an.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr.

## Der „verbotene“ Weg zur Sozialdemokratie.

Im Reichstagswahlkreis Frankfurt a. O. Lebus hatte im Sommer 1910 die Sozialdemokratie vor der dort nötig gewordenen Ersatzwahl in ihrer Wahlkategorie mit den üblichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Versammlungsräumen zu kämpfen. Für unsere Genossen im Dorf Briesen, das in dem Wahlbereich des Amtsvorstehers v. Stünzner-Garbe liegt, kam noch eine besondere Erschwerung hinzu.

Nach ist in aller Erinnerung die kuriose Geschichte, die ihnen passierte, als sie wegen Sanierungsarbeiten schließlich eine Wählerversammlung unter freiem Himmel veranstalten wollten. Amtsvorsteher v. Stünzner-Garbe auf Sieberdorf machte die Genehmigung davon abhängig, daß auf dem Versammlungsgrundstück zunächst für Wasserbeschaffung gesorgt und Aborte angelegt würden. Wollte man nicht eine Pumpe bauen, so seien Gefässe zum Wasserföhren zu bestellen. Und die Aborte seien in mindestens zwei Exemplaren herzurichten, einer für Männer und einer für Frauen, da ja auch Frauen an der Versammlung teilnehmen könnten. Dieser Befehl lieferte den Wählern einen willkommenen Stoff zur Erörterung ihrer Leier. Die Briesener aber wurden durch den Herrn Amtsvorsteher fürsorglich gezwungen, sich in der Privatwohnung des Arbeiters Schöppe zu versammeln, um die geplante Wählerversammlung überhaupt zustande bringen zu können. Die Versammlung hatte viel Zulauf aus Briesen und Umgegend, doch bot den Besuchern sich eine neue Überraschung, die wieder der Amtsvorsteher v. Stünzner-Garbe ihnen bereitet hatte. Das abseits der Chauffee liegende Versammlungsgrundstück erreichten sie von ihr aus auf einem besonderen Zugangsweg, und diesen Weg fanden sie besetzt von einem Gendarm, der auf Befehl des Amtsvorstehers sich hier aufgestellt hatte und jeden Besucher aufrief, um ihm wegen unbefugten Betretens eines für sie „verbotenen“ Privatweges eine Strafverfügung zu besorgen. Der Weg ist zwar der einzige, auf dem man zu dem Grundstück der Schöppe'schen Wohnung gelangen kann, aber er gehört dem Besitzer des Nachbargrundstückes, dem Bauern Baensch, und diesem war gerade noch zu rechter Zeit die Erlaubnis gekommen, daß die Teilnehmer der in Schöppe's Wohnung geplanten Wählerversammlung der Sozialdemokratie als „Unbefugte“ angesehen seien. Die Strafverfügungen blieben denn auch nicht aus: gegen 30 Personen setzte der Amtsvorsteher Geldstrafen von je 3 M. fest.

Wir haben diese Vorgänge vor mehreren Wochen eingehend dargelegt („Vorwärts“ 1911, Nr. 4) aus Anlaß einer Gerichtsverhandlung, die vor dem Landgericht Frankfurt a. O. stattfand. Das Landgericht hatte als Berufungsinstantz ein Urteil des Amtsgerichts Frankfurt a. O. nachsprühen, das jene Strafverfügung, gegen die von beinahe sämtlichen 30 Lebeltären auf richterliche Entscheidung angetragen worden war, für gerechtfertigt erklärt und die Geldstrafe von 3 M. aufrecht erhalten hatte. Vor dem Landgericht wurde im ersten Termin die Sache verlagert, weil der Gendarm, der in der Verhandlung nicht anwesend war, noch befragt werden sollte, ob er ausdrücklich auf das „Verbot“, den Weg zu betreten, aufmerksam gemacht hatte. Die Beweisnahme hatte nämlich ergeben, daß an dem Wege zwar vor Jahren eine Warnungstafel gestanden hatte, dann aber erst am Morgen des Versammlungsabends von dem Besitzer plötzlich wieder eine solche aufgestellt worden war, die indes noch vor Beginn der Versammlung durch einen Unbekannten wieder beseitigt wurde.

Zu dem neuen Termin, der gestern in Frankfurt vor der Strafkammer 2 stattfand, war der Gendarm geladen und auch das persönliche Erscheinen der Angeklagten angeordnet worden. Von den 28, über deren Berufung zu entscheiden war, hatten 26 sich eingefunden, so daß der Anklageraum nicht alle aufnehmen konnte. Der Verteidiger für sämtliche Angeklagten, Rechtsanwalt Falkenberg (Frankfurt a. O.) hatte schon vor dem Termin den vorstehenden Landgerichtsdirektor Parisien wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Dieser Vorstehende habe im ersten Termin die Erörterung des von dem Amtsvorsteher auf dem Gebiete der konservativen Parteipolitik entfalteten Eifers als unerheblich abgewiesen und sei überdies selbst konservativer Parteiführer und Reichstagskandidat der Konservativen in einem benachbarten Wahlkreis; in der diesem Prozeß zugrunde liegenden Angelegenheit habe es sich aber um eine parteipolitische Aktion des konservativen Herrn v. Stünzner-Garbe gegen die Sozialdemokratie gehandelt. Vom Gericht war der Ablehnungsantrag als unbegründet zurückgewiesen worden, weil aus der Verhandlung dieser Straffrage die Erörterung alles Politischen als nicht zur Sache gehörig auszuschließen müsse. Gestern wurde nun vor Eintritt in die Verhandlung vom Verteidiger beantragt, nochmals zu verhandeln. Wegen die Zurückweisung des Vertagungsantrages habe er Beschwerde beim Kammergericht eingereicht, deren Ergebnis abzuwarten sei. Auch müsse im Hinblick auf seinen Antrag, dem Herrn v. Stünzner wegen Mißbrauch seines Amtes zu parteipolitischen Zwecken die Kosten dieses ganzen Strafverfahrens aufzuerlegen, erst Herr Stünzner selber zu einer Gegenüberlegung zugelassen werden. Gerade aus der Erörterung dieser Frage könne die Prüfung der politischen Beweggründe des Amtsvorstehers nicht ausgeschlossen werden. Das Gericht lehnte den Antrag auf Vertagung ab.

In der Verhandlung erklärten die Angeklagten übereinstimmend einer nach dem anderen, ein Wegverbot sei ihnen nicht bekannt gewesen, eine Warnungstafel habe gefehlt und auch der Gendarm habe nicht auf das Verbot hingewiesen, sondern sie lediglich aufgeschrien und sie dann nach dem Versammlungslaut geben lassen. Ein paar der Angeklagten hatten den Gendarm ausdrücklich gefragt, warum er sie aufschreie, aber auch ihnen sei, sagen sie vor Gericht, kein Grund angegeben und nichts von einem Wegverbot gesagt worden. Gendarmeriewachmeister Rautenberg aus Briesen behauptet, er sei an jenem Tage durch seinen Vorgesetzten, Amtsvorsteher v. Stünzner-Garbe, beauftragt worden, alle zu notieren, die den Weg benutzen würden. Er habe aber auch jeden vorher darauf aufmerksam gemacht, daß das ein verbotener Privatweg sei. Zeuge bleibt hierbei auch, als ihm die gegenteiligen Angaben der Angeklagten vorgehalten werden. Der Verteidiger will zur Sprache bringen, daß Rautenberg keineswegs alle zu notieren für nötig gehalten hat, z. B. nicht den Reichstagskandidaten Genossen Haber, mit dem er auf dem „verbotenen“ Weg eine längere Auseinandersetzung hatte. Der Vorstehende erklärt sofort, es sei im voraus beschlossen worden, alle solche nicht zur Sache gehörenden Dinge auszuschließen, und das Gericht lehnt dann diese Frage ab. Rautenberg befindet im übrigen selber, daß er nur einzelne aufgeschrieben hat. Nur die ersten Besucher hat er alle erwähnt, nachher aber konnte er nicht so schnell aufschreiben, wie die Besucher auf dem „verbotenen“ Wege an ihm vorbeizogen. Bauerntgutsbesitzer Baensch aus Briesen wiederholt seine frühere Aussage, daß er erst wegen der Versammlung die Warnungstafel wieder aufgestellt hat. Ein Schreiber des Amtsvorstehers hat noch vorher mit ihm ein Protokoll darüber aufgenommen, daß „Unbefugte“ ge-

hindert werden sollen, den Weg zu betreten. Den Zeugen fragte der Verteidiger: Kam der Schreiber des Amtsvorstehers in Ihre Wohnung? Zeuge: Ja. Verteidiger: Haben Sie ihn in Ihre Wohnung gebeten? Zeuge: Nein. Verteidiger: Hat der Schreiber Ihnen den Rat gegeben...? Vorstehender unterbricht: Erlauben Sie! Das Gericht lehnt dann die Frage als nicht zur Sache gehörig ab.

Nach Schluß der Beweisnahme beantragt der Verteidiger, die Angeklagten freizusprechen und alle Kosten dem Amtsvorsteher samt Herrn Baensch aufzubürden. In seiner Kritik des AmtsgerichtsUrteils, gegen das die Berufung sich richtet, führt er aus, Baensch habe den Weg gar nicht sperren dürfen, weil der Rietter Schöppe selbstverständlich für sich und die zu ihm kommenden Personen das Recht der Benutzung dieses einzigen Zugangsweges hatte. Im übrigen müsse nach dem Gesetz bei etwaiger Sperrung ein „Warnungstafel“ aufgestellt werden, das aber heute gefehlt und habe keineswegs durch einen warnenden Gendarm ersetzt werden dürfen, der obenin wahrscheinlich gar nicht mal gewarnt habe. Der Verteidiger will dann seinen Antrag bezüglich der Kostenübernahme begründen, wobei er selbstverständlich „Politisches“ erörterte, um des Amtsvorstehers Verschulden zu erweisen, aber bei Vorstehende unterbricht: „Ja, da muß ich erst einen Gerichtsbescheid extrahieren.“ Der Bescheid lautet: Ablehnung der Erörterung, weil weder v. Stünzner noch Baensch die Angeklagten angezeigt haben und das Gericht keinem der beiden die Kosten auferlegen will. Rautenber will der Verteidiger neue Beweisverträge stellen darüber, daß die ganze Aktion vom Amtsvorsteher aus politischen Erwägungen veranlaßt sei. Er holt zur Begründung aus, aber Gerwig winkt der Vorstehende wieder ab, und das Gericht beschließt, Anträge dieser Art seien als unerheblich und nicht zur Sache gehörig abzulehnen. „Also auch die Abkehrung von Beweisverträgen wird von vornherein abgelehnt!“ stellt der Verteidiger fest. Wegen die Ausführungen des Verteidigers wendet sich der Staatsanwalt mit dem Antrage, es bei dem AmtsgerichtsUrteil zu belassen.

Das Urteil lautet: Die Angeklagten werden freigesprochen, weil der Weg damals tatsächlich nicht durch eine Warnungstafel gesperrt war und der Gendarm nicht im Auftrage des Berechtigten Baensch ihn als gesperrt bezeichnete.

Die Affäre dieses „verbotenen“ Weges zur Versammlung der Sozialdemokraten ist hiermit noch nicht erledigt. Rechtsanwalt Falkenberg hat gegen Amtsvorsteher v. Stünzner-Garbe Anzeige erstattet wegen jenes mit Baensch aufgenommenen Protokolls, das vom Amtsvorsteher unterzeichnet worden sei, obwohl Baensch, wie er auch im vorigen Termin bekundete, mit dem Schreiber verhandelt habe.

## Aus Industrie und Handel.

### Ausländische Werte an deutschen Börsen.

Eine genaue Erfassung des im Auslande werdenden deutschen Kapitals ist nicht möglich. Aber deswegen wird man nicht darauf verzichten, auf verschiedenen Wegen zu versuchen, die Investierung deutschen Kapitals im Auslande abzuschätzen. Vor allem ist es auch wichtig, zu verfolgen, wie sich an den deutschen Börsen die Anlagemöglichkeiten für ausländische Werte im Laufe der Jahre gestaltet haben. Diese Bewegung können wir verfolgen, indem wir die Entwicklung des gesamten Marktgebietes der Berliner Börse darstellen und die Summe der zum Handel zugelassenen Werte nach inländischen und ausländischen scheiden. Es betragen nämlich die Nominalkapitalien der zum Handel an der Berliner Börse zugelassenen Kapitalien für die nachstehenden Jahre in Millionen Mark:

Jahr	Inländische Werte	Ausländische Werte	Zusammen
1908	82 701,83	43 488,47	76 140,29
1904	84 854,85	44 214,86	78 509,61
1906	87 481,06	47 123,44	84 554,50
1908	89 469,89	47 008,89	87 078,78
1907	40 792,77	58 284,52	99 077,29
1908	43 024,89	58 588,28	101 611,17
1909	46 808,13	59 520,56	105 828,69
1910	48 089,82	62 687,21	110 747,48

Seit 1903 hat die Gesamtsumme um 45,5, die Summe der inländischen Werte um 46,9 und die der ausländischen um 44,3 Proz. zugenommen. Im Jahre 1903 überstieg die Summe der zum Handel zugelassenen ausländischen Werte die der inländischen um 10,74 Milliarden Mark, im Jahre 1910 aber um 14,68 Milliarden. Scheidet man die ausländischen Werte nach festverzinslichen und Dividendenpapieren, so ergibt sich, daß der Betrag der festverzinslichen Werte weitaus den Hauptteil der ausländischen Papiere ausmacht. Die Zahl der Schuldner betrug im Jahre 1903 163, der Nominalbetrag der Verpflichtungen aber 40,79 Milliarden Mark. Bis 1910 ist nun die Zahl der Schuldner nur wenig, nämlich bis auf 170, gestiegen, dagegen haben die Verpflichtungen kräftig zugenommen: sie betragen nunmehr 56,82 Milliarden Mark, also circa 16 Milliarden mehr als vor sieben Jahren; im Durchschnitt brachte also jedes Jahr eine Zunahme um circa 2,8 Milliarden Mark. Auch die ausländischen Dividendenwerte, die an der Berliner Börse zugelassen sind, haben sich vermehrt, und zwar an sich rascher als die festverzinslichen Werte, wenn auch ihr Gesamtbetrag absolut betrachtet gegenüber den festverzinslichen Werten gering ist. Im Jahre 1903 stellten sich der Nominalbetrag des zugelassenen Dividendenkapitals für 53 Gesellschaften auf 2,84 Milliarden Mark, 1910 betrug es für 63 Gesellschaften 6,87 Milliarden Mark. Der Betrag hat sich in den sieben Jahren mehr als verdoppelt. Jedes Jahr brachte im Durchschnitt der ganzen Periode einen Zuwachs von 0,46 Milliarden Mark. Stellt man die festverzinslichen und die Dividendenwerte nach Inland und Ausland für die beiden Jahre 1903 und 1910 einander gegenüber, so erhält man folgende Bewegung in Milliarden Mark:

	festverzinsliche Werte	Dividendenwerte		
	inländische	ausländische	inländische	ausländische
1903	28,72	40,79	5,98	2,84
1910	39,89	56,82	6,67	6,87

Relativ haben sich bei den Dividendenwerten die ausländischen, bei den festverzinslichen die inländischen Werte im Laufe der letzten sieben Jahre stärker vermehrt.

### Moorkultur.

Im Verein zur Förderung der Moorkultur sprach am Dienstag Delonominer Echtermeier (Dahlen) über „Die Bedeutung der Moore für die gärtnerische Kultur“. Deutschland sei in dieser Beziehung noch sehr rückständig. Die Holländer hätten ein glänzendes Beispiel gegeben, wie man eine intensiv gärtnerische Kultur aus Moorkulturschaffen könne. In unseren Mooren ruhen Schätze, welche nur geboten zu werden brauchen. Dem Landwirt bieten die Moore in erster Linie Wiesen und Weidland, dem Gärtner Gelegenheit zum Gemüse- und Obstbau, zur Zucht von Blumen, Koniferen und Sandelholzpflanzen aller Art. Nach Ansicht holländischer Gärtner, die der Redner auf seiner Studienreise besuchte, könnten die deutschen Moore unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse vorzügliches leisten. Aber die deutschen Gärtner seien nicht weit genug und verstanden ihre Interessen nicht genügend zu verfolgen. Besonders sei die Koniferenindustrie auf die Ausnutzung der Moore aufmerksam zu machen. Sie könnte, wenn sie die Moore zur Kultur bräute, den Weltmarkt erobern. Zunächst käme aber Deutschland selbst als Abnehmer von Obst und Gemüse in Betracht, das aus Holland noch für 126 Millionen Mark jährlich von diesen Produkten bezöge. Der Redner verlangt dann die Errichtung von gärtnerischen Moorkolonien, die sich an die bereits vorhandenen Wassergründe anzuschließen hätten, ferner ausstehende Staatssubventionen für tüchtige junge Gärtner zu Studienreisen ins Ausland. Weiter müßten Moorkolonien entstehen, die zu weiteren Versuchen anleiten. Die Anregungen, Befragene zu den Vorbereitungsarbeiten zu verwenden, seien freudig zu begrüßen. Es müßte eine ganze Gärtnerkolonie auf dem Moore gegründet werden, die in einzelnen kleinen Betrieben arbeite, aber gemeinsam einläuft und verkauft.



# Verfassungen.

## Massnahmen der Arbeitgeber gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

lautete die Tagesordnung einer Betriebsversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Ludwig Loewe, die am Dienstag den großen Saal des Moabiters Gesellschaftshauses bis zum letzten Stuhlplatz füllte. Dieser außerordentliche Massenbesuch bildete einen Beweis dafür, daß die terroristischen Mittel, womit man seit einiger Zeit auch in jenem Großbetriebe den Metallarbeiterverband tot und den gelben Werkverein lebendig zu machen sucht, keinen Erfolg haben. Diese Tatsache wurde auch weiterhin durch den ganzen Verlauf der Versammlung bestätigt. Cohen, der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, schilderte jene Maßnahmen der Arbeitgeber und ihrer Obergelben zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter in verschiedenen großen Betrieben der Metallindustrie. Es werden alle möglichen Zwangsmittel angewandt, um die Arbeiter durch Drohung mit Entlassung oder Verweigerung der Einstellung und allerlei Schikanierungen zum Eintritt in die gelben Vereine zu zwingen. Diesen Vereinen werden große „Schenkungen“ gemacht, die dann nachträglich, wie das unter anderem besonders kräftig bei der Aktiengesellschaft Vurzbacher Hütte hervorgetreten ist, zu ungeheuren Lohnherabsetzungen ausgenutzt werden, während das Unternehmertum nach außen hin mit seiner Humanität prahlt. Von den hiesigen Großbetrieben haben solche „Schenkungen“ gemacht z. B. die Firma Siemens u. Halske 200 000 M., die A. E. G. Oberschöneweide 5000 M., die Firma Flohr 3000 M. Daß derartige Maßnahmen nicht verfangen, haben die letzten Arbeiterauswahlwahlen bei Flohr wieder einmal bewiesen. Es wurden dort 438 Stimmen abgegeben und diese sämtlich für die Kandidaten der freiorganisierten Arbeiterschaft. Der gelbe Sumpf ist also bei der Firma gründlich trockengelegt. Wie die gelbe Agitation betrieben wird, zeigt unter anderem ein Entlassungsbescheid der Firma Siemens u. Halske aus ihrem Betriebe am Ronnendamm. Er gibt folgende Auskünfte über den Entlassenen: Führung: gut. Leistungen: gut. Grund der Entlassung: Vertrauensmann der Roten. Ist die Wiedereinstellung in unserem Werk zu empfehlen: Nein. Ist die Wiedereinstellung in einem anderen Werk der S. S. M. oder der S. H. zu empfehlen: Nein. In solcher Weise wird also der Raub des Koalitionsrechtes betrieben, und die Firma Ludwig Loewe macht es offenbar nicht besser. „Geschenk“ hat sie ihrem gelben Werkverein auch schon etwas, nämlich die Zinsen eines Kapitals von 25 000 M. unter der Voraussetzung, daß die Mitglieder jährlich mindestens 1000 M. an Beiträgen aufbringen, die Mitgliederzahl nicht weniger als 100 beträgt und der Verein den in § 2 der Satzungen vorgeschriebenen Zwecken treu bleibt. Dieser Paragraph besagt: Zweck des Vereins ist 1. den nationalen Gedanken zu pflegen; 2. seine Mitglieder in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu heben; 3. das gute Einvernehmen zwischen der Firma und ihren Arbeitern zu erhalten. — Jeder denkende Arbeiter erkennt aus dem hier Gesagten deutlich genug, daß der eigentliche Zweck dieser gelben Gründung die Anbelung der Arbeiterschaft ist. Die Firma will jetzt offenbar mit aller Gewalt vorgehen, um den Arbeitern den Werkverein aufzuzwingen. Die Werkmeister und höheren Angestellten, die sich zu solcher Gewaltsaktion hergeben, suchen einander in ihrem Eifer zu übertreffen, um zu zeigen, daß der gelbe Verein endlich seinen Fuß faßt. Die Agitatoren der Gelben laufen mit Wappem und mit dem „Wund“, dem gelben Wundbescheid, herum und verdienen ihr Geld, ohne entsprechende Arbeit dafür zu leisten. Tüchtigkeit in der Arbeitsleistung gilt offenbar nichts, wenn es sich um freiorganisierte Arbeiter handelt; ihnen werden die am wenigsten einbringenden Arbeiten zugewiesen, während die Gelben, man weiß nicht auf Grund welcher Leistungen, hohen Verdienst einheimen können. Dazu kommen die gänzlich ungerechtfertigten Entlassungen freiorganisierter Arbeiter. Ein solcher Fall beschäftigte am 17. Februar den Arbeiterauswahl, und die Vertreter der Direktion gaben dabei laut Protokoll folgende Erklärung ab: „Die Frage des Arbeiterauswahl, ob die Direktion damit einverstanden sei, daß Arbeiter, die sich weigern, dem Werkverein beizutreten, entlassen werden, wird von Herrn Dr. Waldschmidt verneint. Herr Hubn bemerkt hierzu erklärend, daß die scheinbare Ausnahme, die in dieser Hinsicht vorgekommen sei, sich daraus erklärt, daß ein Mann, der vor der Einstellung erklärt hat, er werde dem Werkverein beitreten, hinterdrein sein Wort nicht gehalten hat.“

Obwohl die Direktion somit nicht einverstanden damit ist, wird die Agitation mit denselben Zwangsmitteln weiterbetrieben, und Entlassungen wegen Weigerung des Beitritts zum gelben Verein sind seitdem schon wieder vorgekommen. — Der Referent sagte zum Schluß mit aller Deutlichkeit, daß, wenn dieses Treiben sich so weiter entwickelt wie in den letzten Wochen und Monaten, die Firma sich darauf gefaßt machen muß, daß einmal gründliche Abrechnung mit ihr stattfindet; denn die Arbeiterschaft habe nicht ein Vierteljahrhundert an ihrer Organisation gearbeitet, um sich schließlich zu Heloten machen zu lassen. — Stürmischer Beifall bewies, daß dies auch die Meinung und der Wille der Versammlung war.

Die Diskussion wurde besonders interessant dadurch, daß der Vorsitzende des Loeweschen Werkvereins, ein Herr Dagemann, das Wort nahm. Er stellte sich vor als das Scheusal aller Scheusale, als was ihn Cohen gekennzeichnet habe, meinte aber selbst, daß er und die Gelben doch weit tugendhaftere und bessere Leute seien als die Roten, deren ganze Tendenz dahin gehe, Unfrieden zu stiften, was ja auch die Führer tun müßten, um nicht den Akt abzujagen, auf dem sie saßen. Die Gelben wollten, daß die deutsche Industrie nicht ruiniert werde, wie der Metallarbeiterverband es mit der Feilenindustrie in Remscheid gemacht habe. Die ewigen Heereien müßten aufhören. „Wenn wir oder die Firma,“ sagte er weiter, „scharfe Maßregeln anwenden, Reverse, die unterschreiben muß, wer nicht entlassen werden will, kann man das der Firma nicht verdenken. Sie haben Ihr gutes Auskommen bei Loewe. Wer nicht zufrieden ist, mag die Pforten verlassen!“

Trotz der provozierenden Redensarten, die allerdings lebhaften Widerspruch hervorriefen, konnte der Hagemann ruhig ausreden und später noch ein paarmal zu Worte kommen. Natürlich blieb man ihm die Antwort nicht schuldig. Das Beispiel aus Remscheid war ja besonders schlecht gewählt. Handelte es sich doch dort um eine Arbeiterschaft, die trotz Mitarbeit der ganzen Familie die allergeringsten Löhne verdiente. Das offene Eingeständnis, daß die Firma und ihre Obergelben durch Drohung und Nötigung die Arbeiterschaft in den Werkverein hineinzuzwingen suchen, wurde mit dem richtigen Verständnis aufgenommen, und ebenso das satism bekannete Geschwätz von der nationalen Industrie. Cohen hielt dem Herrn Hagemann einen Spiegel vor, wie die Arbeiterschaft über die Qualifikation der Obergelben denkt, und aus der Mitte der Versammlung wurde ihm nicht minder deutlich die Meinung gesagt, bis er es schließlich vorzog, hinauszugehen. Seine Redereien hatten offenbar eine starke agitatorische Wirkung für den Metallarbeiterverband ausgeübt.

## Briefkasten der Expedition.

**Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten.** Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen wegen der Umverteilung von Zeitungsnummern sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

**Antilcher Marktbericht:** der holländischen Marktwaren-Direktion über den Prophanbel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise beschieden. Getreide: Zufuhr ausreißend, Geschäft etwas belebt, Preise behauptet. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise fast unverändert.

licher Arbeiter besprochen. Die Polizei behauptet, diese Versammlung sei eine politische gewesen. Sie hatte deshalb neun jugendliche Versammlungsbesucher (denen ja das Vereinsgesetz die Teilnahme an politischen Versammlungen verbietet) angezeigt. Das Jugendgericht hat aber die neun Angeklagten freigesprochen, weil sie nach dem Verhalten der Polizei in und vor der Versammlung annehmen konnten, es handle sich nicht um eine den Jugendlichen verbotene Versammlung.

Gestern spielte sich nun vor der 142. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte eine Verhandlung aus Anlaß derselben Versammlung ab. Die Grundlage des Verfahrens bildete auch diesmal die Behauptung der Polizei, die Versammlung sei eine politische gewesen und hätte angemeldet werden müssen. Da das nicht geschehen war, mußten die drei Personen, welche das Bureau der Versammlung bildeten, auf der Anklagebank Platz nehmen: Willi Scholz, der als Einberufer und Vorsitzender, Ernst Wenzel, der als Stellvertreter der Vorsitzenden und Georg Holzhütter, der als Schriftführer der Versammlung fungierte. Die Angeklagten beriefen sich darauf, daß die Versammlung keinen anderen Zweck hatte, als Kritik zu üben an dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts und daß eine Erörterung politischer Angelegenheiten weder beabsichtigt war noch erfolgt ist.

Polizeileutnant Rosemann, der die Versammlung überwachte, hat die Entfernung der Jugendlichen nicht verlangt, was er doch hätte tun müssen, wenn seiner Ueberzeugung nach die Versammlung eine politische gewesen wäre. Er hat vielmehr im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Versammlung zugegeben, man könne darüber verschiedener Meinung sein, ob die Versammlung eine politische sei oder nicht. — Als Zeuge vor Gericht meinte Polizeileutnant Rosemann, die Versammlungsredner hätten Abschweifungen „nach allen politischen Richtungen“ gemacht. Sie hätten vom Falle Herzer gesprochen, vom Prozeß Liebknecht, vom Sozialistengesetz, von Opfern, die gefallen seien und noch fallen würden, sie hätten die Jugend aufgefordert, zum Zwecke der Aufklärung zu den Schriften Bebel und Lassalle zu greifen und, wenn sie kein Recht finden, sich zusammenzuschließen, um ihre Rechte zu erobern.

Gestützt auf diese Angaben hielt der Staatsanwalt den politischen Charakter der Versammlung für erwiesen und beantragte, jeden der Angeklagten mit 10 M. zu bestrafen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte die Freisprechung von Holzhütter und Wenzel schon aus dem Grunde, weil sie nicht als Leiter der Versammlung anzusehen seien. Nur der Vorsitzende könne als Leiter in Betracht kommen. Dieser aber, der Angeklagte Scholz, müsse freigesprochen werden, weil nicht erwiesen sei, daß in der Versammlung politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Nichts von alledem, was der Polizeileutnant anführte, könne als politische Angelegenheit gelten. Das seien zum Teil historische Erörterungen, zum Teil Aufforderungen an die jungen Leute, zusammenzukommen und sich weiterzubilden. Wenn man jemandem die Lektüre eines Buches empfiehlt, das sei doch keine politische Angelegenheit, nichts, was die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Staates betrifft.

Das Gericht folgte dem Verteidiger nur soweit, als es den Schriftführer Holzhütter nicht zu den Leitern der Versammlung rechnete und ihn deshalb freisprach. Dagegen erklärte das Gericht neben dem Vorsitzenden Scholz auch dessen Stellvertreter Wenzel als Versammlungsleiter. Den politischen Charakter der Versammlung hielt das Gericht für festgelegt erstens durch einen Satz in der Einladung, welcher lautet: „Die Versammlung soll auch eine Antwort geben auf die Frage: Was nun?“ Bei der Erörterung dieser Frage ist man zweifellos auf das politische Gebiet übergegangen. (So sagte der Vorsitzende des Gerichts, obgleich über diesen Punkt, den er als zweifellos bezeichnete, gar kein Beweis erhoben worden ist.) Die Erwähnung des Sozialistengesetzes, die Ausführung, daß ein gewaltiger Kampf gegen den Moloch Kapitalismus zu führen sei — sagte der Vorsitzende weiter — seien politische Angelegenheiten, denn sie betreffen nicht nur die Leitung des Staates, sondern berühren den Bestand des Staates selbst. — Die Angeklagten Scholz und Wenzel wurden zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Kampf gegen den Moloch Kapitalismus. Das ist wohl die Erklärung der Anklage und der Verurteilung. Wer dem Moloch Kapitalismus Kampf ansagt, der betreibt politische Angelegenheiten, der rüttelt an den Grundfesten des Staates, der muß bestraft werden. Wenn aber in patriotischen Jugendvereinen der Kapitalismus, der Militarismus, der Marinismus gepriesen und verherrlicht und zum Kampf für diese „höchsten Güter der Nation“ aufgefordert wird, so findet sich kein Kläger, der solche Erörterungen für politisch erklärt. Wenn man den Begriff „politische Angelegenheiten“ so weit ausdehnt, wie es in allen die moderne Arbeiterbewegung betreffenden Fällen geschieht, dann kann jede Rede, welche ein Schullehrer am Kaisergeburtstage oder am Sedanfest seinen Schülern hält, als politische Erörterung vor jugendlichen Personen angesehen und verurteilt werden.

## Betrug gegen den Eisenbahnfiskus.

Unter der Anklage des Amtsverbrechens und Betruges stand gestern der frühere Weidensteiner Karl Verlach vor den Schranken des Schwurgerichts am Landgericht I. Der Angeklagte war als Stationschef an der Bahnstation auf dem Stettiner Bahnhof tätig. Am 5. März fiel dem Stationschef Spiller in Buch auf, daß eine von einem Passagier dort abgegebene Fahrkarte eigentümlich gelocht war und auf der Rückseite deutliche Spuren zeigte, die darauf hindeuteten, daß auf der Einlösung geknackt worden war. Er machte sofort einem Unterassistenten Mitteilung, und es wurde festgestellt, daß die Karte doppelt gelocht sein mußte: einmal in Buch und ein zweites Mal auf dem Stettiner Bahnhof. Man pagte nun auf und stieß bald darauf noch auf 4 Fahrkarten, die in dieser Weise doppelt gelocht waren. Ueberall war der Datumstempel der ersten Einlösung in Buch weggekratzt, und die vier Karten waren dann mit der Lochung des Stettiner Bahnhofes versehen worden. Die Fahrkarten waren auf dem Stettiner Bahnhof mit einer Zange gelocht worden, deren Nummer auf die Tätigkeit des Angeklagten hindeutete; es wurde dessen Fahrkartenaften nachgeprüft, und es konnte festgestellt werden, daß der Angeklagte sich ein System eronnen hatte, um den Eisenbahnfiskus zu betrügen und sich zu bereichern. Er muß eine Anzahl der von den Reisenden nach Beendigung der Fahrt abgenommenen Fahrkarten, anstatt sie in den Sammelkästen zu werfen, an sich genommen und diese zum Zweck der Veräußerung mit noch unbenuzten Fahrkarten sorgfältig vorbereitet haben. Wenn dann ein Reisender, der vom Stettiner Bahnhof abfahren wollte, sein gelochtes und noch ungeempeltes Billet vorzeigte, muß er mit großer Geschicklichkeit den Tausch vorgenommen und dann die Lochzange in das Lochzeichen der von ihm in Verleibung gehaltenen schon benutzten Fahrkarte gesteckt und so das Fahrzeichen des Stettiner Bahnhofes gerade auf das frühere Lochzeichen gedrückt haben. Der Angeklagte bestritt seine Schuld, machte geltend, daß er in einzelnen Fällen selbst getäuscht sei, in anderen ein Versehen seinerseits vorliegen müsse und hatte durch Rechtsanwalt Ribanski mehrere Entlastungszeugen vorladen lassen. — Die Geschworenen sprachen ihn der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 150 M. Geldstrafe bei sofortiger Verhaftung des Angeklagten.

## Aus einer Gemeindefschule.

Etwa 40 Gemeindefschüler verteilten zwei Tage lang als Zeugen gegen ihren Lehrer im Kriminalgerichtsgebäude. Die vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I verhandelte Anklage wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit richtete sich gegen den Gemeindefschullehrer Franz Kromer. Die Verhandlung fällt zwei Sitzungstage aus und fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dem Vernehmen nach war der Angeklagte beschuldigt, sowohl in der Klasse als auch beim Baden in undegener und Anstoß erregender Weise Schülern allerlei Andeutungen, die auf sexuellem Gebiete liegen, gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte nach Vernehmung zahlreicher Zeugen selbst die Freisprechung des Angeklagten, dem von seinen Kollegen das beste Zeugnis gegeben wurde. Der Gerichtshof erkannte denn auch auf Freisprechung.

Professor Dr. Lae-Bremen berichtete über die Erfahrungen auf der Moorwirtschaft im Maibusch Moor bei Hude in Oldenburg. Er bezeichnete die Ergebnisse als glänzend, und zwar sowohl in bezug auf den Grasertrag wie bei der Viehzucht. Es wurden durchschnittlich pro Hektar 400 Kilogramm geerntet und durch den Verkauf der 24 geächteten Däfen wurden so gute Preise erzielt, daß an jedem Tiere ein Gewinn von durchschnittlich 187 M. verblich. Das Futter auf dem Moorboden war so nährstoffhaltig, daß die Tiere auf das beste gediehen und die Händler für die Tiere die besten Preise zahlten.

In einer öffentlichen Versammlung im „Rheingold“ veranschlagte derselbe Referent die Ausdehnung der Moore in Deutschland auf 2 800 000 Hektar, auf denen 70 000 Familien ein gutes Auskommen finden würden, von denen 80 Millionen Doppelzentner Fleisch auf den Markt gebracht werden könnten. Kultiviert seien von der vorhandenen Fläche erst 10 bis 15 Proz.

Deutschlands auswärtiger Handel im Januar 1911. Nach dem Januarheft der vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen Monatslichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands erreichte im Januar d. J. im Spezialhandel: Die Einfuhr 4 261 387 Tonnen Waren aller Art, außerdem 12 274 Stück, worunter 12 254 Pferde, gegen 4 274 823 Tonnen und 10 676 Stück, worunter 10 649 Pferde, im Januar d. J. Die Ausfuhr 4 427 118 Tonnen, außerdem 786 Stück, worunter 731 Pferde, gegen 3 730 389 Tonnen und 698 Stück, worunter 662 Pferde, im Januar v. J. Der Wert der Einfuhr ohne Gold, Silber und Wertpapiere betrug 725,7 gegen 713 Millionen Mark im Januar v. J. Der Wert der Ausfuhr 603,2 gegen 589,8 Millionen Mark im Januar v. J. Die Gold- und Silbereinfuhr hatte einen Wert von 19,9 gegen 13,0 Millionen Mark, die Ausfuhr einen solchen von 5,2 gegen 6,4 Millionen Mark.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Not als Triebfeder des Frauenerwerbs.

Das soziale Verständnis der agrarisch-konserverbalen Konfessionen gründet sich — das braucht nicht erst bewiesen zu werden — in erster Linie auf den Eigennutz, daneben auf wunderhöhnliche theoretische Erörterungen und schließlich auf nicht minder prachtvolle Schlagwörter, von denen sich immer noch das Wort von der „vollen Kompottschüssel“ großer Beliebtheit erfreut, das sie mit wahrer Wollust in allen Tonarten — wiederläuten! Nach ihrer Ansicht besitzen wir eine geradezu erstklassige Weltordnung, die natürlich dem Arbeiter das denkbar sorgenfreiste und auskömmlichste Leben sichert, und soweit man Schattenseiten überhaupt anzugeben geneigt ist, da bucht man sie fürjünglich auf das Konto der „gottgewollten Abhängigkeiten“. Damit glaubt man alle Klagen und allen Unmut totzuschlagen zu können. Mit schönen Redensarten und philosophischer Windmühlerei löst man aber keinen Hund hinterm Ofen hervor, geschweige denn daß man mit ihnen den Hunger auch nur einer einzigen Arbeiterfamilie zu stillen vermag. Warum geht denn die Frau der werktätigen Stände in die Fabrik? Etwa nur des Vergnügens wegen? Gloubt man etwa, sie möchte nicht lieber daheim bleiben, um dem Mann das Haus angenehm zu machen, wenn er erwidert von der Arbeit heimkehrt, nicht lieber für die Kinder sorgen und nicht lieber gelegentlich im Sonnenschein draußen spazieren gehen, anstatt sich in der schmalen Stadtimosphäre der Fabrikräume die Schwindflucht zu holen?! In dem joesen herausgegebenen 104. Stück der Münchener volkswirtschaftlichen Studien („Ueber Fabrikarbeit verheirateter Frauen“ von Rose Otto) wird diese fürchterliche Tatsache unumwunden zugegeben und mit Zahlen belegt, die eine mehr als deutliche Sprache reden. Ganz abgesehen von den Witwen, von den Frauen mit kranken, invaliden Männern, die eben durch solche besonderen Umstände zum Brotenerwerb getrieben werden, sind es gerade die Frauen von arbeitsfähigen Männern, die in überwiegender Zahl durch die Not in die Fabrik getrieben werden. Die Prozentzahlen der Frauen, die ihre Arbeit und Gesundheit mit opfern müssen, um den unzureichenden Lohn des Mannes mindestens auf die Höhe des Existenzminimums zu bringen, oder die arbeiten müssen, weil der Mann krank, arbeitslos, invalide oder gestorben ist, arbeiten müssen also aus bitterer Not, erreichen eine erschreckende Höhe. Von den um die Gründe, die sie zur Arbeit trieben, befragten Frauen gaben die Antwort „Not!“ in Lignitz 83 Proz., in Ragdeburg 82 Proz., Lüneburg 70 Proz., Hildesheim 68 Proz., Wiesbaden 83 Proz., Jüttau 90 Proz., Oberhahn 84 Proz. Nach diesen Aussagen ist zu geringes Einkommen des Mannes der Hauptgrund der chetweilichen Fabrikarbeit. Trotz dieser eine so laute Sprache des Jammers redenden Zahlen wird es natürlich Agrarier geben, die daran ihren Witz zu üben bereit sind und etwa sagen, den Frauen erscheine der Verdienst des Mannes nur darum so klein, weil er ihnen nicht zur Befriedigung von Anstands- und Luxusbedürfnissen ausreiche. Dem aber derartige Schnoddrigkeiten nicht im Munde stehen bleiben, wenn er die Zahlen des Wochenverdienstes der Ehemänner zu Gesicht bekommt, die ihre Frauen zum Mitverdienst heranzuziehen gezwungen sind, dem muß jedes menschliche Gefühl abhandeln gekommen sein. Selt und Äußern kann man sich bei einem Wochenverdienst von 24 M. leisten. Diesen riesigen Verdienst aber erhielten von den um die Höhe ihres Einkommens befragten Arbeiterinnen, die ihre Frauen mitverdienen lassen müssen, in Hildesheim noch nicht einmal 1 Proz! Nur 0,8 Proz!! 21 bis 24 M. verdienen 2,1 Proz! 18—21 M. verdienen erst 5,7 Proz. von den Arbeiterinnen! Bis 12 M. Wochenverdienst dagegen wiesen 43,2 Proz. der Arbeiter auf! Wochenverdienst! Wenig Unterschiede gewähren die einschlägigen Fissern über den Verdienst in Lüneburg, Erfurt, Bremen, Gießen usw. Ueberall ist es derselbe zwingende Grund, der die Frau zum Mitverdiensten treibt: das Elend, die Not! Diese Erkenntnis darf den Arbeiterinnen nicht verloren gehen. Hildebrand nannte es „größten Triumph der Kultur, daß sich endlich auch diese Millionen (der Arbeiter) als bewußtvolle Glieder der menschlichen Gesellschaft zu fühlen begannen!“ Das muß durch jene Erkenntnis auch für die Arbeiterinnen gewonnen werden. „Die Frau des Proletariats hat zwar ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt,“ wie Clara Zetkin sagt, „aber weder als Mensch, noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können!“ Was ihr zur Erreichung dieses Zieles fehlt, ist zuerst ein strafferer Zusammenschluß in der Organisation! Erst wenn auch in ihnen das Bewußtsein voll erwacht ist, daß sie nichts veranlassen kann, sich außerhalb der menschlichen Gesellschaft zu fühlen, werden sich die Forderungen nach einer zeitgemäßen geschlechtlichen Ausgestaltung des Arbeiterinnenstatus leichter und schneller realisieren lassen!

Die Witwen- und Waisenversicherung oder Zwangsversicherung der proletarischen Jugend? So lautete das Thema, über welches Genossin Luise Zieh in einer von etwa 500 Frauen besuchten Volksversammlung im „Sofjägerpalast“ in der Hajenbaide referierte. Auch viele Männer hatten sich eingefunden und begnügten sich mit einem Stehplatz. Rednerin nennt den Regierungsentwurf einen Hohn auf den Gedanken einer Rentengendährung an Arbeiterwitwen und -Waisen. Die in Aussicht genommene Rente sei ein schätziges Almosen. Berlin zahle bedeutend mehr an Armenunterstützung. Stürmischer Beifall bewies, daß die Ausführungen den Zuhörern zu Herzen gegangen waren. Die von der Referentin empfohlene Resolution fand einstimmige Annahme. Genossin Zieh wies sodann noch auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hin, für die Frauen folgende die „Gleichheit“ in Betracht. 60 Frauen meldeten sich zur Aufnahme in den Wahlverein. Genossin Döring ermahnte die Anwesenden, insbesondere die Neueingetretenen, die Lesesaalrede recht rege zu besuchen.

## Gerichts-Zeitung.

**Vereinsgesetz gegen die Jugend der Arbeiterklasse.** Nachdem das Oberverwaltungsgericht durch sein bekanntes Urteil der freien Jugendorganisation Berlins das Lebenslicht ausgelassen hatte, wurde eben dies Urteil in einer am 16. Oktober in Kellers Festsaal abgehaltenen öffentlichen Versammlung jugend-



Partei-Angelegenheiten.

Stegly. Freitag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Extra-Vorabend. Tagesordnung: Der Entwurf zur Regelung der Kaiserfeierfrage. Die Bezirke I-VII bei Schellhase, VIII-XII bei Salager, Albrechtstraße.

Schöneberg (Bez. Pantow). Sonntag, 26. Febr., nachm 4 1/2 Uhr. Bei Herrn Karl Sperlin: Volksversammlung. Tagesordnung: Der politische Kampf. Referent: Frau Wulff-Berlin.

Eichwalde-Neuthen-Miersdorf. Heute Donnerstag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Lindemann: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Es stehen wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Der Vorstand.

Trebbin. Sonnabend, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Stellungnahme zum Entwurf zur Regelung der Kaiserfeierfrage. 3. Wahl zweier Delegierter zur Verbandsversammlung von Groß-Berlin. 4. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Die Hasel blüht.

Wenn der Februar sich seinem Ende zuneigt, dann pflegt uns der Frühling seine erste Botschaft, selbst wenn er sie so stürmisch gibt wie gegenwärtig, zu bringen: die Hasel blüht. Schon seit Beginn des Monats kam ein Strecken und Belebte in die schlanken Ästen des baumartigen Strauches. Von den vorjährigen Zweigen hängen raupenartige, röhbraune Gebilde, bald in Büscheln, bald paarig, bald einzeln stehend. Das waren die männlichen Blütenköpfe. Die wuchsen zusehends. Nicht Frost, nicht Schnee vermochte ihrem Wachstum Einhalt zu gebieten. Fingerlang, rauherollt schlangen sie bald im Winde. Und als in diesen letzten Tagen hier und da ein warmer Mittagsstrahl sie umblinnte, da flimmerten sie wie goldüberpudert; und leichte, gelbe Staubwolken gingen von ihnen aus, wenn der Wind sie nach lustigem Belieben hin- und herpeitschte.

Dicht neben ihnen aber standen die weiblichen Blüten. Das waren kleine, unscheinbare Knöschen. Aus harten, grünbraunen Knospenblättern schickten sie dann, als die Sonne mehr und mehr an Kraft gewann, die roten Blütennarben, die lenzfröh den goldigen Staub der männlichen Stäbchenblüten auf sich herniederregen ließen. Das gab eine erste Befruchtung im erwachenden Frühling, den nun kein Wintersturm mehr zu bannen vermag.

Eine Woche noch, vielleicht auch zwei oder drei, wird die Hasel ihre goldenen Wimpel hissen. Dann werden sie spärlich und verbraucht am schwanken Geäst hängen, eintrocknen und abfallen, um neuen Frühlingswundern Platz zu machen, daß sich die Blide darauf lenken. Aber noch prangen sie in ihrer vollen Schönheit. Im Unterholz unserer großen Parkanlagen, in den Hausgärten unserer Vororte lassen sie sich beobachten. Noch will kein Blättlein sprischen. Kein Halmchen zeigt sich. Am schwanken, schwarzbraunen Geäst aber pendeln trotz Sturm und Eiskauern gelbüberstäubte Stäbchen: die Hasel blüht!

Auch eine Wahl. Im zehnten Wahlbezirk der ersten Abteilung wurde an Stelle des verstorbenen Stadivordnerten Seeger Herr Professor Dr. Kernitz gewählt. 20 Wähler aus dieser privilegierten Wählerklasse beteiligten sich an dieser Wahl, die eher einer Ernennung gleichkommt.

Hungerstrafe für Vergesslichkeit.

Gemeindeführer, welche der durch die städtischen Schulverwaltung eingerichteten Schulspeisung teilhaftig werden, erhalten seit etwa Jahresfrist in der Schule eine Karte ausgestellt. Die sechs Wochenscheine dieser Speisekarte werden in der Speiseanstalt bei der Abholung der Mittagessen abgetrennt. Das Mittelstück mit Name des Schülers und Nummer der Schule soll am Montag in der Schule wieder abgegeben werden, worauf die Aushändigung der neuen Karte erfolgt. Es soll nun häufiger vorgekommen sein, daß Schüler das Mittelstück verloren haben oder vergaßen, es am Montag zur Schule mitzunehmen. Jedenfalls will „unsere Aufsichtsdame“ dergleichen festgestellt haben. Diese Kinder haben — man denke! — trotzdem in der Schule die neue Karte erhalten. Aus diesem Grunde soll die Schuldeputation durch eine Verfügung noch besonders ernstlich darauf hingewiesen haben, daß neue Karten nur abzugeben sind, sofern das wichtige Mittelstück auch wirklich präsentiert wird. Es mag pädagogisch richtig sein, auch bei dieser Gelegenheit Erziehung zur Ordnung zu üben. Seit wann aber, Herr Bureaukrat, ist die Hungerstrafe unter die Erziehungsmittel aufgenommen? Ohne die Kontrollkarte gibt's kein Mittagstrot! Jeder normale Mensch weiß ohne weiteres, daß an jeder Schule ein bestimmter Prozentatz dieser Kartenteile verloren oder vergessen wird. Dafür sind's Kinder. Man denke an die Sechsjährigen! Verfügungsabschreiber haben alles fein säuberlich in ihrem Verstandeslaß rubriziert und nummeriert; sie vergessen nichts. Dazu setzt man sich mit der bei Einführung der Schulspeisung ergangenen Anweisung in Widerspruch, wonach selbst wegen fittlicher Verfehlungen und Mängel die Speisung nicht verweigert werden soll. Mit welcher Seelenruhe doch in Berlin am Schreiberisch Verfügungen ausgeheckt werden von Leuten, die ihre Kinder sicher nicht der Volksschule anvertrauen! Man sollte meinen, eine Schulbehörde mühte u. a. auch ein Herz im Leibe haben. Wird übrigens, was wir früher einmal wünschen mußten, jetzt gestiftet, vergessenes Frühstück von Hause zu holen, damit Schüler nicht von früh bis ein Uhr ohne jede Nahrung bleiben? Nun haben ja die Berliner Lehrer selbst mit der Stadt Berlin einige böse Erfahrungen gemacht, und sie werden sich nicht gern zu Sachwaltern solcher Engstirnigkeit erniedrigen. Es möchte das auch schadet zu dem Geben mit der rechten Hand, von dem die linke nichts weiß. Aber es soll auch buchstabengetreue Lehrer geben, die unter den Anregungen ihrer mannigfachen Vorgesetzten dergleichen „Erziehlisches“ vielleicht doch fertig bringen könnten. Vielleicht wird in der Stadtverordnetenversammlung nach der Existenz besagter Verfügung einmal Nachfrage gehalten.

Polizeikampf gegen eine Arbeiterfrau.

Eine sonderbare Entmündigungssache beschäftigt seit einiger Zeit das Amtsgericht Berlin-Mitte. Die bis 1906 in Halle anjähige, dann nach Berlin verzogene, jetzt 42 Jahre alte Arbeiterin Frau Martha Ulrich war im Jahre 1901 in Halle aus unbedeutender Veranlassung mit einem Polizeibeamten in Konflikt geraten. Aus dieser Episode hat sich im Laufe der Jahre eine wahre Sechschlange von vielfach berechtigten Beschwerden seitens der Frau und mit dem bekannten „umgedrehten Spiegel“ von Verfolgungen seitens der Polizei entwickelt. Es muß aufpassen, daß unmittelbar nach dem Konflikt Frau Ulrich, die sich

seit Jahren des allerbesten Leumundes erfreut und über Fleiß und Tüchtigkeit vorzügliche Zeugnisse aufzuweisen hat, plötzlich in der unangenehmsten Form von Sittenbeamten behelligt wurde. Diese Beobachtungen und Belästigungen, die sich mit merkwürdiger Zähigkeit bis in die neueste Zeit fortsetzten, obwohl die Frau stets Arbeit hat, und sich bis zum nächsten Eindringen in die mit den Kindern geteilte Wohnung steigerten, haben niemals, wie aus den Akten feststeht, auch nur im geringsten den ein Jahrzehnt lang seitens der Polizei gehegten Verdacht bestätigt. Wohl aber haben sie mit der Zeit die eheerlassene und so gut wie wehrlose Frau in eine berechtigterweise erregte Stimmung, die oft an Verzweiflung grenzte, verfaßt. Man fand schließlich im Jahre 1906 aus dieser erst durch die Umstände hervorgerufenen gereizten Stimmung einen leichten Grund, um Frau Ulrich, die damals in der Neuen Königstraße wohnte und sich mit ihren Kindern anständig ernährte, nach der Irrenanstalt Herzberge bringen zu lassen. Von hier kam sie nach der Provinzial-Irrenanstalt Kietzen in Sachsen, später nach derjenigen in Alt-Scherbitz. Von letzterer Stelle ist die Entlassung, der sich die Polizei mit aller Macht widersetzte, erst auf Befehl des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen erfolgt. Nach der Entlassung war Frau Ulrich unter dem Druck dieser schändlichen Verhältnisse so ziemlich vogelfrei. Man hatte der Mutter die Kinder entzogen, was zu neuen Beschwerden Anlaß gab. Auch die polizeiliche Beobachtung in fittlicher Beziehung setzte prompt wieder ein. Wohlgeachtet gegen eine Frau, die täglich 8-10 Stunden als Reinmachefrau arbeitete, um 2,50 M. zu verdienen! Da Frau Ulrich die erneute Internierung befürchtete, beschaffte sie sich im vorigen Jahre von sechs angesehenen und praktisch erfahrenen Berliner Ärzten (Sanitäts- und Geheimen Sanitätsräten) mit Geldmitteln, die Verwandte opfereten, sechs Atteste, die sämtlich übereinstimmend ihre völlige geistige Gesundheit bescheinigten! Im Herbst 1910 wurde wegen erneuter Beschwerden über ungerechtfertigte Beobachtung und andere Dinge auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Entmündigungsverfahren eingeleitet. Nebenher gingen abermals Internierungsversuche, die jedoch an der Wachsamkeit der Verfolgten und der auf ihrer Seite stehenden Hausbewohner scheiterten. Vielleicht geht man nicht fehl in der Annahme, daß mit der Internierung, zu der absolut kein Rechtsgrund vorlag, die Entmündigung innerhalb der Anstalt, also im bekannten Wege des Geheimverfahrens, besetzt war.

In diesem Stadium erfuhr der „Wund für Irrenrechts-Reform“ von der Sache und veranlaßte den Rechtsanwalt Dr. Grenzfied zur Uebernahme der hier dringenden notwendigen Rechtsbühne. Es ist ein noch weit verbreiteter Irrtum, daß man im Entmündigungsverfahren, so lange man noch die Freiheit genießt, völlig schulplos ist. Vielmehr gestattet die Zivilprozedur ein Eingreifen der Verteidigung. In dem kürzlich stattgehabten Entmündigungstermin, in dem Geh. Medizinalrat Dr. Strachmann als gerichtlicher Sachverständiger auf sein natürlich „Querulantenwahnsinn“ annehmendes Gutachten verzichtet werden sollte, erschienen zur Uebernahme des beauftragten Richters drei hevollmächtigte Verteidiger, nämlich außer dem genannten Anwalt noch der Redakteur der Zeitschrift „Irrenrechts-Reform“ und Justizrat von Unruh. Geheimrat Strachmann ließ auf sich warten. Die Verteidigung bewirkte Aussetzung der Verteidigung, auch wenn der Sachverständige noch nachträglich sich einfinden sollte, und behielt sich das Recht vor, in einem neuen Termin, der auf den 6. März festgesetzt ist, an den gerichtlichen Sachverständigen eine Reihe von Fragen zu richten. Gleichzeitig wurde von dem „Redakteur als Verteidiger“ betont, daß der gehegten Frau, die sich aus Furcht vor der Polizei in fremder Wohnung verborgen hält und jeden Tag mit Nittern und Jagen ihre Arbeitsstelle aufsucht, gerichtlicher Schutzwahret werden müsse. Auf den weiteren Gang der Sache darf man in der Tat gespannt sein.

Zehntausend Postkarten und Platten wurden gestern von der Zentralstelle zur Verhinderung des Schmugges in Wort und Bild im Norden der Stadt entdeckt und beschlagnahmt. Durch eingehende Nachforschungen bei den Händlern gelang es, auch die Quelle zu ermitteln, aus der sie ihre Ware bezogen. Die Druckerei befand sich in einem Fabrikgebäude am Wedding. Die Zentralstelle führte, wie bei allen solchen Sachen, einen Gerichtsbeschluss zur Beschlagnahme der Waren und zur Durchsuchung der Druckerei herbei. Daraufhin wurden die dort lagernden 10 000 Postkarten mit Nachbildungen aus dem Salon de Paris und die Platten zur Vernichtung beschlagnahmt.

Zu dem Morde in der Blumenhofstraße 1 an der Witwe Hoffmann ist mitzuteilen, daß durch die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei und dem gestern an den Untersuchungsrichter und Staatsanwaltschaft abgegebenen Bericht die Feststellung Mielles erfolgt ist. In den letzten Tagen ist durch weitere Zeugen ermittelt worden, daß Mielles am Mittwoch, den 7. Dezember, mittags, von Schöneberg kommend, in einem Lokal in der Vergamannstraße grüne Bohnen mit Hammelfleisch gegessen hatte. Diese Zeugen konnten im Gegensatz zu den bisherigen genauere Zeitangaben machen. Eingehend wurden diese nachgeprüft, so daß ein Irrtum völlig ausgeschlossen erscheint.

Unglücksfälle im Straßenverkehr.

Ein schwerer Straßenbahnunfall trug sich gestern mittag in der Rathenower Straße zu. Dort betrat vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 24 ein etwa 40jähriger Herr, dessen Personalliste bisher nicht festgestellt werden konnten, das Gleis, wurde umgestoßen und geriet zwischen den Wagen der Linie 24 und einen aus entgegengelegter Richtung kommenden Zug der Linie 15. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des linken Oberarmes und eine flache Kopfverletzung und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Noabit geschafft. — Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern an der Ecke der Grunewald- und Klitzstraße. Dort fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 5 in die falsche Weiche und stieß infolgedessen gegen den Vorderperron des Motorwagens Nr. 85 der Linie H. Bei dem Zusammenstoß erlitt Fraulein Ann Jatzke aus der Goltzstr. 13a und Herr Walter Voigt aus der Babelsberger Straße 43 in Wilmersdorf Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen, konnten sich jedoch allein nach ihren Wohnungen begeben. Die Bahnwagen wurden unerheblich beschädigt.

Ein anderer Unfall ereignete sich gestern vormittags gegen 10 Uhr in der Fördstraße. Der 15jährige Miffahrer Karl Herrmann, Joachimstr. 4 wohnhaft, hatte oben auf den Kisten Platz genommen und war offenbar eingeschlafen. Als der Wagen in ziemlich flotten Tempe die Eisenbahnüberführungen passierte, schlug er mit dem Kopf gegen das Eisengerüst und wurde vom Wagen heruntergeschleudert. Der Verunglückte, der eine Gehirnerschütterung, Verletzung des rechten Armes, Bruch des linken Oberarmes, sowie innere Verletzungen davongetragen hatte, wurde nach einer nahegelegenen Unfallstation geschafft, wo er die erste Hilfe erhielt.

Wegen Vorlehnd- und Versicherungsschwandels wird der 22 Jahre alte Kaufmann Sally Sachs aus der Calvinst. 26 von der Kriminalpolizei gefaßt. Sachs vertritt Sach Vorlehndern Geld auf Versicherungspolice und Wechsel. Er veranlaßte die Versicherer, eine Lebensversicherung zu nehmen, und verdiente dabei die Vermittlungsgebühr. Die Wechsel, die er sich geben ließ, machte er zu Geld, um den Erlös selbst einzustufen. Die Vorlehndnehmer erhielten nichts, mußten vielmehr auch die Wechsel noch einlösen, die nach und nach fällig wurden. Der Schwindler hat auf diese Weise verschiedene Beute um 3000 bis 5000 M. betrogen und ist jetzt verschwunden.

Beim Brennen der Haare schwer verunglückt ist das 19 Jahre alte Kindersäulein Hedwig Ziel, das bei einer Herrschaft in der Rürnbergger Straße 67 zu Charlottenburg in Stellung war. Das Mädchen ging mit einem Spiritusapparat, den es zum Wärmen der

Brennflöte benutzte, unvorsichtig um. Der Inhalt geriet in Brand, und eine Stichflamme verletzte die Unvorsichtige am Hals und an der Brust, daß sie mit einem Koppischen Wagen nach dem Krankenhaus auf Befehl gebracht werden mußte.

Großfeuer in der Neuen Photographischen Gesellschaft. Durch Sirenenalarm und einen hellen Feuerchein wurden in der letzten Nacht die Feuerwehren von Stegely, Friedenau, Lichterfelde, Lantwig, Mariensfelde und Mariendorf nach dem Gelände der Neuen Photographischen Gesellschaft an der Siemensstraße in Stegely gerufen. Es brannte nicht die Fabrik selbst, sondern der Dachstuhl des dreistöckigen Beamtenhauses. Bei Anbruch der Morgenstunden stand die Hälfte des Dachstuhles schon in Flammen. Die Wehren griffen daher im Verein mit der Fabrikwehr mit mehreren Schlauchleitungen ein und richteten ihr Augenmerk hauptsächlich darauf, die Fabrik zu schützen. Die Bewohner des Beamtenhauses hatten sich sämtlich in Sicherheit gebracht. Nach zweistündigem Wassergeben war die Gewalt des Feuers gebrochen, doch zog sich die vollständige Abblöschung bis in die vierte Morgenstunde hin. Der Dachstuhl ist in einer Länge von etwa 20 Meter eingestürzt. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die Fabrikwehr noch bis zum Vormittag zu tun. Die Brandursache ist unbekannt. Durch das Feuer wurden sämtliche Telefonleitungen der Firma zerstört.

Unfall im Wintergarten. Während der gestrigen Abendvorstellung ereignete sich im Wintergarten ein Unfall auf offener Bühne. Bei einer Reimnummer stürzte ein Krißi vom Pferde. Der Verunglückte wurde von der antwelfenden Sicherheitswache der Feuerwehr von der Bühne getragen und von dem Theaterarzt in Behandlung genommen. Er erholte sich auch bald wieder und hat anscheinend keine schweren Verletzungen erlitten. Das Publikum blieb ruhig.

Das vierte Thema im Vortragszyklus über die Alkoholfrage, „Alkohol und Strafrecht unter Berücksichtigung des neuen Strafgesetzentwurfs“ behandelt Dr. Siegfried Weinberg am Freitag, den 24. Februar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 5. Kein Getränkeauskauf. Eintritt 10 Pf.

Vermißt wird seit dem 12. Februar der 22 Jahre alte Student Waldemar Votta aus Tempelhof. Derselbe hatte die Absicht, nach dem Wannsee zu fahren, um dort Schlittschuh zu laufen, und es besteht daher die Vermutung, daß er dort verunglückt ist. Votta war mittelgroß, hatte kurz geschnittenes dunkelblondes Haar, Anflug von Schnurrbart und braune Augen sowie zwei goldene Zähne. Bekleidet war er mit hellgrauem Jackett, dunklen Anzweihosen, langen grauen Strümpfen, leinwandnem Hemd geg. W. B. Trilothemd, Schürstiefeln und weißbraun gestricktem Kufel. — Mitteilungen über Votta nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei, Zimmer 316a III, entgegen zu 003 IV/5 11.

Zeugengefuch. Zeugen, die dem Straßenbahnunfall Sonnabend, den 4. Februar 1911, abends 10 Uhr, in der Danziger Straße (Ecke Senefelderstraße) beigewohnt haben, wollen ihre Adresse bei Karlowitsch, Gartenstr. 37, vorn III, abgeben.

Zu wissenschaftlichen Theater der Urana wird am Freitag, vielfachen Wünschen entsprechend, Herr Direktor Franz Goerke seinen Vortrag „Wärsische Landschafts- und Gartenpoesie“ mit photographischen Aufnahmen in natürlichen Farben nach dem Lumidreischen Autodromverfahren noch einmal wiederholen. Am Sonnabend und Sonntag gelangt dann wieder der fernlich ausgestattete Vortrag „Was wir vom Monde wissen“ zur Darstellung.

Leitung. Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 10,05 M. aus der Zehnplennigkasse der Abt. K. C. U., Rapsfeld, Brunnenstraße. St. Rosenfeld, An der Spandauerbrücke 1a.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg-Friedenau.

In den Kaufmannsgerichtswahlen, welche am kommenden Sonntag stattfinden, hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen eine Liste A aufgestellt. In die Wählerliste sind 419 Handlungsgehilfen aufgenommen worden; nur diese dürfen am Sonntag ihre Stimme abgeben.

Am heutigen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schwarzen Adler“, Hauptstr. 144, eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes statt, in welcher der Genosse Reichstagsabgeordneter Eichhorn über das Thema „Auf zur Wahl!“ referieren wird. Es wird erwartet, daß in dieser Versammlung, in welcher zu den Listen der bürgerlichen Verbände Stellung genommen werden soll, die Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, ob wahlberechtigt oder nicht, zahlreich erscheinen. Wenn auch die Versammlung in erster Linie für Handlungsgehilfen bestimmt ist, können auch die Parteigenossen daran teilnehmen; letztere werden gebeten, für zahlreichen Besuch agitieren zu wollen.

Lichtenberg.

Ueber moderne Schulkämpfe referierte in der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Dübels-Dresden. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Bei den hierauf vorgenommenen Erwahlen zur Bezirksleitung wurde als zweiter Bezirksleiter Genosse Turm und als zweiter Schriftführer Genosse Heingelmann gewählt.

Ein von den mit der Landtagation betrauten Genossen gestellter Antrag, wonach der bisherige Leiter als Obmann der Landtagation weiter bis zu den Reichstagswahlen fungieren soll, wurde abgelehnt und diese Funktion wie bisher dem zweiten Vorsitzenden übertragen. Ein weiterer Antrag verlangt, daß bei Wahlvereinsveranstaltungen die Kosten für Billets nicht höher wie 25-30 Pf. bemessen sein sollen, wurde nach eingehender Aussprache abgelehnt.

Charlottenburg.

Der hiesige Schwimmverein „Freie Schwimmer“ hält am kommenden Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Städtischen Volkshaus, Krummstr. 10, sein letztes Schwimmbadfest unter Mitwirkung der Vereine des Kreises I (Provinz Brandenburg) des Arbeiter-Schwimmerbundes ab. Eintrittskarten a 50 Pf. sind zu haben bei Franz Schmidt, Zigarrengeschäft, Wilmersdorfer Str. 130, und in der Badeanstalt.

Jossen.

Nach glänzender wie die am 8. Februar stattgefundenen Volksversammlung, in der das Thema: „Die Wahrheitsliebe der Diener Gottes und der christliche Volksverein“ zur Verhandlung stand, gestaltete sich die am 17. Februar tagende Versammlung. Wegen vorgerückter Nachtzeit mußte die am 8. Februar stattgefundenen Volksversammlung vertagt werden. Es waren diesmal wohl über 500 Personen, die den Ausführungen des Genossen Anger lauchten. In der Diskussion sprachen noch im Sinne des Referenten die Genossen Reichert, Rönnebeck, Budues und Walter, welche als Protest gegen das Gebaren des hiesigen Superintendenten Schmidt zum Austritt aus der Landeskirche aufforderten. Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Am Schluß richtete der Verammlungsleiter, Genosse Lieb, an die Verammelten die Aufforderung, sich der generalkraftlichen wie der politischen Organisation anzuschließen. Das Fazit der Versammlung war, daß eine Anzahl Personen den Austritt aus der Landeskirche erklärten. Auch war eine staatliche Zahl Neuaufnahmen in den Wahlverein zu verzeichnen.

Wohndorf.

Die Wahl unseres Genossen Paul Schiffe als Gemeindevertreter am 15. April vorigen Jahres, die aber von der Gemeinde-



Vertretung für ungültig erklärt wurde, ist nun vom Bezirksauschuss für gültig erklärt worden. Schiffe, dem als Verwaltungsmittglied der Bauingenieurgesellschaft "Paradies" die Interessenvertretung von 142 Morgen Land und 7 bebauten Grundstücken übertragen wurde, und deshalb als Angelegener zu betrachten war, erhielt bei der Wahl 50 gegen 29 gemessene Stimmen. Die Mehrheit des Wahlvorstandes erklärte nach Auszählung der Stimmen die auf unseren Kandidaten entfallenen für ungültig und proklamierte den Wähler Koch als gewählt. Eine Beschwerde bei der Gemeindevertretung wurde abschlägig beschieden. Der hierauf angerufenen Bezirksauschuss erklärte den Beschluß des Wahlvorstandes und deshalb auch den der Gemeindevertretung für ungültig. Die Gemeindevertretung beantragte nun mündliche Verhandlung, welchem Antrage der Bezirksauschuss erst nach Befugung einer entsprechenden Rechtfertigung stattgab. Dem kam der Gemeindevorstand nach. Die hierauf erfolgte Verhandlung führte zur Gültigkeitserklärung der Wahl unseres Genossen.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde Genosse Schiffe bereits eingeführt zum Leidwesen der sozialistenfeindlichen Vertreter, die den idyllischen Zustand auch weiterhin aufrecht erhalten wollten.

Die Vertretung hatte sich mit der Wasserversorgung des Ortes zu beschäftigen. Hierzu hielt der Direktor des Charlottenburger Wasserwerks einen einleitenden Vortrag. Nach seinen Ausführungen verpflichtete sich die Gesellschaft gegenüber der Gemeinde, die Leitung der Leitung auf eigene Kosten zu bewerkstelligen. Der Preis für den Kubikmeter Wasser betrage bei einem Verbrauch bis 100 Kubikmeter 30 Pf., bei 100—300 Kubikmeter 15 Pf. und über dieses Quantum hinaus 10 Pf. pro Quartal. Im übrigen befänden die vorgeschlagenen Bedingungen in 29 Vororten. Die Gemeindevertretung stimmte den Vorschlägen zu. Außerdem wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

### Adlershof.

Die heutige Gemeindevorstandssitzung wird sich u. a. mit einem Antrage unserer Genossen beschäftigen, welcher eine größere Sicherung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden anstrebt, außerdem sieht ein Antrag auf die Tagesordnung, welcher die Bestrebungen für Errichtung einer Arbeitslosenversicherung und eines Arbeitsnachweises Groß-Berlin unterstellt. Derselbe Tagesordnung sollte schon in einer vor acht Tagen einberufenen Sitzung verhandelt werden, doch glänzten die Vertreter der ersten Abteilung mit Abwesenheit, so daß Beschlußfähigkeit vorlag. Unsere Anträge scheinen den Herren unangenehm zu sein und so glauben sie nichts Besseres zu tun, wenn sie einer bestimmten Stellungnahme durch Abwesenheit ausweichen. Man ersieht auch hieraus die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren.

Die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend hat an den letzten Sonntagen in Grünau und Adlershof Waren ausstellungen arrangiert, welche von Mitgliedern als auch Nichtmitgliedern recht gut besucht waren. Besonders erwiderte die in den Eigenproduktionsstätten der Großverkaufsgesellschaft hergestellten Produkte, welche in einer Spezialabteilung von der Gesellschaft unter ihrem Warenzeichen gelieferten Waren gemeinsam ausgestellt waren, das größte Interesse aller Besucher. Der Hauptvorteil der Ausstellung lag in der Gegenüberstellung von Waren aus Privatgeschäften und solchen der Genossenschaft. Nicht weniger denn je 35 verschiedene Artikel waren in zwei Berliner und fünf Adlershofer resp. fünf Grünauer Geschäften aufgelaufen und in übersichtlicher Weise mit Angabe des erhaltenen Gewichtes und des gezahlten Preises gegenübergestellt. Von allen Besuchern, auch von den anwesenden Geschäftsinhabern mußte anerkannt werden, daß sowohl in Qualität als auch im Preise die Genossenschaft jede Konkurrenz und Kritik aushalten kann. Beim Gewicht stellte es sich heraus, daß die Genossenschaft durchweg Rettengewicht verabsolgt hatte und für weniger Geld 100 bis 300 Gramm Mehrgewicht als die Privatgeschäfte erzielte. Nicht man die jährlich erfolgte Verteilung der Rückvergütung mit in Betracht, dann sind die Vorteile, welche die in der Organisation befindlichen Konsumenten gegenüber den Nichtorganisierten haben, wirtschaftlich von größter Bedeutung. Auf dem Gebiete der Warenverteilung hat der genossenschaftliche Zusammenschluß der Konsumenten unzweifelhaft eine Zukunft. Dazu gehört aber, daß alle Konsumenten, besonders aber die Arbeiterklasse und in erster Linie die politisch und gewerkschaftlich Organisierten den Genossenschaften beitreten und als Mitglieder in den Geschäften der Genossenschaften ihren gesonderten Bedarf decken.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Großes Aufsehen rief hier die gestern abend erfolgte Verhaftung des Lehrers Arndt von Gaddsdorf wegen Sittlichkeitsverbrechen hervor. A. soll mit mehreren Schülerinnen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Er ist verheiratet und Vater von fünf lebenden Kindern. Die Untersuchung wird erst das Nähere ergeben.

### Dabendorf bei Jossen.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins wählte als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung die Genossen Seile und Schunack. Nachdem einige Redner die hiesigen Steuerverhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen hatten, wurden ein Genosse und vier Genossinnen in den Wahlverein aufgenommen.

### Eggerödorf.

Moabit und die Reichstagswahlen lautete das Thema, über welches der Genosse Köning in einer gut besuchten Versammlung bei Tübbecke referierte. Der Referent beleuchtete in seiner fast zweiwöchigen Rede das Auftreten der Berliner Polizei sowie auch das Verhalten der bürgerlichen Presse während des Streiks. Am Schluß seiner Rede erwähnte er die Anwesenden, bei der nächsten Reichstagswahl ihre Stimme nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben. Reichler Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Genosse Stimming forderte die Anwesenden zum Schluß auf, sich in den hiesigen Wahlverein aufnehmen zu lassen.

### Hohen-Schönhausen.

Ueber die Mißstände der Nordöstlichen Vorortbahn sowie über die Eingemeindung des Gutsbezirks in Hohen-Schönhausen verhandelte vor einigen Tagen eine von etwa 800 Einwohnern des Ortes im Wirtschaftsausschuss tagende Versammlung. Gen. Rein unterzog die seit zehn Jahren bestehenden Zustände bei der Straßenbahn einer eingehenden Kritik. Infolge der von früheren Gemeindevorstehern bei Abschluß des Vertrages mit der Straßenbahngesellschaft gemachten Fehler könne die "Große Berliner" nach eigenem Ermessen handeln. So habe die Gesellschaft bisher die Ausgabe von Arbeiter-Wochenkarten sowie jeden Ausbau der Linie abgelehnt. In einer hierauf angenommenen Resolution sprachen die Versammelten ihre Mißbilligung darüber aus, daß die Straßenbahngesellschaft, trotzdem die Bevölkerung sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat, eine Verkehrsverbesserung nicht vornimmt. Namentlich sei die arbeitende Bevölkerung durch die Einziehung resp. Einschränkung der Wochenkarten in Mitleidenschaft gezogen worden. Durch die mangelhafte Verkehrsverbesserung werde der Ort an der weiteren Entwicklung gehindert und die hiesige Geschäftswelt geschädigt. Am Schluß der Resolution werden die Kommunalvertreter Berlins, Lichtbergs und Weissenfelses ersucht, mit zur Beseitigung der geschilderten Zustände beizutragen.

Ueber die Eingemeindungsfrage referierte Genosse Dintze. Seit Jahren bestrebe der Wunsch, den 3600 Einwohner zählenden Gutsbezirk mit der 1800 Einwohner aufweisenden Dorfgemeinde zu vereinigen. Ein zwischen dem Gutsvorsteher Weisse, Zege, dem Gemeindevorstand und dem Landrat abgeschlossener Eingemeindungsvertrag biete der kleinen Gemeinde Hohen-Schönhausen große Vorteile, sogar dem stellvertretenden Gutsvorstand sollen 30 000 M. Entschädigung gezahlt werden. Der Gemeindevorsteher sei nun für die Erhaltung des alten Bauernparlamentes eingetreten, da er glaube, daß durch eine Neuwahl die Interessen des Ortes nicht genügend gewahrt würden. Auf diesen Wunsch sei dem Gutsbezirk eine Verneinung von drei Gemeindevorstehern zugebilligt

worden. Es müsse unbedingt Neuwahl der Gemeindevertretung gefordert werden. In der lebhaften Diskussion, an der sich Fabrikbesitzer Graf, Dr. Goldberg, Genosse Thiele und Genosse Rein beteiligten, wurde den Ausführungen des Redners zugestimmt und der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Neuwahl der Gemeindevertretung erzwungen werden müßte. Am Schluß der Versammlung wurde eine in diesem Sinne gehaltene Resolution angenommen.

### Weissenfelsee.

Zur Stadtverordnungsfrage. Bereits vor zehn Jahren hatte die Gemeindevertretung den Beschluß gefaßt, die Städteverträge beim Ministerium zu beantragen. Der Gemeindevorstand erhielt darauf eine Reihe Fragen vorgelegt, deren teilweise Beantwortung heute erst interessant erscheint. Als gemeinnützige Anstalten wurden erwähnt: ein Gemeindehaus (Armenhaus) in der Göbenstraße, eine Krankenbarnde (die zur Zeit der Cholera zwangsweise errichtet werden mußte), eine Gesteinalmshaus und ein Desinfektionsapparat. Die Frage nach den Schulanstalten ist dahin beantwortet worden, daß eine ganze Reihe von Volksschulen und je eine private höhere Knabenschule (bis Tertia) und eine private höhere Mädchenschule vorhanden seien. Als Wohltätigkeitsanstalten wurden erwähnt eine vom Frauenverein unterhaltene Diakonissenstation, eine Krankenheilstation zur heiligen Elisabeth, das St. Josephsheim für arme Kinder, eine Kinderbewahranstalt in der Wilhelmstraße, die Stifte Verhobara und Beth Elm. Der Minister erklärte hiernach den Ort noch nicht für reif, die Städteverträge zu erteilen. In den letzten Jahren hat der Ort in seiner Verwaltung sowohl als auch in den öffentlichen Einrichtungen ein anderes Bild erhalten, so daß der ländliche Charakter verschwunden ist. Die zirka 44 000 Einwohner zählende Gemeinde beschäftigt drei Juristen mit mehr als 100 Beamten, für das Hoch- und Tiefbauamt je einen Regierungsbaumeister und die entsprechende Anzahl von Architekten, Ingenieuren, Technikern und Landmessern, einen Schulrat im Nebenamt, einen Gemeindevorsteher und drei Gemeindevorstehern. Das Sozialfürsorgeamt umfaßt die Säuglingsfürsorge, Jungenfürsorge, Trinkerfürsorge, Ferienkolonie, Schulpeisung usw. Vorhanden sind: ein Fleischschlächterei und ein Elektrizitätswerk. Das Schulwesen weist sieben Volksschulen, eine Hülfschule, eine kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsschule, eine Realschule, eine Oberrealschule, ein Realgymnasium, eine höhere Mädchenschule und ein höheres Lehrerinnen-Seminar auf. Die Gemeinde besitzt ein Mieselgut von 2500 Morgen und verfügt im Ort über ein unbebautes Terrain von 250 Morgen. Das am Ort befindliche Krankenhaus wird in Zukunft von der Gemeinde übernommen, das Säuglingskrankenhaus soll im Laufe des Jahres seinen Zwecken übergeben werden. Von 175 Proz. Zuschlag vor 10 Jahren ist der Zuschlag jetzt auf 115 Proz. herabgesetzt. Wesentlich ist, daß im Falle der Stadtvergebung die Zahl der Kommunalvertreter von 24 auf 42 steigen würde. Das Stimmrecht des Hausbesitzers würde von zwei Drittel auf die Hälfte herabgesetzt. Die Wähler der dritten Abteilung wählen jetzt 8 Vertreter, darunter 6 Hausbesitzer; nach der Städteordnung aber 14 Vertreter, und zwar 7 Hausbesitzer und 7 Nicht-Hausbesitzer. Der letztere Grund veranlaßt namentlich auch unsere Genossen, sich für die Stadtvergebung zu erklären.

### Nieder-Schöneweide.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Groger über das Thema: Die politischen Parteien und ihre Programme. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Diskussion fand nicht statt. Hierauf wurde mitgeteilt, daß ein vom Vorstand an die hiesige Gemeindevertretung gerichteter Antrag, die Gemeindevorstellungen von 3 auf 5 Uhr zu verlegen, angenommen worden ist. Den Genossen ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, die Sitzungen zu besuchen. Der Lesabend der Frauen findet am 23. Februar beim Genossen Dengsch, Britzer Straße, statt.

### Tegel.

In der Gemeindevorstandssitzung leitete der Gemeindevorsteher mit, daß in dem bekannten Seeuferprojekt die Gemeinde ein abliegendes Urteil vor dem Kammergericht erkräften habe; die Gemeinde bleibt somit Eigentümerin des Seeufergeländes. Wegen Übernahme des Gaswerks sind mit der Gaswerks-Aktion-Gesellschaft Verhandlungen angeknüpft. Von mehreren Bezirksvereinen der Gewerbetreibenden war der Antrag eingegangen, eine Verkürzung der Verkaufszeit im Kleingewerbe an Sonntagen, wie dies jetzt in Berlin beschlossen sei, nicht vorzunehmen. Der Gemeindevorsteher entbehrte sein gutes Herz für die Gewerbetreibenden und sprach sich entschieden gegen eine Verkürzung der Sonntagsverkaufszeit aus. Immerhin hatten sich bei einer vom Gewerbeverein vorgenommenen Umfrage von 208 Geschäftsinhabern 36 für eine solche ausgesprochen. Es wurde gegen die Stimmen unserer Genossen an der fünfjährigen Verkaufszeit an Sonntagen festgehalten. Von der Gemeinde Tegel war beschlossen worden, die Schloßstraße nach Schloß Tegel grade zu legen und die alte Schloßstraße einzuziehen. Dazu hatte die Aktiengesellschaft Humboldt-mühle, welche Anliegerin ist, ein neues Projekt eingereicht, in welchem die alte Schloßstraße bestehen bleiben sollte; die Verkürzung lehnte das Projekt jedoch einstimmig ab. Ein vom Gartenbau-Direktor Kötter in Berlin vorliegender Plan für die Seeufergartenanlagen fand allgemeine Zustimmung. Einstimmig genehmigt wurde das Projekt der Herstellung einer Verbindungsstraße von der Hermsdorferstraße, nahe der Kreisbahn, über Ritzsch, Horsthaus, Dolnate nach Hermsdorf, die Feststellung des Bebauungsplans zwischen Schloß, Hermsdorferstraße und Industrieanstaltsgleis anstelle des Königsweges, sowie die Pflanzung der Wilselstraße. Ein alter Streitpunkt zwischen zwei Dorfgemeinden bildet die Gemarkungsgrenze zwischen Wittenau und Tegel beim Berliner Gaswerk. Doch blieb die Gemeindevertretung bei der früheren Ansicht bestehen, wonach das Gasanstaltslaboratorium zu Tegel gehört. Zum Schluß lagen drei Einsprüche gegen die Gemeindevorstandssitzung vor. Während die Vertretung zwei Einsprüche als berechtigt anerkannte, wurde über den dritten Einspruch, den Genosse Arendsee erhoben hatte, nach nicht entschieden. Der Gemeindevorstand erhebt von letzterem zwar die Gemeindegrenzwertsteuer, bringt diese aber sonderbarerweise in der Wählerliste nicht zur Anrechnung; für ihn besteht noch immer das Kreisaußschußurteil, während der Bezirksauschuss das Urteil des Kreisaußschusses umgestoßen und Arendsee als Anlieger im Sinne der Landgemeindevorstandssitzung erklärt hat. Der Beschluß über diesen Einspruch wurde vertagt, da in den nächsten Tagen in der Angelegenheit Arendsee das Oberverwaltungsgericht verhandeln wird.

In einer gut besuchten Versammlung in B. Trapps Festhallen referierte Genosse Stadthagen über das Thema: "Nieder mit der Reaktion". In seinem zweiwöchigen Vortrag geißelte der Referent treffend das reaktionäre Verhalten der Regierung Preußen-Deutschlands, seine rückschrittliche, antisoziale Gesetzgebung auf der einen, und die Ausbeutung des Volkes auf der anderen Seite. Dst durch Jurufe unterstützt, gab der Redner einen kurzen Ueberblick über den Moabitler Projekt, er erinnerte an alle die aufsehenerregenden Prozesse in letzter Zeit und bezeichnete es als ein reaktionäres Machwerk, die jetzt in der Verhandlung schwebende Strafprozedur noch schlechter zu gestalten, als die schon bestehende. Der unsinnigen Kriegspolitik, der fortgesetzten Ausplünderung der großen Masse durch indirekte Steuern müsse eine unablässige Aufklärungsarbeit für die Gleichberechtigung und Freiheit aller durch Anschlag an die politische Organisation entgegengeföhrt werden. Losender Beifall lohnte dem Redner für seine recht treffenden Ausführungen. Die lebhafteste Diskussion klang immer wieder in der Aufforderung aus, der Organisation beizutreten. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vortragende Genosse Massa die imposante Versammlung.

### Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Bei Beratung des Etats der Frauenbadeanstalt, die mit 1250 M. Ueberschuß abschließt, regte der Stadtverordnete Kiese an, diese Anstalt an einzelnen Nachmittags- oder Abendstunden den Unbemittelten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Anstalt ist im Vorjahr aus den Zins-

überschüssen der städtischen Sparkasse erbaut worden. Beim Magistrat fand der Redner keine Gegenliebe damit. Stadtrat Lamm befürchtete einen kolossalen Anstieg; Bürgermeister Rodig gab zu, daß die Stadt keine Ueberschüsse damit machen will, glaubt aber, daß dann die Privatbadeanstalten tot gemacht würden. Nur eine Stimme erhob sich für die Anregung. Das gleiche Schicksal ereilte den Antrag Wiedemann, das Projekt der Errichtung einer Warmbadeanstalt elektrisch zu betreiben, das bereits seit 20 Jahren in der Schwebe ist. Nur 3 von den anwesenden 31 Stadtverordneten stimmten dafür, alle übrigen erklärten sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden, die jährlichen Zinsüberschüsse der Sparkasse nach fünf Jahren, wenn bis dahin nicht dringender (!) Aufgaben zu erledigen sind, zu einem Baufond zu dem bereits schon vor Jahren dafür bewilligten Betrag von 70 000 Mark zu sammeln. In weiteren zehn Jahren wird wohl die "Eitelfabrik" noch keine Warmbadeanstalt haben. Der Etat des Schachthofes fällt etwas niedriger ab wie im Vorjahr. Die Aufhebung der Schlachthaussteuer hat also den erwarteten Zufluss nicht gebracht. Größere bauliche Schwierigkeiten beim Bau der Kühlzellen eingetreten, die schon zum 1. April 1910 fertig sein sollten, nach einem Juruf aus der Versammlung aber überhaupt nicht fertig zu werden scheinen! Die Kapitel Feuerwehr (Straßenreinigung) und Entwässerungsanlage schließen gegen das Vorjahr günstig ab, weil zum ersten Male die auch den Mietern aufgebürdete Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühren in die Erhebung treten. Bei Verhandlung der Bebauungspläne der Berliner und Brandenburgischen Vorstadt muß die Verhandlung abgebrochen werden, weil in der neben dem Sitzungssaal gelegenen Telephonzelle durch Kurzschluß Feuer entstanden war.

Der Verwaltungsbericht des Oberbürgermeisters bringt zum Ausdruck, daß Potsdam, obwohl an Einwohnerzahl wenig verändert, sich finanziell gut entwickelt habe. Daß die Einkommensteuererträge sich aus allen Arten erhöht haben und nur aus Handel und Gewerbe zurückgegangen sind, sei zwar bedauerlich, aber zeige deutlich, daß die kleineren Einkommen immer mehr durch die größeren verdrängt werden. Vom Standpunkt eines Kommunalpolitikers sei das nur zu begrüßen. (Um die Tatsache, daß Potsdam dadurch zur teureren Stadt für die Lebenshaltung werden muß, scheint man sich nicht zu kümmern.) Die Schuldenlast der Stadt beträgt 15 1/2 Millionen Mark. Eine neue Anleihe von 4—5 Millionen Mark soll für den Rathausneubau, Brücken- und Straßenprojekte aufgenommen werden. Alle diese Anleihen sollen bei dem gleichen Prozentsatz der Einkommensteuer (100) verzinst und amortisiert werden, wozu neben den Steuererträgen nicht unwesentlich die Ueberschüsse des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn beitragen. Es sei ein Mißstand für Potsdam, daß es nicht in den Zweiverband hineingezogen sei. Vielleicht sei es in vier bis fünf Jahren möglich, mit diesem zu fusionieren. Aus dem Bericht geht hervor, daß bei einer solchen Entwicklung zur "Eitelfabrik" die Arbeiterklasse hinausgedrängt werden muß. Daß dies tatsächlich geschehen ist, zeigt sich an folgendem: Die Zahl der Personen mit Einkommen bis zu 900 M. ist von 27 139 im Jahre 1908 auf 21 642 zurückgegangen; die Zahl der Gemeindefürher im gleichen Zeitraum von 5595 auf 4695. Ebenfalls lassen die Ausgaben im Armenetat nach.

### Spandau.

Einem Schwindler, der sich mit Vortrübverkäufen, „Liebkeits-Porträts“ besaß, sind eine Anzahl Genossen in die Hände gefallen. Er gibt an, von der Firma „Erich Rumpf“, Verlagsgesellschaft, als Reisender engagiert zu sein und stellt Garantiescheine mit dem Stempel der Firma Rumpf versehen aus. Den Betrag von 450 M. läßt er sich sofort ausbezahlen, um damit bei Ueberlieferung durch die Firma die Rahnahmefristen zu sparen. Der Schwindler nennt sich „Ewerling“, Berlin N. 39, Bohnenstr. 17, wohnhaft. Er arbeitete früher bei der Firma Schwarz, Porzellanfabrik in Wilsdorf und zwar bis 1. April 1910. Der Schwindler ist 1,60 bis 1,65 Meter groß, hat rundes Gesicht, keinen schwarzen Schnurrbart und trägt schwarzen Ueberzieher und steifen Hut. Eine Anfrage bei oben genannter Firma ergab, daß ein Reisender solchen Namens dort nicht engagiert sei.

## Aus aller Welt.

### Alexikale Verheerung.

Rom, 20. Februar. (Fig. Ver.)

In Rom, dem Geburtsort Giordano Brunos, sollte am 19. d. eine Gedächtnisfeier für den Märtyrer des freien Gedankens stattfinden. Als Festredner war Genosse Podrecca, der Herausgeber des „Ufano“, eingetroffen, aber die Alexikalen hatten alles dazu vorbereitet, um die Feier zu unterbrechen. Die Stadt war mit Alexikalischen Manifesten bedeckt, auf denen unter anderem zu lesen stand, daß der Tod Giordano Brunos wohlverdient war. Kaum begann Podrecca zu reden, so stürmten die Alexikalen unter der Führung von drei Geistlichen auf den Platz und löschten durch Gesänge und Steinwürfe die Versammlung. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem die Polizei sich ziemlich passiv verhielt und schließlich drei Genossen verhafteten, während die Alexikalen in ihrem Toben nicht behindert wurden. Die Menge war so fanatisiert, daß ein Zug, in dem man den Abg. Podrecca vermutete, aufgehalten und durchsucht wurde, in der Absicht, Podrecca zu lynchen. Da dieser nicht im Zuge war, trösteten sich die Gläubigen durch Mißhandlung mehrerer Reisenden, darunter auch eines jungen Mädchens. Nicht umsonst schwärmen diese Leute noch für den Scheiterhaufen. Sie möchten dieses System nicht nur rechtfertigen, sondern auch noch heute beibehalten.

### Ein brennender Eisenbahnzug.

Sieben Fahrgäste verbrannt.

Eine schwere Brandkatastrophe hat sich in der vergangenen Nacht in einem Eisenbahnzuge auf der Strecke Wjatka-Scheljabinzk zugetragen. In der Nähe der russischen Station Wosnesjensk geriet während der Fahrt infolge Entzündung ätherischen Oels ein vollbesetzter Personenzug in Brand. Sieben Fahrgäste kamen in den Flammen um, weitere 22 erlitten Brandwunden.

### Ein betrügerischer Polizeikommissar.

In Erfurt wurde am Dienstag der Polizeikommissar Loenniges wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von über 9000 Mark verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis übergeführt. Er hat die Veruntreuungen, die sich auf die letzten 1 1/2 Jahre erstrecken, durch Fälschung von Quittungen und unbefugter Erhebung von Geldern auf der städtischen Sparkasse begangen. Der erst seit drei Jahren in Erfurt angestellte Kommissar hatte ein jährliches Einkommen von etwa 5000 Mark, da er außer seinem Gehalt noch eine ziemlich hohe Pension als früherer Marineangestellter bezog. Ueber den Verbleib des Geldes verweigert der Beamte jede Auskunft.

### Christliche Kapitalisten.

Ein kleines Seitenstück zu dem Alkoholskandal hat sich in Genoa abgespielt. Die dortige Union des Gas, eine französisch-belgische Gesellschaft, ist dabei ertrapp worden, daß sie den Diktator systematisch hinterzog. Es wurden über 5000 Tonnen unverkaufter Koks beschlagnahmt, wo für eine Wache von 80 000 bis 120 000 Lire verhängt werden kann. Diese Summe wird zu sieben Reuteil unter dem Diktatorpersonal, das die Sache entdeckt hat, verteilt, die letzten zwei Reuteil fließen der Diktatorwächter zu.



**Im Gefängnis verbrannt.**

Vor einigen Tagen machten wir davon Mitteilung, daß in dem oberösterreichischen Orte Scharley eine Witwe, die wegen Schulverfälschung ihrer Kinder zu einer Geldstrafe verurteilt war, die sie nicht zahlen konnte, bei der Abführung zur Strafe im Polizeigefängnis verbrannte. In einer öffentlichen Erklärung wendet sich jetzt der Gemeindevorstand von Scharley gegen die in der Presse erzielene Sachdarstellung. Nach der Erklärung ist die Witwe Lasi nicht verbrannt, sondern erstickt. Der Strohsack habe auf eine unerklärliche Weise zu glimmen angefangen, die Frau habe das Fenster öffnen wollen, aber hierzu nicht mehr die Kraft gehabt. Der im Gefängnisgebäude schlafende Wächter hat keine Hilferufe gehört. Erst als am Morgen die Tür geöffnet wurde, entstand durch die frisch hereindringende Luft Feuer, das sofort gelöscht wurde. Die Witwe Lasi habe nicht neun, sondern nur drei Kinder hinterlassen, von diesen befindet sich das eine in Fürsorgeerziehung, die beiden andern im Alter von 8 und 13 Jahren sind im Waisenhaus untergebracht worden. Unsere Bemerkungen zu dem unerhörten Vorkommnis werden dadurch in keiner Weise abgeschwächt.

**Wahnfinniger Zug.**

Ein Millionär aus den amerikanischen Südstaaten erwarb für 48 000 M. einen Motorwagen. Die Einrichtung war jedoch nicht nach seinem Geschmack und er bestellte für den Wagen Wohn- und Schlafraum, ein kleines Bad mit Warm- und Kaltwassererwärmung und eine kleine Küche, wodurch sich die Kosten auf 72 000 M. anstellten. — Die Frau eines Multimillionärs, die eine Halskette im Werte von 2 1/2 Millionen Mark trägt, gebar jüngst einen Sohn. Es wurden schleunigst vier Ärzte und ein ganzer Stab von Bedienten engagiert, die sich nur um das Baby zu kümmern hatten. Die Ärzte untersuchten das Kind viermal täglich und gaben jedesmal ein Bulletin heraus. — Ein anderer Millionär kaufte sich in New York ein Haus, wofür er acht Millionen Mark ausgab. Um sich einen Garten zu schaffen, kaufte er das nebenliegende Grundstück für eine halbe Million und gab dann für Anlagen usw. weitere zwei Millionen aus. Das Bett des Millionärs ist aus geschliffenem Ebenholz und Eisenblech mit eingelegetem Golde hergestellt; die Wände des Schlafzimmers kosten eine Viertelmillion, die Decke 80 000 M. und von den 10 Paar Vorhängen ein jedes Paar 8000 M. Der Kleiderkasten kostet die Kleinigkeit von 600 000 M., der Ankleidetisch 280 000 M., der Waschtisch 152 000 M., die Bettvorhänge 250 M. per Meter und die vier Türen im Schlafzimmer 40 000 M. — Das Kostbarste jedoch ist ein Gut, den sich ein Nebraska-Millionär ganz aus Papiergeld hat anfertigen lassen und der nicht weniger als 80 000 M. kostete. Wie viel Schönheit und Segen gab's dafür in der schwererregenden Welt?

**Kleine Notizen.**

**Gescheiterter Dampfer.** In der Nähe von Gibraltar ist während eines Sturmes der Dampfer „Montparis“ gesunken. Die aus 17 Mann bestehende Besatzung soll umgekommen sein. Einzelheiten über die Katastrophe fehlen noch. **Fromme Justiz.** Das Landgericht Bozen im heiligen Land Tirol hat in der letzten Zeit eine Anzahl charakteristischer Urteile gefällt. Ein Bauernsohn und ein Bauerntochter, die einen in eine leere Feldhütte zum Uebernachten eingedragenen Hungerleider totgeschlagen hatten, wurden zu drei und vier Monaten Kerker verurteilt, dagegen erhielt ein Arbeiter für den Diebstahl eines Hundes im Werte von zwei Kronen zehn Monate Kerker. Ein Arbeiter, der eine Prozedur nicht gegrüßt hatte, wurde zu sechs Wochen Kerker verurteilt.

**Eine unmenseliche Mutter.** In dem böhmischen Dorfe Chrzin entdeckte der Lehrer während des Unterrichts bei einer siebenjährigen Schülerin, daß ihre Bluse mit mehreren Stichen in das bloße Fleisch des Rückens eingenäht war, was begreiflicherweise dem Mädchen große Schmerzen bereitete. Als Täterin wurde die Mutter verhaftet, die das Kind erst jüngst aus der Findelanstalt zurückgehalten hatte.

**Straßenlämpfe.** Am Dienstagabend wurde in der russisch-polnischen Stadt Kielce ein Mann auf der Straße erschossen. Bei der Verfolgung der Täter wurden die Polizisten von dem Dachraum eines Hauses beschossen. Ein Polizist wurde verwundet, einer der Täter blieb tot auf dem Platze liegen, zwei entliefen.

**Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Berlins.** (S. 6. Nr. 66.) Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Treher (früher Feind), Weinstr. 11: Generalversammlung.

**Briefkasten der Redaktion.**

**C. B. 15.** Schriftlich oder persönlich an das Vormundschaftsgericht. — **D. St.** An beiden Häfen 2 Mark. — **Thow 1911.** 1. Ortspolizeibehörde. 2. Einige Wochen. Wenn die gefälligen Voraussetzungen vorliegen, ist darauf zu rechnen. 3. Zwischen 5 und 600 Mark, je nach der Gewerbesteuerklasse. 4. Nach vorheriger polizeilicher Genehmigung ja. — **Strumpf.** 1. Wahrscheinlich würde der Bier mit einer Räumungsfrage durchdringen. Die Wirkungen des Urteils erstrecken sich auch auf die Familie. 2. Die Polizeibehörde. 3. Ja. — **H. D. 6.** Fragen Sie bei dem Zentralverband der Handlungsgesellen usw. Neue Königsstr. 36, an. — **H. 23.** Fachschule für Wagenbauer und Stellmacher, Albrechtstr. 20. — **Kunze 10.** Zwei Mark. — **R. R. Klein.** — **P. H. 7.** 1. Ja. 2. Ja. Der Scheidungsfall muß aber die Klage auf Wiederherstellung vorausgehen und, falls Urteil auf Wiederherstellung ergibt, nach Rechtskraft dieses Urteils ein Jahr verstreichen. — **R. St. 86.** Im Reichstag zu errichten. — **P. W.** Wenn im Rietsvertrage kein Vorbehalt gemacht ist, läßt sich nichts dagegen tun. — **Paul 10.** Sprechen Sie beim Arbeiterssekretariat, Angelstr. 15, in den Abendstunden zwischen 6 und 7 1/2 Uhr vor. — **G. S. 1884.** Senden Sie sich an das Deutsche Konsulat. — **P. 20.** Porterie, Volkstelegraph, Kahlbergstr. 44. — **Z.**

**Wilhelmsbad.** Umstellungen und Verpfichtungshefte, die durch die Post zur Zahlung präsentiert werden. — **R. R. 111.** Hamburg, Amerikastraße in Hamburg, Norddeutscher Lloyd in Bremen. — **G. G. 100.** Ausliefern nicht, wohl aber ausweisen. — **B. G. 81.** Im 30. Jahre. — **M. 70.** Leider nicht. — **G. R. 1.** Nein. — **C. B. 17** und **Sch. 10.** Auch mit Hilfe des Adreßbuchs nicht zu ermitteln. — **B. B. 45.** Anfrage an die Polizeibehörde. — **H. 100.** Ja. — **J. B.** In Friedrichshagen besteht ein solches Kinderheim unter der Leitung von Dr. Esler Kojenthal, Dramenburger Straße 40/41, an den Sie sich zunächst wenden wollen.

**Witterungsüberblick vom 22. Februar 1911, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Emmende	750	SEB	6	Regen	2	36	Laparanda	740	SEB	2	bedekt	-20	-4
Hamburg	749	SEB	8	Regen	3	37	Seiersburg	758	SEB	2	bedekt	-15	5
Berlin	754	SEB	2	bedekt	3	37	Schlo	758	SEB	8	bedekt	5	41
Kranke	759	SEB	7	bedekt	7	45	Merseburg	739	SEB	3	bedekt	4	39
Randow	764	SEB	5	bedekt	5	41	Carls	761	SEB	5	bedekt	7	45
Wien	764	SEB	5	bedekt	5	41							

**Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Februar 1911.** Mild und teilweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 2. um	am 22. 2. um	Wasserstand	am 21. 2. um	am 22. 2. um
Regel, Alster	264 1/2	+2	Saale, Großsch.	261 1/2	+2 1/2
Regel, Havel	147 1/2	+37	Saale, Spandau	—	—
Regel, Elbe	252 1/2	+40	Saale, Rathenow	140	+2
Oder, Ratibor	527	-61	Spree, Spremberg	232	-6
„ „ „ „	223	+21	„ „ „ „	190	-3
„ „ „ „	226	+25	„ „ „ „	117 1/2	+35
„ „ „ „	162	+39	„ „ „ „	148	+10
„ „ „ „	82	+23	„ „ „ „	358	+26
„ „ „ „	94	+19	„ „ „ „	209	+26
„ „ „ „	270	+65	„ „ „ „	210	+55
„ „ „ „	154	+176	„ „ „ „	182	-20
„ „ „ „	275	+61	„ „ „ „	278	+68
„ „ „ „	204	+48	„ „ „ „	160	-

+) + bedeutet Sturz. — **Reg.** — \*) Unterbezel. — \*) Glühlend. \*) In der Nacht zum 21. höchster Wasserstand: 267 am. — \*) Am 21. um 2 Uhr nachts Stillstand mit 120 cm. Die Ober ist nach telegraphischer Meldung bei Ratibor bis heute vormittag auf 203 cm gefallen und fällt weiter; auch bei Orlag, wo in der letzten Nacht Witterungswasser umgelagert wurde, hat die Ober um 6 Uhr morgens wieder zu fallen begonnen.

**Achtung! Hausfrauen im Norden, Süden u. Rixdorf! 3 Tage.**

Viele der geehrten Hausfrauen haben unsere vorzügliche

**Milka extra Tafel-Margarine** noch nicht probiert. Um diese zu einem Versuch zu veranlassen, verabfolgen wir an folgenden 3 Tagen:

Donnerstag, den 23., Freitag, den 24., Sonnabend, d. 25. Febr. er.

**1 Pfund Milka extra Tafel-Margarine**

und **1 Dose Malzbonbons** brutto zirka 1 Pfund  
oder nach Wahl  
**1 Pfund Kunstthong** zusammen für

**85 Pfennig**

**2 Pfund Milka extra Tafel-Margarine**

und **1 Flasche alter Südwein** (ca. 1/2 Liter Inhalt)  
(geliefert von C. Linzel, Weingroßhandlung, Berlin) . . . . . zusammen für

**1.70**

Um gefl. Zuspruch bitten die Inhaber der **MILKA-Verkaufsstellen** im

**Norden, Süden und Rixdorf,**

welche durch nebenstehendes **Milka-Schild** gekennzeichnet sind.

**MILKA**

Tafel-Margarine

Hier zu haben!

**Orts-Krankenkasse für das Tapezierergewerbe zu Berlin.**

Dienstag, den 28. Februar 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelstr. 15, Saal 3:

**Außerordentliche General-Versammlung,**

wozu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Statutenänderung der §§ 12, 13, 20, 30, 31 und 65. 2. Verschmelzung. Das Erscheinen der Delegierten in dieser Versammlung ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung dringend notwendig. 27/10 Der Vorstand, H. Lobitz, Vorsitzender.

**Steppdecken Spezialhaus**

**Emil Lefèvre**

Berlin, Oranienstr. 158

Steppdecken in voller Bettgröße

Similseide in den Farben 5<sup>25</sup> bis 21<sup>00</sup> bord. 6<sup>75</sup> bis 27<sup>00</sup> blau, olive 6<sup>75</sup> bis 27<sup>00</sup>  
Daunendecken 25<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup>  
Schlafdecken 3<sup>50</sup> bis 48<sup>00</sup>

**Inventur-Extraliste**

enorm billiger Sonderangebote gratis und franko.

**Möbel**

kaufen Sie am billigsten direkt in der Fabrik **Stallschreiberstraße 57** (Moritzplatz). Verkauf im Fabrikgebäude

**R. Harnack** Tischlermeister. Zahlungserleichterungen.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

Am 20. Februar verstarb unser Genosse, der Monteur **Friedrich Thiemann** Waldstr. 56.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem südlichen Friedhof, Seestraße, Ecke Müllerstraße statt. Um rege Beteiligung ersucht 225/5 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter und hoffnungsvoller Sohn

**Max Brandt** im Alter von 15 Jahren durch den plötzlichen Tod entziffen wurde. 31022

Dies gelte tiefbetruht an die trauernden Eltern **Rich. Brandt** und Bruder, Gubener Straße 16. Die Beerdigung findet am Freitag nachm. 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufs-genossen.**

**Nachruf.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. Februar der Kollege, Mitfahrer

**Reinhold Schulz,** Kasserbrauerei, an der Proletarier-Krankheit verstorben ist. Ehre seinem Andenken! 42/7 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Corbinenhof Bernhardschwarz Wallstr. 18

**Stoffe**

Garantirt „Original-Englisch“ für Anzüge, Mäntel, Plüsch 3 u. 4.50 M. Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21

Schwarzgraber, Malina, Brunsgrub, Silber, Edelsteine, Hochschmelz, Berner, Pappellatze 3. 1894/97

**Achtung!!**

**Sumatra-Deckblatt** erste Länge Vollblatt, lebhaftes Farben, vorzüglich deckend und sehr gut brennend, per Pfund M. 3.60 **Hamburger Rohtabak-Haus,** Filiale: Berlin N. **Brannen-Str. 25.**

**Teltow!**

Allen Parteigenossen, Gewerkschaftlern, Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich am 1. März dieses Jahres das Lokal in **Teltow, Berliner Straße 16** übernehme und dasselbe der Partei zu allen Veranstaltungen zur Verfügung steht. Um regen Zuspruch bitte **Wilhelm Bonow.**

**Großer Laden mit 2 Schaufenstern** und anstehender Wohnung zum Miet billig zu vermieten Hochstr. 43. Obenda kleine Wohnungen. 161/11

**20 Säle und Vereinszimmer** mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei. **Sophien-Säle** **Pracht-Säle Alt-Berlin** C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10 Tel. III 2783 Tel. VII 3005 Inhaber: **Paul Baatz.**

**Glumen- und Franzbinderei** von **Aug. Meier,** nur Bassertorstr. 37a.



## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

### Von unten auf.

Ein neues Buch der Freiheit.  
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich.  
— Mit 26 Bildern. —  
Preis gebunden 2 Bände 6 M., in 1 Band 5 M.,  
einzeln pro Band 3 M.

### Die Bakterien.

Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen.  
Von Dr. Adolf Reih.  
(10. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)  
Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M., (Vereinsausgabe 50 Pf.)

### Der industrielle Großbetrieb.

Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe.  
Von Richard Wolbt.  
(11. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)  
Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M., (Vereinsausgabe 50 Pf.)

### Leo Tolstoi-Briefe

(1848—1910).  
Gesammelt und herausgegeben von V. A. Sergejents.  
Preis broschiert 6 M.

### Protokoll

über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen  
Stadtverordneten und Gemeindevorsteher, des  
Zwangszweckverband für Groß-Berlin  
betreffend. Abgehalten am 15. Januar 1911.  
Preis 75 Pf. 245/6\*

## Warnung!

Trotz wiederholten Hinweisen sind in letzter Zeit  
Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabaks** in  
Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur  
echt mit Zettleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

### Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. geschützt 75 658).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kau-  
tabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzu-  
weisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, da-  
mit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,  
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)



10 Stück  
30, 40 u. 50 Pf.

# JOSETTI WALKÜRE

Joseetti Walküre Cigaretten sind  
anerkannt erstklassige Fabrikate  
und wegen ihrer hervorragenden  
Qualität allgemein geschätzt.

# Knaben-Moden

Schluß diesen Sonntag

## Ausnahme-Angebote

Tausender moderner Knaben-Anzüge.

Selten günstige Kaufgelegenheit

Soweit Vorräte reichen

### Erstkl. Modell - Anzüge

Feine Reize-Muster. Für 3-8 Jahre.  
Sonst bis 20 Mk. 6.50 u. 9.00 Mk.  
Jetzt durchweg . . . . .

### Norfolk - Anzüge Kleidsame

Falten-Formen. Für 3-8 Jahre.  
Sonst . . . . . 8.30 Mk. 4.50 Mk.  
Jetzt durchweg . . . . .

ca. 5000 Wasch-Blusen	enorm billig sonst 1.50-3 Mk.	jetzt . 1.85, 0.95, 0.50 Mk.
Cheviot-Anzüge . . . . .	für 3-8 Jahre sonst 4.50 Mk.	jetzt durchweg 2.90 Mk.
Wasch-Anzüge . . . . .	für 3-8 Jahre sonst 4.50 Mk.	jetzt durchweg 2.50 Mk.
Manchester-Anzüge . .	für 3-8 Jahre sonst 4.75 Mk.	jetzt durchweg 3.50 Mk.
Englisch. Samt-Anzüge	für 3-8 Jahre sonst 8.00 Mk.	jetzt durchweg 6.50 Mk.
Kammgarn-Anzüge . . .	für 3-8 Jahre sonst 8.00 Mk.	jetzt durchweg 6.50 Mk.
Russenkittel-Anzüge . .	für 3-8 Jahre sonst 10.00 Mk.	jetzt durchweg 7.50 Mk.
Ia. Kammgarn-Anzüge	für 3-8 Jahre sonst 10.00 Mk.	jetzt durchweg 8.00 Mk.
Norfolk-Anzüge . . . . .	für 3-8 Jahre sonst 8.00 Mk.	jetzt durchweg 6.50 Mk.
Jünglings-Anzüge . . . .	für 8-15 Jahre sonst 12.00 Mk.	jetzt durchweg 7.50 Mk.
Wasch-Hosen . . . . .	für 3-8 Jahre viele Muster	jetzt durchweg 40 u. 70 Pf.

# BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Cnaußeestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Falt-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenlos.

# Stiller

Gegr. 1867



## Die Eröffnung

unserer neuen **9.** Verkaufsstelle

Rosenthaler Straße 5

nahe Rosenthaler Tor

findet Sonnabend statt



Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet... Die juristische Sprechstunde findet...

Prozentfuß als die Einkommensteuer herangezogen werden... Prozentfuß als die Einkommensteuer herangezogen werden...

dem für den Restitutionszuständigen Amtsgericht Klage gegen diesen erheben... dem für den Restitutionszuständigen Amtsgericht Klage gegen diesen erheben...

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 23. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Die Zauberflöte.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Was uns der Mond erzählt.

Schiller-Theater O. (Säulner-Theat.). Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Kaiser.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Nathan der Weise.

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus. Monna Vanna. Iphigenie. Agnes Bernauer. Leiffing-Theater. Extravortellung. Vor Sonnenaufgang.

Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen. Leistung. Unsame Menschen. Komische Oper. Friesland.

Kaiser-Panorama. 3. 1. Male: Wanderung im Steirischen Salzkammergut. Abonnement 1 M. Tausende Abonn.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Gastspiel v. Johann Strauß aus Wien mit seinem vollständig. Orchester.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Meyers. Residenz-Theater. Drei Gänge von Georges Feydeau.

Sport-Palast. Größter Eispalast der Welt. Feerie „Karneval am Nordpol“.

Zirkus A. Schumann. Berlins größtes Vergnügungs-Etablissement. Original-Perezoff-Truppe.

Zirkus Busch. Gala-Abend. Gastspiel der Schwimm- und Tauchkünstlerin Miss Serene Nord.

Pariser Menu. Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie.

Luisen-Theater. Das große Licht. Schauspiel in 4 Akten v. F. Schiller.

Excelsior-Lichtspielhaus. Rixdorf, Bergstr. 151/152. Ab 18. Februar und folgende Tage: Die weiße Sklavin.

Casino-Theater. Lotzbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Ronetale total ausverkauft!

Voigt-Theater. Geheime Liebe. oder: Bekreit aus Madencapiten.

Volksoper. Die Dollarprinzessin. Lustspielhaus. Meyers. Aufführungs-Theater. Meyers.

ROSE-THEATER. Große Reinfurter Str. 182. Lorbeerbaum u. Bettelstab.

Neue Welt. Bockbierfest in den bayerischen Alpen. Heute: Prämiierung der engsten Taille.

Passage-Panoptikum. Lappland in Berlin. Eine Kolonie Frauen, Männer, Kinder.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluss, neu! Kukuliches Varieté-Theater.

Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Was uns der Mond erzählt.

Metropol-Theater. Hurra! Wir leben noch! Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern.

Brauerei Friedrichshain. Am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins. Morgen Freitag: Elftag.

Burgtheater. Festsäle und Kinematograph vorm. Groterjan. Inhab.: Rud. Morz.

Trianon-Theater. Hippolyte's Abenteuer. Folies Caprice. Die abgetrelene Frau.

Lessing-Theater. Donnerst. 8 U.: Unsame Menschen. Freitag 8 U.: Die Warten.

WINTERGARTEN. Die berühmte chines. Tragödin Madame Chung mit ihrem chinesischen Schauspiel-Ensemble.

Schorsch Ehrengreber. mit seiner Truppe (60 Personen) aus Wüchsen. Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.

Karl Haverland. Ein Sensationsprogramm. Karl Groth, Fred Rollon, Almenrausch u. Edelweiß.

Königstadt-Kasino. Täglich: Spezialitäten und Theater. Franz Sobanski. Leop. Rosser, Elsa de la Santa.

Berliner Theater. Täglich 8 Uhr: Bummelstudenten. Neues Theater. Mein erlauchter Anhnerr.

Herrnfeld Theater. Doppel-Jubiläum-Abend. Zum 150. Male der größte Schläger der Theaterfaschion: Eine verlorene Nacht.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr. Sgr. Ordonia der spanische Caruso. Schneider-Duncker Les Vignacs.

theater & Weddings. Neuer Spielplan. Edel sei der Mensch (Drama). Verspieltes Glück (Dramatisches).

Karl Nissle's Festsäle. Demmerstr. 13. Gute Donnerstag: Bockbier-Fest (Baumbüste in Werder).

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag 8 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 23. Februar 1911: Klaffiker-Abend. Minna von Barnhelm.

Apollo Theater. Anfang 8 Uhr. Letzte Woche des Stollhai-Programms. ? Waldom ? Tschin Ma's 8 heilige Chungusen.

Mila-Säle. Schönhauser Allee 130, Milastr. 3. Jeden Donnerstag und Sonntag: Gr. Kavalier-Ball.



